

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **13./14. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2020/2021 vom 26. Oktober 2020

von 16.15 bis 18.35 Uhr und 20.00 bis 21.50 Uhr

Eulachhalle 1

Vorsitz: D. Oswald (SVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: M. Steiner (SP), B. Bosshard (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokolle der 9./10. und 11./12. Sitzungen	
2.*	20.102 (DFI)	Rückweisungsantrag zum Geschäft «Genehmigung des Budgets 2021 und Festsetzung des Steuerfusses; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2022 bis 2024» (bei Ablehnung des Rückweisungsantrages erfolgt die Budgetberatung plangemäss am 30.11.2020)	F. Helg
3.*	20.30 (DFI)	Verpflichtungskreditabrechnungen per 31.12.2019	Verschiedene
4.*	20.89 (DFI)	Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2020	Verschiedene
5.*	20.40 (DB)	Kredit von Fr. 950'000 für die Revitalisierung des Niederfeldbachs (Projekt-Nr. 11379)	Ch. Hartmann
6.*	20.99 (DSO)	Änderung der Verordnung über Alters- und Pflegeeinrichtungen vom 15. September 2008	M. Reinhard
7.*	20.104 (DKD)	Begründung der Motion R. Heuberger (FDP), M. Gross (SVP), Z. Dähler (CVP/EDU), R. Diener (Grüne/AL) und M. Nater (GLP) betr. Transparenz bei Aufträgen an Dritte für Studien, Planungen und Gutachten	
8.	18.69 (DKD)	Antrag und Bericht zum Postulat U. Glättli (GLP), T. Brütsch (SVP) und U. Hofer (FDP) betr. Wahlbüro-Organisation Winterthur	

- | | | |
|-----|-----------------|---|
| 9. | 19.4
(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP) betr. Staatsislam |
| 10. | 19.39
(DKD) | Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) und R. Dürr (Grüne/AL) betr. Winterthur – barrierefrei? |
| 11. | 18.126
(DB) | Beantwortung der Interpellation Th. Leemann (FDP), R. Diener (Grüne/AL), Z. Dähler (CVP/EDU) und A. Steiner (GLP) betr. Mobilfunkantennen in der Winterthurer Altstadt, Kern- und Weilerzonen |
| 12. | 19.3
(DB) | Beantwortung der Interpellation F. Landolt (SP) betr. Arbeitsplatzgebiet Niderfeld - Zugänglichkeit |
| 13. | 17.70
(DSS) | Antrag und Bericht zum Postulat R. Keller (SP), G. Stritt (SP), D. Hofstetter (Grüne/AL), K. Cometta (GLP/PP) und B. Huizinga (EVP) betr. Einführung von Tagesschulen in Winterthur |
| 14. | 19.22
(DSS) | Beantwortung der Interpellation G. Stritt (SP), K. Gander (AL), S. Kocher (GLP) und T. Leemann (FDP) betr. Deutschförderung im Vorschulalter |
| 15. | 19.25
(DSS) | Antrag und Bericht zur Motion R. Kappeler (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL), M. Bänninger (EVP), M. Gross (SVP), Y.R. Gruber (FDP), A. Steiner (GLP) und Z. Dähler (EDU) betr. Projektierungskredit für ein zweites Hallenbad in Winterthur |
| 16. | 17.68
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat A. Geering (CVP), F. Helg (FDP), M. Bänninger (EVP), R. Diener (Grüne) und A. Steiner (GLP) betr. SBahndurchmesserlinien Winterthur |
| 17. | 17.146
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Meier (SP), B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), M. Bänninger (EVP) und M. Nater (GLP) betr. Energiewende in Winterthur: Strategie und Vorhaben nach dem Aquifer-Verzicht |
| 18. | 19.6
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat M. Nater (GLP), M. Bänninger (EVP) und B. Zäch (SP) betr. Stromprodukte nur noch aus 100% erneuerbaren Energien oder Strom aus der Kehrichtverwertung |
| 19. | 16.82
(DTB) | Antrag und Ergänzungsbericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne /AL), L. Banholzer (EVP/BDP), F. Landolt (SP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften |
| 20. | 17.27
(DSU) | Antrag und Bericht zum Postulat M. Sorgo (SP), R. Diener (Grüne/AL) und Y. Gruber (EVP/BDP) betr. motorisierter Verkehr in der Fussgängerzone der Winterthurer Altstadt |
| 21. | 19.24
(DSU) | Beantwortung der Interpellation S. Büchi (SVP), U. Glättli (GLP) und I. Kuster (CVP/EDU) betr. attraktive Gebühren für eine attraktive Altstadt |

**an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident D. Oswald: Ich begrüsse ganz herzlich zur 13. und 14. Sitzung des Amtsjahres 2020/2021 des Grossen Gemeinderats der Stadt Winterthur.

Ganz speziell begrüssen möchte ich Katrin Cometta. Sie ist zu uns retour gekommen – nicht als Gemeinderätin, aber als Stadträtin. Sie hat vor 14 Tagen mit ihrer Aufgabe begonnen. Ich wünsche ihr da, im Namen von uns allen vom Parlament, einen guten Start, alles Gute und viel Befriedigung bei ihrer Arbeit.

Mitteilungen

Ratspräsident D. Oswald: Entschuldigt für die beiden heutigen Sitzungen sind Markus Steiner und Beatrice Bosshard von der SP.

Heute ist keine verkürzte Pause, wir fahren um 20 Uhr weiter. Der Grund ist, dass eine IFK-Sitzung stattfindet und eine weitere Sitzung über das Vorgehen, den Terminplan zum Budget, zu der Stadtrat Kaspar Bopp eingeladen hat. Besten Dank für diese Einladung.

Es sind heute verschiedene Medien da, so viele wie noch nie. Es freut mich, dass Ihr nach Winterthur kommt. Es werden von verschiedensten Medien Bild- und Tonaufnahmen gemacht, das ist so erlaubt und ich danke für das Interesse.

An dieser Stelle ist mir ganz wichtig, auf die Corona-Regeln aufmerksam zu machen. Wenn Ihr nicht am Platz sitzt, tragen wir alle Masken. Das ist sehr wichtig, um die erforderlichen Schutzmassnahmen einhalten zu können. Es ist so, dass wenn jemand ein Attest hat und keine Maske tragen muss, konnte er das bekanntgeben. Bei mir ist einzig die Meldung eingegangen, dass Marc Wäckerlin ein solches Attest hat und dass er keine Maske tragen wird. Es ist mir wichtig, dass Ihr diese Information habt, dass jeder sich selbst in dieser Form schützen kann, wie das für ihn stimmt.

Es ist ganz wichtig, dass Ihr auch beim Essen den Abstand einhaltet. Wir haben beim Essen Tischsets an den Plätzen. Setzt Euch nur dorthin, wo es Tischsets hat, und macht keine Sitzplatzwechsel. Auch wenn Ihr den Kaffee holt, setzt Euch wieder an denselben Platz, an dem Ihr vorher gesessen seid. Es ist nicht Teil des Schutzkonzepts, aber ich empfehle es, dass Ihr auch in den Fraktionen zusammenbleibt beim Essen, so dass möglichst wenig unterschiedliche Durchmischungen stattfinden. Damit wir das Contact Tracing einhalten können, wird Jürg Bachmann dann Fotos machen, wie Ihr am Tisch sitzt. Wir kennen einander ja und von daher ist das so gut. Jürg wird diese Fotos auch wieder vernichten, wenn die notwendige Frist abgelaufen ist.

Es liegt heute kein Vorstoss auf, damit erübrigen sich diese Hinweise.

Es hat auch viele Besucher. Auch hier herzlichen Dank für das Interesse. Es ist mir wichtig, dass wir eine Situation haben können, dass wir die Gemeinderatssitzungen so organisieren können, dass Besucher möglichst immer zugelassen sind. Deshalb bitte ich auch die Besucher, sich an die entsprechenden Regeln zu halten. Wenn wir nachher in die Essenspause gehen, sollten wir darauf achten, dass wir nicht eine zu grosse Durchmischung haben. Die Gemeinderäte, die zum Essen gehen, gehen von mir aus gesehen links hinaus, und die Besucher gehen auf der rechten Seite hinaus.

Das sind meine Ausführungen zu den Corona-Regeln. Ich versuche, dass wir die alle einhalten und bitte darum, dass wir uns gegenseitig unterstützen, wenn etwas nicht gleich in den Sinn kommen sollte.

Ich wünsche uns allen, dass wir nicht nur heute Abend, sondern die ganze Zeit gesund bleiben können.

Fraktionserklärungen

Ratspräsident D. Oswald: Mir wurden zwei Fraktionsmeldungen gemeldet zum Thema Drohendes Notbudget. Die Fraktionserklärungen werden der Reihenfolge nach, wie sie eingegangen sind, verlesen. Anschliessend gebe ich dem Stadtrat das Wort.

Als Erste hat das Wort Lea Jacot von der SP.

L. Jacot (SP): Ich beginne mit «Liebe Gemeinderätinnen und liebe Gemeinderäte», denn was ich zu sagen habe, geht hauptsächlich an Euch. Aber natürlich auch herzlich willkommen alle anderen. Die SP-Fraktion ist tief besorgt über den Ablehnungsantrag zum Budget 2021, der heute gestellt werden wird.

Die Corona-Situation ist ernst, die Klimasituation ist es leider auch. Mit einem ablehnenden Entscheid werden wir sehr wahrscheinlich – zumindest in den ersten Monaten des nächsten Jahres - ohne Budget dastehen.

Wir tragen in diesem Rat die Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Unternehmen in Winterthur. In der jetzigen Situation ist es noch nicht einmal möglich zu sagen, wie man das kommende Weihnachtsfest mit seiner Familie feiern wird oder darf. Wir wissen nicht, ob unsere Kinder weiterhin in die Schule können das ganze Semester oder ob sie wieder zuhause unterrichtet werden müssen. Die wirtschaftliche Situation für viele Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt und auch überall sonst auf der Welt ist schlecht. Auch den Unternehmen geht es nicht gut. In dieser Zeit der Verunsicherung ist es eigentlich die Aufgabe unserer Regierung und auch des Parlaments, für möglichst grosse Sicherheit zu sorgen.

Was wir heute Abend machen, ist leider das Gegenteil davon. Wir schüren maximale Verunsicherung. Kann mit einem Notbudget adäquat auf die Corona-Krise reagiert werden? Können Kultur- und Gastrobetriebe bei allfälligen neuen, einschneidenden Corona-Massnahmen zeitnah Unterstützung von der Stadt erwarten? Können Winterthurer Unternehmen weiterhin auf Aufträge der Stadt hoffen, wenn nur ein Notbudget zur Verfügung steht? Können Familien in angespannten finanziellen Verhältnissen noch mit Unterstützung von der Stadt rechnen, z.B. bei subventionierten Krippen? Wird Winterthur zügig Schritte einleiten können, um die Klimaziele (d.h. vor allem auch Netto-Null bis 2050, das wir uns selbst gesteckt haben) zu erreichen?

Eine Steuererhöhung ist sicher schmerzhaft und für den Wirtschaftsstandort nicht unbedingt förderlich. Aber fehlende Planungssicherheit ist viel, viel schlimmer.

Wenn wir ehrlich sind, müssen wir die vorhin gestellten Fragen mehrheitlich mit «Nein» beantworten. Es wird kaum möglich sein, mit einem Notbudget noch kurzfristige Corona-Hilfe zu leisten. Mit einem Notbudget darf der Stadtrat eigentlich nur noch gebundene Ausgaben machen – oder vielleicht noch Ausgaben für Investitionen, die noch teurer werden, wenn man jetzt diese Ausgaben nicht tätigen würde. Aber gerade das CO₂ ist ein Beispiel dafür, dass je länger man wartet mit Massnahmen, desto einschneidendere Massnahmen muss man ergreifen und desto teurer wird es. Trotzdem werden aber genau diese Projekte damit ausgebremst, man kann nicht mit Planen anfangen, solange man nicht weiss, wie es mit dem Budget aussieht in Zukunft.

Es wird immer wieder betont, dass die Verwaltung effizienter arbeiten soll. Mit der Ablehnung des Budgets werden aber gerade in diversen Departementen Projekte liegenbleiben und die Angestellten werden zum Nichtstun verdammt. Viele Verwaltungsangestellten werden verunsichert sein, ob ein drastisches Sparpaket ihr Departement treffen wird. Verlieren sie vielleicht sogar den Job? Und verunsicherte Mitarbeiter sind sicher nicht unbedingt die effizientesten. Das hilft nicht dabei, motiviert zu arbeiten. Es ist ja nicht so, dass sie nicht die letzten Jahre schon gefordert waren und sehr viel zu tun hatten.

Mit unserer dringlichen Interpellation, die heute Abend auch noch drankommt, möchten wir Antworten des Stadtrats, wenigstens auf die drängendsten Fragen, die Privatpersonen, Unternehmen und Verwaltung haben könnten an den Stadtrat. Wir möchten Sie sehr bitten, Ihre Verantwortung als Parlament heute wahrzunehmen. Geben Sie den Kommissionen und den Parteien Zeit, sich überhaupt mit dem Budget auseinanderzusetzen. Bringen Sie Ihre Sparanträge in die ordentliche Budgetdebatte ein. Lassen Sie Winterthur nicht im Stich mit einem Notbudget und unterstützen Sie unsere dringliche Interpellation, dass wenigstens einige der dringendsten Fragen zum Notbudget beantwortet werden können. Lassen Sie unsere Bevölkerung nicht im Ungewissen darüber, wo gespart werden soll und auf welche Leistungen der Stadt sie in Zukunft verzichten muss.

Ich danke Ihnen vielmals.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank. Ich gebe das Wort Barbara Huizinga von der EVP für eine Fraktionserklärung zum gleichen Thema.

B. Huizinga (EVP): Die SP und Grüne/AL haben medial einen «Aufruf zur Vernunft bei den Stadtfinanzen» platziert und nehmen damit für sich in Anspruch, diejenigen zu sein, die für Winterthur sind. Dazu ist Folgendes zu sagen: Der Aufruf ist richtig und sagt es selbst: Es braucht endlich einen Befreiungsschlag für eine nachhaltige Grundlage der Stadtfinanzen. Genau das finden wir auch. Ob es mit einem Schlag getan ist oder mehrere Schritte braucht, das wird sich noch zeigen.

Dass eine einmalige Steuererhöhung von 7 Prozentpunkten dieser Befreiungsschlag sein könnte, das ist sicher falsch. Das sieht man nur schon im Finanzplan für den mittelfristigen Ausgleich, den der Stadtrat mit dem Budget veröffentlicht hat. Schon ab dem Budget 2022, in nur einem Jahr, sind die Finanzprobleme mit der beantragten 7%-Steuererhöhung zurück. Wo ist die Nachhaltigkeit? Wo ist die Vernunft?

Der Aufruf dieser Gruppe geht speziell an die EVP und die GLP. Warum eigentlich? Aber wir können gerne Antwort geben. Ja, wir nehmen unsere Verantwortung wahr, gerade mit dem, was wir heute sagen und machen. Dabei nehmen wir nicht den Weg des geringsten Widerstandes, sondern suchen echt nach dem Besten für unsere Stadt. Gern und selbstverständlich führen wir die inhaltliche Diskussion zum Budget - sobald ein Budget vorliegt, in dem nicht ein Loch von 8 oder 23 Mio. versteckt ist – je nach Rechnungsweise.

Die Behauptungen der selbsternannten Vernünftigen, der einzige Auftrag sei sparen statt Steuererhöhung, das sind schlicht fake news. Wir beantragen gemeinsam eine Steuererhöhung um 3 Prozentpunkte, zusammen mit anderen Aufträgen. So, wie Stadtrat Kaspar Bopp es gewünscht hat.

Als EVP stellen wir uns hinter eine gut funktionierende Verwaltung, hinter die dringend nötigen Klimamassnahmen und sind überzeugt, dass für die sozial Schwachen gesorgt werden muss. Es geht aber nicht an, immer höhere Ausgaben zu haben auf Kosten der Steuerzahler. Manche Menschen erfahren es gerade neu: Geld ist ein beschränktes Gut. Und es ist Zeit, damit leben zu lernen, auch als Stadt.

SP und Grüne möchten glauben machen, es sei auch rechtlich falsch, ein Budget zurückzuweisen. Dass das nicht stimmt, sollte Winterthur eigentlich wissen. Sind doch schon extra für unsere Stadt Rechtsgutachten zu dieser Frage erstellt worden. Ergebnis dieses Rechtsgutachten: Mit der Rückweisung kann die Regierung beauftragt werden, das Budget so zu überarbeiten, dass ein ausgeglichenes Budget herauskommt. Genau das wollen wir als EVP. Ein Budget, bei dem sich Steuererhöhung und Sparmassnahmen die Waage halten. Ein Budget, das den finanziellen Möglichkeiten unserer schönen Stadt entspricht. Ein vernünftiges Budget, das eine nachhaltige Grundlage für unsere Finanzen schafft. Das erwarten die Bewohner der Stadt von uns, und dafür setzen wir uns ein.

Stadtrat K. Bopp: Ich mache es relativ kurz, einleitend.

Zuerst zur Fraktionserklärung der SP: Wir nehmen die Sorge um den budgetlosen Zustand zur Kenntnis. Es ist tatsächlich so, dass es in mehreren Punkten sehr ungewiss ist, wie es herauskommt. Wir nehmen auf jeden Fall sehr viel Unsicherheit in Kauf. Zu den einzelnen Punkten nehme ich da keine Stellung, das Votum war ja insbesondere an die anderen Gemeinderatsfraktionen gerichtet.

Zur Fraktionserklärung der EVP gibt es ein paar wenige Sachen zu sagen. Was sicher ist: Wenn man bemängelt, dass eine Steuererhöhung keine Lösung ist, dann ist ganz klar: Keine Steuererhöhung ist definitiv auch keine Lösung. Und das ist mehr oder weniger das, was der Rückweisungsantrag beinhaltet. Und der Rückweisungsantrag ist insofern auch nicht als Lösung zu betrachten. Sondern für eine Lösung brauchen wir einen Dialog, das ist sicher ein ganz wichtiger Punkt. Aber der ist ja auch nicht ausgeschlossen im Antrag.

Das andere ist noch, das ist mir auch noch ganz wichtig zu sagen, liebe Barbara Huizinga: Es ist nicht mein Wunsch, dass Ihr einen konkreten Steuerfuss festlegt. Mein Wunsch war, dass wir auf das Budget eintreten. Aber Ihr habt mir die Wahl gelassen zwischen einer Rückweisung, ohne dass Ihr uns kundtut, was Ihr möchtet, und einer Rückweisung, bei der Ihr es kundtut. Das ist wie die Wahl zwischen Cholera und Pest. Dort habe ich geäußert, dass es mir lieber ist, wenn Ihr uns sagt, was Ihr wollt.

Ratspräsident D. Oswald: Damit haben wir die Fraktionserklärungen erledigt.

Dringliche Interpellation

F. Landolt (SP), B. Zäch (SP) und Ch. Griesser (Grüne/AL) betreffend Auswirkungen eines budgetlosen Zustands auf die Handlungsfähigkeit der Stadt (GGR-Nr. 2020.107)

Ratspräsident D. Oswald: Die dringliche Interpellation wurde von der SP eingereicht. Sie trägt den Titel «Auswirkungen eines budgetlosen Zustandes auf die Handlungsfähigkeit der Stadt». Eingereicht wurde sie von Felix Landolt und Benedikt Zäch von der SP und von Christian Griesser namens der Fraktion Grüne/AL.

Wir stimmen als Erstes über die Dringlichkeit ab. Der Erstunterzeichner erhält das Wort, um die Dringlichkeit zu begründen. Felix Landolt bitte.

F. Landolt (SP): Ich möchte die Dringlichkeit der Interpellation, die letzten Freitag eingereicht wurde, begründen. Es geht in die gleiche Richtung wie unsere Fraktionserklärung. Es sind im Prinzip drei Themenbereiche, bei denen wir denken, dass der Stadtrat ansatzweise Antworten geben können müsste, bevor wir zum Traktandum 2 kommen. Ansatzweise, denn es sind natürlich Fragestellungen, die komplex sind und viel Arbeit voraussetzen. Aber trotzdem sollten gewisse Angaben gemacht werden.

Wir erleben momentan eine Pandemie, die sich in rasantem Tempo ausweitet. Es ist wahrscheinlich, dass zusätzliche Massnahmen ergriffen werden müssen, um die Bevölkerung zu schützen. Im schlimmsten Fall drohen wieder rigorose Einschränkungen bezüglich der individuellen Bewegungsfreiheit, ein partieller Lockdown, mit grossen Auswirkungen auf Gastro, Kultur und öffentliches Leben. Wir erachten es als dringlich, dass wir, der Rat, aber auch die Bevölkerung und die unter der Pandemie leidenden Gastrobetriebe, die Kulturszene, das Gewerbe, dass alle diese Personen eine erste Einschätzung des Stadtrats bekommen über die Konsequenzen eines budgetlosen Zustands von einigen Monaten – während der sich verstärkenden Pandemie.

Zum 2. angesprochenen Bereich erachten wir die Dringlichkeit ebenfalls als gegeben, denn das lokale Gewerbe und die Bevölkerung müssen darüber in Kenntnis gesetzt werden, wie der Stadtrat die Konsequenzen für Aufträge, Bestellungen, Verpflichtungen, Verträge gegenüber der lokalen Anbieter einschätzt bei einem budgetlosen Zustand. Damit hängt auch zusammen, dass in einem budgetlosen Zustand keine neuen Projekte, oder wenige, nur bedingt neue Projektvorhaben, initiiert werden können. Und wir wissen: Winterthur ist eine wachsende Stadt. Und genau dieses Wachstum muss man gestalten. Und das Wachstum kann man nur gestalten, indem man aktiv ist und indem man den Stadtrat nicht zu einem Zuschauer werden lässt, der nicht handeln kann.

Zum 3.: Es ist aus wissenschaftlicher Sicht unbestritten, dass klimaschädliche Emissionen schnell und rigoros bekämpft werden müssen. Auf lokaler Ebene hat vor 15 Monaten im Gemeinderat eine Klimadebatte stattgefunden. Das Departement Sicherheit und Umwelt sollte davon ausgehend im Januar 2021, das wurde ja versprochen, einen Überblick darüber geben, wie auf lokaler Ebene die schädlichen Klimaemissionen gesenkt werden können. Wir gehen davon aus, dass in diesem Überblick Projekte figurieren, die rasch und kompromisslos angegangen werden müssen. Jede Verzögerung eines solchen Projektes bedeutet Zeitverlust. Und Zeitverlust ist sehr gefährlich. Wegen der Dringlichkeit der Klimaveränderung und ihrer Konsequenzen lässt sich mühelos auf die Dringlichkeit zur Frage schliessen, wie der Stadtrat Verzögerungen durch einen budgetlosen Zustand in dieser Sache einschätzt. Alle drei Kriterien zeigen unseres Erachtens die Dringlichkeit und wir bitten den Rat, die Dringlichkeit der Interpellation zu unterstützen.

Ratspräsident D. Oswald: Wir stimmen ab über die Dringlichkeit.

Wer die Dringlichkeit unterstützen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer die Dringlichkeit hingegen ablehnt, soll das ebenfalls mit Handerheben bezeugen.

Die Dringlichkeit ist somit abgelehnt und das Geschäft für heute erledigt.

Traktandenliste

Ratspräsident D. Oswald: Das Traktandum 15 ist abgesetzt, weil das noch in der BSKK zu behandeln ist.

Es liegt mir ein Ordnungsantrag vor von der SP zur Traktandenliste. Das Wort dazu hat Roli Kappeler (SP).

R. Kappeler (SP): Wir haben von der SVP gelernt, dass man mit drei verschiedenen Anträgen drei Mal dasselbe sagen kann. Nein, Spass beiseite. Es geht wirklich darum, weshalb das Geschäft heute als Nummer 2 auf der Traktandenliste steht.

Wir haben nie die Rechtmässigkeit einer solchen Rückweisung bezweifelt, aber wir finden das Traktandum heute ausgesprochen inadäquat. Ich möchte einfach schnell die Abfolge auf der Zeitachse skizzieren: Am 16. Oktober, am Freitag vor einer Woche, lag die Einladung zur heutigen Sitzung in der Mailbox. Und da ist das Traktandum 2 plötzlich darauf. Niemand weiss etwas, alle sind verunsichert. Die Stadträte wissen von nichts, die Fraktionspräsidenten wissen von nichts, ja nicht einmal die Vizepräsidentin und der 2. Vizepräsident des Rats wissen etwas. Ich frage mich, was da los ist.

Ein Blick in die Geschäftsordnung zeigt mir klar: Art. 3 sagt, der Präsident kann auch die Traktanden bestimmen. Mein Verdacht: Okay, das ist ein präsidentiales Geschenk. Es gibt aber eine 2. Möglichkeit: Art. 48 lässt die Möglichkeit, dass 10 Mitglieder aus dem Gemeinderat schriftlich eine Sitzung beantragen können. Man kann daraus ableiten, dass man auch an einer bestehenden Sitzung ein Traktandum verlangen kann.

Unsere Geschäftsordnung, die das dem Präsidenten überlässt, ist schon sehr, sehr präsidential. In einem Verein hat das Recht zur Traktandierung der Vorstand und nicht der Präsident. Aber das Geschäft ist nicht nur einfach präsidential, sondern unser Ratspräsident hat da ein sehr autokratisches Rollenverständnis, wenn er nicht einmal informiert, wer das Traktandum auf die Traktandenliste gesetzt hat, ob er das ist oder ob das ein Antrag von 10 Mitgliedern war. Und wenn er nicht einmal seine engsten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sprich die Ratsleitung, informiert. Das ist einmal der erste Punkt.

Dann ging es weiter. Damit wir heute über das Geschäft beschliessen können, muss das ja in einer Kommission vorberaten werden. Die zuständige Kommission dafür ist die Aufsichtskommission. Wenn ich den Terminplan des Gemeinderats anschau (gerade diese Woche wurde eine neue Auflage verschickt): Da steht am 2.11. Kommissionen, in der AK Budget Eintretensdebatte. Das wäre also noch nicht angesagt gewesen. Jetzt will es aber der Zufall, dass die AK das Traktandum Budget am letzten Montag ganz, ganz zufälligerweise schon auf der Traktandenliste hatte. Auch dort hat natürlich der AK-Präsident die Kompetenz, die Traktanden festzulegen. Auch das ist unbestritten.

Man muss aber doch die Zeitachse ein bisschen anschauen. Die Einladung für die AK-Sitzung wurde am 30.9. verschickt. Die Budgetkonferenz war erst später. Aber die Fraktionspräsidenten waren schon 4 Tage vorher im Besitz des Budgets. Also war zum Zeitpunkt, als die Einladung verschickt wurde, das Budget bekannt. Vielleicht ist es doch nicht ganz so zufällig. Dass das Budget traktandiert ist, habe ich selbst in der AK-Sitzung davor, als das angekündigt wurde, bezweifelt. Ich fragte, was das soll: Wir erhalten das Budget vor den Ferien, am 1. Montag nach den Ferien ist es schon traktandiert. Da haben wir keine Chance, uns eine Fraktionsmeinung zu bilden. Ich wurde beschwichtigt, es ginge um Informationen, es ginge um die Präsentation. Das Wort «Eintreten» stand tatsächlich in der Einladung vom 30.9. zum 1. Mal. Damit hat man die rechtliche Grundlage, um auch einen Nicht-Eintretens-

beschluss zu fassen. Ich überlasse es einfach jedem hier drinnen, sich selbst einen Reim darauf zu machen, wie das mit dem Zufall steht. Honi soit qui mal y pense. Auf jeden Fall ist das doch sehr suspekt.

Das heisst, das Traktandum 2 steht heute ganz klar nicht unrechtmässig auf der Traktandenliste. Aber was ist das für eine Kultur, die wir hier drinnen pflegen? Intransparent, es sieht nach Geheimmissionen aus. Ist das die Politikultur, die wir hier in der Schweiz und insbesondere hier in Winterthur pflegen wollen?

Unter diesem Verhalten verstehe ich Treue und Glauben im Geschäftsverkehr nicht. Das sieht für mich anders aus. Und unser Vertrauen in die beiden erwähnten Präsidenten ist angeschlagen. Es bleibt der Verdacht in der Luft, dass Parteiinteressen da höher gewichtet wurden als die präsidiale Rolle dieser zwei Präsidenten.

Und deshalb beantragen wir, dass wir dieses Traktandum heute absetzen.

Ratspräsident D. Oswald: Ich erlaube mir, da Du mich angesprochen hast, hier auch eine kurze Antwort zu geben. Ich habe den Ablauf, wie die Traktandenliste festgelegt wird, von meinem Vorgänger übernommen. Ich bin auch nie in die Bildung der Traktandenliste einbezogen worden, als ich 2. oder 1. Vizepräsident war. Die Traktandenliste wird zusammengestellt auf Vorschlag des Ratsbüros. Dann geht sie zur Vernehmlassung an den Stadtrat und dann kommt sie zum Präsidenten, um sie abschliessend zu verabschieden und freizugeben. Das habe ich auch diesmal so gemacht und gedenke das auch weiterhin so zu machen – und ich gehe davon aus, dass das auch meine Nachfolger so machen werden.

Zum konkreten Fall selbst: Es wurde mir am Donnerstag, also relativ kurz vor dem Versand, mitgeteilt, dass sich eine Mehrheit abzeichnet, dass man das Budget zurückweisen könnte. Ich vertrat die Meinung, wenn das so sicher ist, ist es sehr sinnvoll, wenn wir da nicht warten bis Ende November oder Anfang Dezember, sondern das möglichst schnell macht, und habe deshalb – und das ist sehr transparent, wie wir das immer machen – das Traktandum hinzugenommen. Vorbehältlich Beschlussfassung Kommission. Das ist ein übliches Vorgehen, das bei vielen anderen Geschäften auch schon gemacht wurde. Und ich glaube, das kann man auch weiterhin so machen. Es wird jetzt da bewusst etwas geschürt und in Frage gestellt. Ich erlaube mir nun auch, etwas aufzubringen: Man hatte die Abmachung, dass man das Geschäft der Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze und die Überwerfung Grüze miteinander behandelt, so dass man im Sinne eines Kompromisses über den ganzen Rat hinweg verkehrstechnische Fragen nach regionalen Aspekten löst und nicht nach Verkehrsträgerart. Man hat das auch nicht eingehalten. Man hat, als die Mehrheit im Stadtrat gekehrt hat, auch damit gekehrt. Die Überwerfung Grüze hat man jetzt voraussichtlich mit der Volksabstimmung. Und mit der Erschliessungsstrasse Neuhegi-Grüze können sich jetzt wahrscheinlich die anderen die Nase breit drücken.

Also, Roli Kappeler, da haben wir 1:1.

Ich möchte dazu nicht weiter Ausführungen machen. Es ist also nicht am Präsidenten, in die Ratsdebatte einzugreifen. Ich übergebe das Wort Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Felix Helg wird wahrscheinlich aus Sicht Aufsichtskommissionspräsident auch noch etwas sagen. Ich möchte einfach kurz gewisse Fakten auch noch darstellen, und ich stelle mich auch den Vorwürfen.

Zuerst zu den Fakten. Der Stadtrat hat das Budget uns Milizparlamentarierern kurz vor den Herbstferien zugeschickt. Und das, obwohl wir ihn schon mehrfach eindringlich gebeten hatten, dass ein besser strukturierter Prozess möglich wäre, wenn man das früher erhalten würde. Noch in den Herbstferien haben sich die Parlamentarier, die jetzt den Antrag voraussichtlich unterstützen werden, nicht nur eingehend mit dem Budget auseinandergesetzt, sondern wir haben auch sehr zeitaufwändig Koordinationsgespräche geführt. Und deshalb konnte noch vor den Herbstferien, und nur dank einem enormen Aufwand, das entsprechende Traktandierungsbegehren gestellt werden.

Wenn Du von Zeit sprichst: Viel Zeit hatten wir nicht. Und daran ist der Stadtrat mitschuldig. Und in dieser Zeit haben wir alles Menschenmögliche gemacht.

Dann aber kurz zum Inhalt: Ich frage mich ernsthaft, was Du mit Deinem Votum bezwecken willst. Die Alternative wäre ja gewesen, dass wir einen Rückweisungsantrag erst an der Sitzung vom 30.11.2020 gefasst hätten. Damit hätten wir, und das scheint aufgrund der Eingangsvoten unbestritten, wertvolle Zeit unnütz verstreichen lassen. Kurzum: Eure Voten sind widersprüchlich. Einerseits möchte man unnötige Unsicherheiten und unnötig lange Zeit vermeiden, aber andererseits müsste man Euch jetzt mit diesem Absetzungsantrag quasi einen Monat mehr Zeit geben. Das ist ein Widerspruch. Wir haben das andere höher gewertet. Wir hatten den Zeitdruck und der Zeitdruck ist wertig.

Zur Kultur: Ich bemühe mich immer um bestmögliche Transparenz. Es ist nicht immer möglich, auch unter Zeitdruck. Auch weil heute gewisse Meinungen noch nicht stehen. Das ist bei einem Punkt, den 5 Fraktionen koordinieren müssen, noch stärker so. Aber ich erinnere mich auch an eine Klimasondersitzung, bei der ich nicht einmal ein Telefon von der SP bekam, was dort denn diskutiert werden soll und ob man auch auf unsere Meinung Wert legt. Es ist auch immer etwas Gegenseitiges.

Aber das Wichtigste ist wirklich, dass wir Zeit gewonnen haben und deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir das heute diskutieren und Klarheit zum Antrag haben.

F. Helg (AK): Zu einem ungewohnt frühen Zeitpunkt hat sich heute der Gemeinderat mit dem Budget des Folgejahres zu befassen. Nicht wie üblich erst anfangs Dezember, sondern bereits jetzt Ende Oktober kommt das Budget in den Gemeinderat. Anlass dafür ist der Beschluss der Aufsichtskommission, das Budget gesamthaft an den Stadtrat zurückzuweisen. Eine Ausgangslage, die es – wenn überhaupt – jedenfalls in den letzten Jahren nie so gegeben hat.

Seit letztem Dienstag, als die AK ihren Beschluss bekannt machte, ist viel über die Budgetfrage geschrieben und geredet worden. Im Vokabular lassen sich auch drastische Worte finden. Ich gehe davon aus, dass diese Worte auch wieder im Verlauf der Diskussion heute Abend ihren Eingang finden werden. Ich möchte einen Aspekt herausgreifen.

Es wird oft von „Verantwortung“ gesprochen und umgekehrt von „Verantwortungslosigkeit“. Barbara Huizinga hat dies auch schon thematisiert in ihrer Fraktionserklärung. Im politischen Kontext gibt es aber wohl kaum „die Verantwortung“, hinter der alle dasselbe verstehen. „Verantwortung“ heisst im politischen Umfeld – der Wortbedeutung nach – eine Antwort auf eine konkrete politische Frage zu geben. Es liegt in der Natur der Sache, dass diese Antworten je nach Parteistandpunkt unterschiedlich ausfallen. Und es ist demzufolge Aufgabe des politischen Prozesses, mit einem parlamentarischen Verfahren einen Weg zu öffnen, damit letztlich eine verbindliche Antwort resultiert. Vorliegend ist das nach dem Willen der AK eben die Rückweisung des Budgets 2021.

Die von der AK beschlossene Rückweisung steht natürlich nicht im „luftleeren Raum“, sondern knüpft an am Budgetantrag des Stadtrates, den ich jetzt im Folgenden kurz mit den wichtigsten Kenndaten darstellen möchte.

Ich bitte den Ratssekretär, die Präsentation zu starten.

Ratspräsident D. Oswald: Entschuldige bitte, wenn ich Dich unterbreche, Felix. Die SP hat einen Ordnungsantrag gestellt, um das Traktandum 2 abzusetzen. Und wir debattieren jetzt über die Absetzung, noch nicht über den Rückweisungsantrag.

Ich habe Dir das Wort gegeben, weil Du auch persönlich angesprochen wurdest als AK-Präsident in diesem Ordnungsantrag, und ich dachte, Du wolltest auf dieses Votum entsprechend entgegenen.

F. Helg (AK): Das ist dann eingebaut in meinem Votum als AK-Präsident. Ich habe das falsch verstanden. Ich fahre nachher weiter, wenn über den Ordnungsantrag entschieden wurde.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank, Felix. Es liegen mir noch zwei weitere Wortmeldungen vor zum Antrag der SP zur Absetzung von Traktandum 2. Das Wort hat Marc Wackerlin.

M. Wackerlin (PP/SVP): Vielen Dank an den Ratspräsidenten für sein hervorragendes Votum. Er sagte richtig, dass es darum geht, dass wir die Zeit möglichst optimal nutzen, damit eben auch der Stadtrat möglichst viel Zeit hat, noch ein neues Budget auszuarbeiten. Bezüglich dem Vorwurf des Konspirativen, der gekommen ist: Da ist mir gleich der Stadtrat eingefallen. Seit mindestens einem halben Jahr fragen die Gemeinderäte immer wieder, wie es um die Budgetsituation steht – und sie wurden immer wieder getröstet. Jetzt ist das Budget da – und jetzt ist es ganz klar so, dass es für uns in einem nicht akzeptablen Zustand ist. Und entsprechend ist das halt jetzt auf diese Art und Weise herausgekommen. Wenn der Stadtrat den Gemeinderat häufiger informieren würde und vielleicht häufiger auch vorab testen würde, was sinnvolle Massnahmen sind – ob man z.B. sparen soll oder Steuern erhöhen – käme das sicher in Zukunft besser heraus.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL wird den Antrag der SP unterstützen. Ich bin der Ansicht, dass eine Rückweisung ohne die Corona-Situation schon sehr sportlich wäre. Wenn wir jetzt aber unter Berücksichtigung der Situation, die wir haben bezüglich Corona, vom Stadtrat noch eine Zusatzschleife verlangen, dann wird es zeitlich sehr, sehr eng. Wenn wir jetzt etwas machen sollten, müssten wir eine Beschleunigung machen und nicht eine Vollbremsung. Ansonsten droht, dass wir Ende März 2021, wenn wir vorher kein Budget beschlossen haben, der Regierungsrat das dann schon für uns übernehmen wird – aber ob das unbedingt im Sinn der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ist, wage ich zu bezweifeln. Deshalb unterstützen wir den Absetzungsantrag der SP.

I. Kuster (CVP/EDU): Ich danke zuerst Urs für die klaren Worte. Wir von der CVP/EDU-Fraktion sind klar gegen die Absetzung von Traktandum 2. Es geht da klar um eine Verhinderungs- und Verzögerungspolitik der SP mit den Grünen. Sie wollen damit die Diskussion zum Budget und zum Rückweisungsantrag verhindern und das Zustandekommen eines mehrheitsfähigen Budgets noch weiter hinauszögern. Wir wollen mit unserem heftigen, wohlüberlegten Vorgehen wertvolle Zeit für den Stadtrat und auch die Bevölkerung herausholen. Es ist Aufgabe des Stadtrates und der Verwaltung, das Budget seriös zu überarbeiten. Und ich sagte schon letztes Jahr in der Budgetrede: Wir wollen kein Mikromanagement mehr betreiben, sondern strategische Vorgaben machen. Und deshalb lehnen wir die Absetzung klar ab.

Stadträtin Ch. Meier: Es hat zwar jetzt mit dem Rückweisungsantrag und der Absetzung dieses Traktandums von der Traktandenliste nichts zu tun, aber wenn so grobe fake news vom Gemeinderatspräsidenten in den Raum geworfen werden, dann muss ich darauf reagieren können.

Es ist selbstverständlich nicht so, dass mit der Mehrheitsverschiebung im Stadtrat, was die Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze und die Querung Grüze angeht, irgendwie ein neuer Zeitplan entstanden ist. Es handelt sich da um zwei gigantisch grosse Projekte mit jahrelangen, wenn nicht sogar jahrzehntelangen Planungsphasen. Das ist der absolute Normalfall bei so grossen Projekten. Seit Jahren ist klar, dass wir bei diesen zwei Grossprojekten zeitlich nicht parallel laufen. Das war auch schon unter meinem Vorgänger klar.

Ich habe bei der Querung Grüze ein Projekt von meinem Vorgänger übernommen, das sehr weit war. Und es war klar, dass man ungefähr jetzt zur Volksabstimmung kommt. Und es ist bei der Zentrumserschliessung so, dass wir einen Richtplaneintrag haben und nicht viel mehr. Ich verwehre mich da, dass da die neue Stadtratsmehrheit irgendwas verschleppt, auch wenn man das immer wieder behauptet und versucht, das immer wieder zu festigen. Es ist nicht so.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank.

Wir kommen zur Abstimmung über den Absetzungsantrag.

Wer den Antrag der SP zur Absetzung von Traktandum 2 unterstützen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer den Absetzungsantrag ablehnt, soll das ebenfalls mit Handerheben bezeugen.

Das ist die Mehrheit. Der Antrag der SP ist abgelehnt.

1. Traktandum

Protokolle der 9./10. und 11./12. Sitzungen

Ratspräsident D. Oswald: Gibt es Anmerkungen zu den Protokollen? Wenn nicht, sind die Protokolle genehmigt mit bestem Dank für die Verfassung.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2020.102: Rückweisungsantrag zum Geschäft «Genehmigung des Budgets 2021 und Festsetzung des Steuerfusses; Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2022 bis 2024» (bei Ablehnung des Rückweisungsantrages erfolgt die Budgetberatung plangemäss am 30.11.2020)

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort zu diesem Geschäft hat der Kommissionspräsident Felix Helg.

F. Helg (AK): Nachdem ich schon vorhin angefangen habe mit meinem Votum, steige ich jetzt an der Stelle ein, wo ich sagte, ich stelle kurz den Stadtratsantrag vor, der Anknüpfungspunkt ist für den Rückweisungsantrag der Aufsichtskommission.

Die Weisung enthält die Anträge, die hier projiziert sind: Genehmigung Globalkredit und Leistungsziele Erfolgsrechnung, Genehmigung der Investitionsrechnung, Festsetzung der Gemeindesteuer auf 129 Prozentpunkte, Kenntnisnahme vom Finanz- und Aufgabenplan und der technische Aspekt, dass der Stadtrat ermächtigt wird, pauschal in der Produktgruppe Städtische Allgeminkosten eingestellte Positionen im definitiven Budget den Produktgruppen zu belasten.

Hier wie gesagt die wichtigsten Kenndaten: Der Budgetantrag des Stadtrates weist einen Gewinn von 11.4 Mio. Fr. aus. Davon gehen 7.4 Mio. Fr. auf die Steuererhöhung auf aktuell beantragt 129 Prozentpunkten zurück. Inbegriffen ist auch eine Entnahme aus der Reserve der Produktgruppe „Parkhäuser und Parkplätze“ von 8 Mio. Fr., die bereits im Vorfeld einiges zu diskutieren gab. Die Corona-Effekte, welche das Budget des nächsten Jahres betreffen, beziffert der Stadtrat mit 11.7 Mio. Fr.

Das Investitionsbudget geht beim Verwaltungsvermögen von Nettoinvestitionen von 190.4 Mio. Fr. aus. Davon betrifft der grösste Einzelposten das neue Polizeigebäude mit 25.4 Mio. Fr. Beim Finanzvermögen sind Nettoinvestitionen von 7.7 Mio. budgetiert.

Das zweckfreie Eigenkapital beläuft sich gemäss der Planung auf 94.0 Mio. Fr. Der mittelfristige Ausgleich ist momentan mit einem Plussaldo von 34.1 Mio. Fr. noch gewahrt. In diesem Betrag ist bereits die Prognose der Hochrechnung 2020 integriert. Der Stellenetat umfasst gut 3'427 Stellen. Knapp 80 Stellen kommen neu hinzu; davon sind rund 25 Stellen refinanziert. Die Nettoschuld pro Einwohner/in steigt auf 11'197 Fr. an gemäss den Ausführungen des Stadtrats.

Mit dem Budget hat der Stadtrat auch den Finanz- und Aufgabenplan für die Jahre 2022 bis 2024 vorgelegt. Man erwartet Defizite von 8.2 bis 21.5 Mio. Fr. pro Jahr. Dementsprechend nimmt das zweckfreie Eigenkapital bis ins Jahr 2024 auf rund 45 Mio. ab.

Ich komme zu den Kommissionsberatungen. An der Sitzung der Aufsichtskommission vom 19. Oktober 2020, also vor einer Woche, hat der Stadtrat das Budget ausführlich erläutert. An dieser Stelle bedanke ich mich beim Departement Finanzen unter der Leitung von Stadtrat Kaspar Bopp für die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für das Budget. Der Departementsvorsteher hat auf den strukturierten Budgetierungsprozess stadintern hingewiesen.

Dieser Prozess umfasste im Verlauf dieses Jahres bereits zwei zusätzliche interne Kürzungsaufträge. Es ist im Weiteren seitens des Stadtrates erklärt worden, dass rund 80 % der Kosten „gebunden“ seien. Nach Auffassung des Stadtrates würde ein Abbau der freiwillig erbrachten Leistungen massiven Schaden anrichten. Der Stadtrat hat im Weiteren auch dargelegt, dass die Steuerbelastung auch nach der beantragten Steuererhöhung im Vergleich zu anderen Grossstädten gering sei.

Für die Kommissionsmehrheit ist die Steuererhöhung um neun Prozentpunkte zu hoch. Auch die Personalaufstockung um knapp 80 Stellen konnte von der Mehrheit nicht nachvollzogen werden. Verschiedentlich wurde auch die Auffassung vertreten, ein Plan sei nicht hinreichend ersichtlich, wie Einsparungen zu realisieren seien. Teilweise seien im Budget Einmal-Effekte eingeplant, wie etwa die Entnahme aus der „Parkhaus-Reserve“. Die allgemeine Unzufriedenheit mit dem Budget führte letztlich zu einem Rückweisungsantrag. Man war der Meinung, dass der Stadtrat besser in der Lage sei, das Budget grundlegend zu überarbeiten und dem Gemeinderat einen neuen Antrag zu unterbreiten.

Die Kommissionsminderheit erachtete den Budgetantrag als gute Grundlage. Angesichts der momentanen finanziellen Lage und auch in Berücksichtigung der Corona-Auswirkungen sei eine Steuererhöhung gerechtfertigt. Es sei die Aufgabe des Gemeinderates, Anpassungen am Budget zu prüfen, darüber zu diskutieren und dann Beschluss zu fassen. Ein budgetloser Zustand sei unter allen Umständen zu vermeiden.

Das Ergebnis der Kommissionsberatungen war schliesslich der Rückweisungsantrag an den Gemeinderat, wie er hier dargestellt ist. Dieser wurde mit 7:4 Stimmen angenommen. Der Rückweisungsantrag als Kommissionsantrag ist ohne bestimmten Auftrag verabschiedet worden. Dies in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung: Diese sieht einerseits vor, dass eine Rückweisung beschlossen werden kann; die Rückweisung kann zudem mit einem Auftrag verbunden werden (Art. 58 Abs. 1 Geschäftsordnung). Zu einer Auftragserteilung im Rahmen einer Rückweisung ist somit der Gemeinderat nicht verpflichtet.

Die Fraktionen, die eine Rückweisung vertreten, haben zwischenzeitlich nach jetzigem Kenntnisstand noch einen Auftrag zur Rückweisung formuliert und werden diesen als weiteren Antrag heute Abend präsentieren.

In der heutigen Ausgabe des Landboten wird eine Expertenmeinung wiedergegeben, nach der der Stadtrat auch bei einem begründeten Rückweisungsantrag nicht an diesen Auftrag gebunden wäre. Ich bin aber der Ansicht, dass diese Folgerung zu kurz greift. Sicher kann der Gemeinderat nicht anstelle des Stadtrates handeln - aber der Stadtrat würde sich auf dünnes rechtliches Eis begeben und würde sich zudem ins politische Abseits stellen, wenn er diesen Auftrag nicht wahrnehmen würde. Wenn es im Bereich des Möglichen ist, was der Auftrag möchte.

Noch 2 - 3 Schlussbemerkungen: Ab und zu wurde bereits im Vorfeld und auch heute Abend schon von Roli Kappeler eingewendet, der Ablauf der Beratung des Geschäfts sei nicht regelkonform verlaufen. Das trifft nicht zu. Das Budget 2021 war ordentlich für die AK-Sitzung vom 19. Oktober 2020 in Bezug auf die Eintretensfrage traktandiert, notabene lange bevor bekannt war, wie der Budgetantrag des Stadtrates lautet. In meiner Funktion als AK-Präsident habe ich die AK am Montag, 31. August 2020 informiert, dass das Budget am 19. Oktober behandelt wird, damit man mit einem anderen Traktandum aus dem Departement Finanzen eine abgerundete Sitzung gestalten kann. Am Dienstag, 22. September habe ich ein Mail an den Finanzvorsteher geschickt mit der Sitzungsplanung und dem Hinweis, dass die Traktandenliste in der Folgeweche finalisiert wird – nämlich in Anbetracht der AK-Sitzung vom 29. September. Und diese Traktandenliste, das hat auch Roli Kappeler richtig gesagt, wurde dann am 30. September versandt. Und das Geschäft, das hat auch der Ratspräsident gesagt, wurde gemäss dem gewohnten Ablauf für die heutige Gemeinderatssitzung traktandiert, so dass es da keine rechtlichen Bedenken gibt, dieses Geschäft heute zu behandeln. Der ordentliche parlamentarische Ablauf wurde vollumfänglich eingehalten.

Was mir zum aktuellen Zeitpunkt nicht recht klar ist, ist die Bedeutung des November-Briefs, den der Stadtrat diese Woche noch verabschieden will. Sollte heute die Rückweisung des Budgets beschlossen werden, so hat der November-Brief jedenfalls als möglicher Stadtratsantrag an den Gemeinderat keine eigenständige Bedeutung. Die Änderungen, die mit dem

November-Brief beantragt werden, müssen in der Gesamtschau für einen neuen Budgetantrag des Stadtrates gewürdigt werden.

Und vielleicht noch zu guter Letzt: Mit der Diskussion über den Rückweisungsantrag zum Budget – wie gesagt wohl eine Premiere in der jüngeren Winterthurer Parlamentsgeschichte – bestätigt sich meines Erachtens eine Tendenz in der laufenden Amtsdauer. Der Gemeinderat politisiert eigenständiger. Ich erinnere da auch an die Debatte zum Sanierungskredit zur Pensionskasse. Das ist beim Budget aber durchaus im Einklang mit der Kompetenzordnung in der Gemeindeordnung: Der Stadtrat stellt Antrag zum Budget und der Gemeinderat fasst Beschluss. Und jetzt, so wie es aussieht, hält eben einen Rückweisungsbeschluss. Der Gemeinderat hat sich sozusagen emanzipiert. Und das ist meiner Meinung nach auch gut so.

M. Bänninger (EVP): Im Namen der Fraktionen FDP, SVP, CVP, GLP und EVP stelle ich folgenden Rückweisungsantrags mit klar formulierten Aufträgen zur Ergänzung des AK-Antrages. Ich lese vor:

Das Geschäft 2020.102 (Genehmigung des Budgets 2021 und Festsetzung des Steuerfusses, Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans 2022 bis 2024) wird an den Stadtrat zurückgewiesen mit den folgenden Aufträgen:

- Der Steuerfuss soll auf maximal 125 % erhöht werden.
- Es darf kein Verlust budgetiert werden.
- Auf die Entnahme aus der Parkhausreserve wird verzichtet.
- Die Aufwandseite soll einer erneuten kritischen Prüfung unterzogen werden mit dem Ziel, den Gesamtaufwand um CHF 7 Mio. nachhaltig zu reduzieren.

Die Begründung des Rückweisungsantrages mit Aufträgen folgt in den Ausführungen der einzelnen Fraktionen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Mit dem Budget 2021 vom Stadtrat könnte der Gemeinderat sehr gut arbeiten. Wir haben einen Gewinn von 11 Mio., wir haben eine offensichtlich nicht mehrheitsfähige Steuererhöhung um 7 % und wir wissen, dass jedes Steuerprozent ca. 3 Mio. ausmacht. Insofern ist die Rechnung total einfach: Wenn man einen Steuerfuss von 125 % will statt 129 %, dann heisst das, wir kürzen 12 Mio. 4 x 3, das ist wohl klar. Man könnte so z.B. einen Verlust von 1 Mio. budgetieren, es wäre also überhaupt kein Problem. Man könnte zudem auch ein paar Kürzungsaufträge einbringen. Ich gehe davon aus, dass wir diese vermutlich nicht unterstützen würden, aber trotzdem: Es würde dazu führen, dass wir nachher eine schwarze Null ausweisen würden und möglicherweise die Steuern gar nicht erhöhen müssten.

Das Problem ist eben gar nicht das Budget 2021, sondern, wir wissen es nämlich, das Problem ist der Finanz- und Aufgabenplan, der FAP, bzw. die sich daraus ableitende Eigenkapitalentwicklung. Und die Tatsache, dass wir bereits zwei Sparprogramme hinter uns haben. Der FAP und die Eigenkapitalentwicklung setzen voraus, dass wir entweder jetzt eine konstante Steuerfusserhöhung entscheiden oder dass wir ein weiteres Sparprogramm in die Wege leiten.

Die letzten zwei Sparprogramme haben wir teilweise mitgetragen. Ich möchte aber ganz klar darauf hinweisen, dass es jetzt genug ist. Wir werden weitere Sparprogramme nicht mehr mittragen. Wir haben z.T. Sachen gesehen, die wirklich sehr interessant sind: Dass wir Stellen abbauen und kurz darauf genau diese Stellen wieder aufbauen, weil wir gemerkt haben, dass sie zwingend nötig sind. Und genau deshalb können wir nicht schon wieder mit einem Sparprogramm weiterplanen.

Der Städtevergleich bringt es relativ klar ans Licht: Winterthur steht gar nicht so schlecht da. Wir können uns einfach nicht mit dem sehr reichen Zürich vergleichen. Und ob wir uns unbedingt mit Uster vergleichen wollen, das müssen alle selbst wissen. Qualität hat ihren Preis. Wir wollen eine lebenswerte Stadt mit Kultur, mit Sport, mit einem guten Fremdbetreuungsangebot und einem guten Bildungsangebot.

Und die entscheidenden Fragen sind eben: Wie geht es weiter mit der Kulturstadt Winterthur? Was passiert mit der Raumplanung (Stichwort: Winterthur 2040)? Verpassen wir dort den Zug, entscheidet die SBB ohne uns? usw.

Wie ist es mit dem Netto-Null-Ziel, das wir hier beschlossen haben in der Stadt Winterthur? Und wie lange macht das Personal diese Unsicherheit noch mit?

Mit einer Rückweisung machen wir einen Schritt in die falsche Richtung. Corona, ich habe es schon vorhin gesagt, würde eher eine Beschleunigung und nicht einen Stopp verlangen. Wenn die Mehrheit des Gemeinderats keine Steuererhöhung will, dann verweise ich auf die 10er-Liste. Die 10er-Liste, die eben 10 Punkte beinhaltet und zufälligerweise in der Weisung des Stadtrats auf Seite 10 ist. Und dann fordere ich die entsprechenden Leute auf zu sagen, was sie nicht mehr wollen. Welche Kultursubvention soll man streichen? Welches Museum soll schliessen? Welche Bibliothek brauchen wir nicht mehr? Soll man die msw schliessen oder die Freifächer in der Sek streichen? Gibt es eine Sportanlage, die wir nicht mehr brauchen? Oder der Gemeinderat könnte ja auch die vor kurzem wieder erhöhten Beiträge an die schulergänzende Betreuung senken. Es liegt alles auf dem Tisch.

Der Stadtrat hat seine Aufgabe gemacht. Was wir jetzt hier machen ist Vorwahlkampf. Und deshalb sagt die Fraktion Grüne/AL ganz klar Nein zu dieser Rückweisung.

R. Kappeler (SP): Drei Punkte: 1. Zwei kurze Vorbemerkungen. Danke an Felix Helg für seine Präsentation. Insbesondere hat er die Minderheitsposition gut wiedergegeben. Was jetzt in der Diskussion allerdings ein bisschen fehlt ist die Frage, ob man jetzt über den AK-Antrag spricht (Rückweisung) oder ob man über den Antrag Bänninger spricht (Rückweisung mit diesen Auflagen). Aber ich spreche mal zu beiden.

Zweite Vorbemerkung, und damit bin ich bei Michi Bänninger: Wir schätzen die Kompromissbereitschaft und v.a. die Rolle der EVP, Kompromisse zu schmieden, sehr. Aber: Ihr schmiedet einfach auf dem falschen Gleis. Eine Rückweisung ist einfach das falsche Gleis. Gehen wir doch auf das Gleis «Materielle Beratung» und dann ist Eure Kompromiss schmiedung sehr gefragt. Da habt Ihr uns dann durchaus auch wieder im Boot – das einfach als Vorbemerkung.

Kurz zurück zum Materiellen, zur Folie, die Felix Helg aufgelegt hatte zur Minderheitsposition in der AK. Und da nochmals zu den falschen Aussagen, die vorher beim Ordnungsantrag gefallen sind: Es geht uns überhaupt nicht darum, zu bremsen, sondern (wie Christian das vorhin richtig sagte) es geht uns darum, zu beschleunigen. Also materiell: Die Rechnung ist relativ einfach. Wir sehen ziemlich weit vorne im Budget, dass uns die nächsten Jahre einfach mal 25 Mio. Steuerertrag von juristischen Personen wegbrechen werden. Das sind 8 – 9 Steuerprozent. Die zwei Hauptursachen sind die Steuervorlage 17 und Corona, weil die Unternehmen nächstes Jahr viel tiefere Gewinne haben. Corona konnte niemand voraussehen und da kann niemand etwas dafür, das müssen wir einfach so hinnehmen. Das ist bei der Steuervorlage 17 ein bisschen anders. Wir haben immer gewarnt davor, dass am Schluss die Gemeinden einfach die sind, die das Ganze ausbaden müssen – den Letzten beißen die Hunde. Und wenn der Kanton sich attraktiver machen will in einem verheerenden interkantonalen Steuerwettbewerb für Unternehmen – dass dann einfach jemand diese Rechnung zahlen muss und dass das wahrscheinlich die natürlichen Personen, also unsere Familien, unsere Alten, unsere Jungen, einfach unsere Bevölkerung sind. An diesem Punkt sind wir jetzt, jetzt haben wir diese Rechnung.

Wir haben also den Auftrag von diesen 25 Mio. Jetzt ist es einfach, es gibt zwei Möglichkeiten: Wir füllen es mit mehr Einnahmen (also Steuererhöhungen) auf oder wir schnüren neue Sparpakete. Es ist klar: Wir stehen auf der einen Seite, die Bürgerlichen stehen auf der anderen Seite. Und es gibt auch die Möglichkeit einer Kombination. Ich möchte an dieser Stelle aber nur sagen: Wenn wir auf der einen Seite stehen mit mehr Einnahmen, dann sind wir nicht ganz alleine. Ich habe da prominente Unterstützung gefunden: Am letzten Samstag gab Ueli Maurer an der Delegiertenversammlung der SVP folgendes (ich zitiere ihn wörtlich), zu Mikrofon (es ging um ein 2. Massnahmenpaket Corona-Hilfe): «Noch einmal 30 Milliarden können wir uns nicht leisten. Schon die ersten 30 Milliarden führen dazu, dass wir 15 Jahre

lang mehr Steuern bezahlen müssen.» Auch Ueli Maurer sieht, dass wir eigentlich keine anderen vernünftigen Möglichkeiten haben als das mit Steuern zu finanzieren. Also: Da haben wir den klassischen Widerspruch zwischen links und rechts.

Der Stadtrat hat sich (was in seiner politischen Zusammensetzung wahrscheinlich nicht so überrascht) auch eher für die Einnahmenseite entschieden. Er hat aber sehr transparent (wie das bisher noch bei keinem Budget der Fall war) die Handlungsfelder aufgezeigt, die ominösen 10 Punkte auf Seite 10, die Christian ansprach. Und da können wir jetzt einhaken. Also wäre doch jetzt der Zeitpunkt, in die Budgetberatung materiell einzusteigen. Farbe zu bekennen, wo man sparen will, wo man die Stellen abbauen will. Und dann fangen wir an zu kämpfen.

Gehen wir zurück, Punkt 3, zum inhaltlichen Rückweisungsantrag. Der Kompromissantrag von Michi Bänninger ist inhaltlich durchaus eine akzeptable Verhandlungsbasis. Aber (und auch das hat Christian Griesser sehr klar schon gesagt) sie greift zu kurz, wenn sie nur das Jahr 2021 anschaut und die Zukunft nicht. Die Gegenseite hat uns in den vergangenen Jahren immer wieder vorgehalten, wir würden die Zukunft ausblenden. Jetzt, mit diesem Antrag, macht Ihr das: Ihr probiert, 2021 ins Lot zu bringen. Aber die fehlenden Steuereinnahmen fehlen uns dann auch in den kommenden drei Jahren.

Das heisst eben genau: Der Kompromiss ist heute auf dem falschen Gleis, auf der Schiene «Rückweisung». Wer jetzt Kompromisse schmieden will – und da verschliessen wir uns überhaupt nicht – der muss jetzt in die Verhandlung eintreten.

Fazit: Vergesst die Rückweisung. Fangt morgen an mit der Detailberatung. Ich habe für meine Produktgruppe morgen die erste Besprechung vereinbart. Ich will anfangen zu arbeiten, hindert mich bitte nicht daran. Lasst uns ab morgen anfangen zu feilschen, was wichtiger ist für Winterthur: Der Steuerfuss oder die Lebensqualität. Sagt, wo Ihr sparen wollt, wenn Ihr keine Steuerfusserhöhung wollt. Bekennt Farbe. Und dann haben wir - das verspreche ich Euch – am 14. Dezember wie im Terminplan vorgesehen das Budget. Die Rückweisung heute kostet nur Zeit. Sie ändert materiell gar nichts. Denn beim nächsten Entwurf des Stadtrats haben wir vielleicht einfach die umgekehrten Vorzeichen: Dass wir dann Erhöhungsanträge stellen anstatt dass Ihr Kürzungsanträge stellt. Wir sind dann also am gleichen Punkt. Und vergesst das. Beginnt heute einzusteigen. Und deshalb sind wir gegen jede Form von Rückweisungsantrag – egal ob AK-Antrag oder Antrag Bänninger.

S. Kocher (GLP): Wie bereits eingangs von Michael Bänninger erläutert unterstützt die GLP den Alternativvorschlag zur Rückweisung vom aktuellen Budget 2021 und dem dazugehörigen Finanz- und Aufgabenplan. Und das aus folgenden Gründen: Die GLP hat sich in den vergangenen Jahren stets für ein ausgewogenes Budget und einen stabilen Steuerfuss und einen ausgeglichenen Finanz- und Aufgabenplan eingesetzt und hat immer auf die Vorteile, aber auch auf die Gefahren, bei einer Nichtbeachtung hingewiesen. Gerade bei letzterem, beim Finanz- und Aufgabenplan, haben wir wiederholt unterstrichen, dass der Anstieg der Verschuldung und das Abschmelzen des Eigenkapitals äusserst beunruhigend ist und diesbezüglich vom Stadtrat Massnahmen ergriffen werden müssen.

Leider hat der Stadtrat in all diesen Jahren unser Anliegen und unsere Prognose ignoriert und hat sich selbst und damit die Stadt Winterthur aktiv in eine Situation manövriert, die im heutigen Rückweisungsantrag endet.

Vergleicht man das Budget 2021 mit dem Budget 2020 bei einem gleichbleibenden Steuerfuss von 122 %, so würde man heute einen Verlust von rund 10 Mio. budgetieren müssen. Kreativ, wie der Stadtrat ist, beantragt er aber eine Steuerfusserhöhung um 7 % auf 129. Er katapultiert uns an den Spitzenplatz im Kanton Zürich und weist nur dank dieser Anpassung einen Überschuss aus. Schaut man aber genauer in die Details, so zeigt sich, dass bereits das Budget – trotz einem Steuerfuss von 129 - mit der Kenntnis von heute negativ ist. Erstens rechnet der Stadtrat mit dem vollen Betrag aus dem Soziallastenausgleich, obschon der Kanton klar signalisiert, dass der Ausgleich erst ab dem Jahr 2022 umgesetzt werden soll. Das sind schon mal rund 15 Mio., die virtuell im aktuellen Budget in Abzug gebracht werden müssen. Dazu kommt, dass der Stadtrat sich bei den Parkhausreserven bedient. Diesbezüg-

lich gab es in der Vergangenheit genügend Diskussionen im Rat, dass das heute nicht zulässig ist und die Grundlage dazu fehlt. Es ist müssig, nochmals darüber zu diskutieren, dass mit solchen Massnahmen das Budget unsachgemäss aufpoliert wird. Die Verwendung der Parkhausreserven ist zu streichen. Dadurch rutschen das Budget und der Finanz- und Aufgabenplan noch weiter in die roten Zahlen.

Fazit: Das Budget reflektiert keinen Überschuss, sondern trotz der Steuerfusser Anpassung ein negatives Ergebnis im zweistelligen Millionenbereich. Und trotz der permanenten 7 % Steuerfusserhöhung resultiert auch im Finanz- und Aufgabenplan kein Aufbau, sondern weiterhin ein Abbau vom Eigenkapital. Und die Verschuldung wächst auch weiter.

Die GLP ist nicht grundsätzlich gegen eine nachhaltige Steuererhöhung. Nur muss eben ganz klar ersichtlich sein, wie der langfristige Aufwand und Ertrag der Stadt endlich nachhaltig ins Lot kommen. Wenn man sich die gesamte Situation anschaut und 1+1 zusammenzählen kann, so ist es an dieser Stelle ganz offensichtlich, dass die Stadt Winterthur ihre Ausgaben spirale nicht mehr nur über den Steuerfuss regeln kann.

Es braucht zusätzliche Massnahmen, die vom Stadtrat kommen müssen. Der GLP ist und bleibt es ein Anliegen, stabile Verhältnisse zu haben – und das für alle Anspruchsgruppen, seien es Private oder natürliche Personen. Und damit als Stadt ein verlässlicher, stabiler Partner zu sein. Und genau das bietet dieses Budget nicht. Sprunghafter Anstieg des Steuerfusses, budgetierte Mittel, die so nicht zur Verfügung stehen, und einen Finanz- und Aufgabenplan, der uns direkt in die Schuldenbremse führt. Dazu kommt: Als fast einzige Gemeinde erhöhen wir in den Corona-Zeiten die Steuerbelastung massiv. Wir wollen an dieser Stelle keine Corona-Debatte lancieren. Negative Effekte gibt es in Bezug auf den Steuerhaushalt, das sind aber einmalige Effekte. Doch mitten in dieser Krise verschärft der Stadtrat die finanzielle Belastung der Bürger und Bürgerinnen von Winterthur nachhaltig. Das ist eine Botschaft und eine Situation, die für die GLP und viele Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht nachvollziehbar und in dieser Form nicht tragbar ist.

Wenn man dann noch festhält, dass im heutigen Budget und im Finanz- und Aufgabenplan keinerlei Massnahmen zum Energieziel Netto-Null-CO₂ berücksichtigt wurden, obschon man genau weiss, dass diese Klimamassnahmen zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung für die Stadt Winterthur und den Steuerzahler führen – das hilft definitiv nicht bei der Schaffung eines stabilen Umfelds. Übrigens ist das auch ein Grund, weshalb wir die Dringlichkeit der IP nicht unterstützen. Was nicht im Budget berücksichtigt ist, kann bei einer Rückweisung auch nicht fehlen. Ganz einfach.

Es droht aber noch ein weiteres Damoklesschwert das wenige Eigenkapital der Stadt Winterthur gänzlich zu vernichten: Die Auslagerung der Pensionskasse. Das ist ein weiterer Unsicherheitsfaktor. Schenkt man dem Stadtrat Glauben bezüglich der möglichen Szenarien, so könnten die wenigen bestehenden Eigenkapitalreserven gänzlich aufgebraucht werden, das die vorhandenen Rückstellungen möglicherweise bei einer Überführung nicht genügen. Die GLP musste sich entscheiden, die Politik des Stadtrats zu unterstützen und die aktuelle Situation bei den drohenden Risiken wie der Stadtrat weiter zu ignorieren. Und schönzureden. Und nach dem Prinzip Hoffnung, dass alles über die aktuelle und zukünftige Steuerfusserhöhung geregelt werden kann, mitzutragen. Und als einziges Instrument mit einigen Sparanträgen zu versuchen, diese Versäumnisse des Stadtrats zu korrigieren. Doch die Vergangenheit hat gezeigt, dass solche Sparvorschläge seitens des Grossen Gemeinderats da nicht erwünscht sind, weil der Stadtrat am Ende sowieso macht, was er will. Es gab in den letzten Jahren Sparvorschläge, die vom Stadtrat schlicht ignoriert wurden. Zum Beispiel: Im letzten Jahr wurde vom Gemeinderat eine Weisung zu WEGA verlangt. Das wurde vom Stadtrat schlicht ignoriert. Wir Gemeinderätinnen und Gemeinderäte leisten einen extrem grossen Aufwand und beschäftigen uns vor und während der Budgetdebatte sehr detailliert und mit grossem Aufwand mit dem Inhalt des Budgets. Und dann werden solche Aufträge nur nach Lust und Laune akzeptiert und umgesetzt.

Aus allen diesen Gründen unterstützen wir die Rückweisung und erachten es auch als richtiges Instrument für die aktuelle Situation. Es ist auch ganz klar geregelt, dass die Rückweisung nicht in einem budgetlosen Zustand endet, wie von einzelnen fälschlicherweise behauptet wird. Ganz im Gegenteil.

1. hat die Stadt Winterthur bis Ende Jahr ein gültiges Budget. Ab Januar tritt dann das sogenannte Notbudget in Kraft. Das bedeutet, dass alle gebundenen Ausgaben ordnungsgemäss getätigt werden können. Immerhin belaufen sich die gebundenen Ausgaben auf über 80 % des Budgets, z.T. sogar noch höher. Z.B. bei der Schule mit 95 % gebundener Kosten wäre bei einer Rückweisung das Tagesgeschäft nur sehr gering betroffen. Einzig: Auch sie werden gefordert sein, sich Gedanken über die Ausgaben und die internen Strukturen zu machen, um die geforderte Budgetverbesserung als Teil der gesamstädtischen Verantwortung zu erreichen. Denn das ist eine Aufgabe für den Gesamtstadtrat und nicht für einzelne Departemente.

Da der Stadtrat morgen mit der Aufgabe beginnen kann, ist es realistisch, schnell – im aktuellen oder im neuen Jahr – dem Gemeinderat ein neues Budget zu präsentieren. Ich bin auch überzeugt, dass wenn die geforderten Rahmenbedingungen eingehalten werden, die Budgetdebatte schnell und effizient durchgeführt werden wird und das neue Budget schnell im neuen Jahr verabschiedet werden kann.

Nochmals: Die GLP möchte die Abwärtsspirale nachhaltig vermeiden und erachtet eine reine Steuerfusserhöhung auf 129 für die zukünftige Entwicklung als zu kurzfristig. Die GLP ist überzeugt, dass die Verwaltung vielerorts noch effizienter, mit departementsübergreifender Zusammenarbeit, aufgestellt werden kann. Auch in den Bereichen, welche zu den sogenannten gebundenen Aufgaben erklärt werden. Also weg vom Gärtchendenken und Stellen übertragen und einfach überall erhöhen und horten.

Im Budget sind zurzeit keine Klimamassnahmen enthalten. Das wird aber etwas kosten. Dem ist im Finanz- und Aufgabenplan als Szenario Rechnung zu tragen. Der Finanz- und Aufgabenplan muss so ausgestaltet werden, dass das Eigenkapital nicht noch weiter sinkt. Zudem erwarten wir keine Wunsch- sondern realistische Zahlen (Stichwort: Soziallastenausgleich). Auch das bedarf grösserer Sparanstrengungen. Zudem: Das Risiko tiefes Eigenkapital ist insbesondere mit der Ungewissheit PK-Sanierung sehr gross. Der Stadtrat muss lernen, zu priorisieren. Das ist eine Führungsaufgabe. Er kann nicht einfach auf der Aufgabenseite erhöhen und dem Parlament die Aufgabe der Priorisierung überlassen. Er muss seine Exekutivverantwortung wahrnehmen.

Mitten in der Covid-Krise verschärfen wir die finanzielle Lage der Bürgerinnen und Bürger von Winterthur. Das ist eine Situation, die für die GLP nicht nachvollziehbar und in dieser Form nicht tragbar ist. Letztlich will die GLP vermeiden, dass wir in die Schuldenbremse laufen wegen einer zu grossen Überschuldung und durch ein zu kleines zweckfreies Eigenkapital. Beim nötigen Prozess, dass aus dem Notbudget schnell ein ordentliches Budget mit einer moderaten Steuerfusserhöhung und einem ausgeglichenen Haushalt und einem stabilen Finanz- und Aufgabenplan verabschiedet werden kann, bieten wir unsere volle Unterstützung an.

F. Kramer (EVP): Wir haben es schon gesagt: Für uns als EVP ist es politisch nicht erstrebenswert, ein Budget zurückzuweisen. Eine Rückweisung ist für uns absolut nicht wünschenswert. Ein Eintretensvotum zum Budget hat in den vergangenen Jahren immer mit dem Satz geendet: Selbstverständlich treten wir auf das Budget ein. Und das «selbstverständlich» haben wir auch so gemeint.

Jetzt gibt es Gründe, weshalb wir uns mit einer möglichen Rückweisung doch ernsthaft auseinandergesetzt haben. Einen Steuerfuss von 129 % erachten wir als sehr hoch. Zu hoch. Das entspricht einer Erhöhung um 7 Steuerprozent, was sehr viel ist. Wir sind von der Bevölkerung in letzter Zeit immer wieder darauf angesprochen worden, und der O-Ton hat dabei gelautet: «Ist das Euer Ernst? Das könnt Ihr nicht machen!» Aus Sicht der Bevölkerung ist es völlig wurst, ob wir die günstigste Grossstadt der Schweiz sind oder nicht. Die Winterthurer überlegen sich nicht, ob sie lieber in Winterthur, Bern oder Genf leben möchten. Sie überlegen sich allenfalls, nach Wiesendangen, Hettlingen oder Seuzach zu ziehen. Zum Glück sind die Winterthurer sehr treue und sesshafte Menschen. Sie werden bleiben, weil sie ihre Stadt eben lieben. Aber die Bedenken von einem so grossen Steuersprung sind ernst zu nehmen. Gerade im Hinblick auf Corona. Viele haben wegen Corona ihre Gürtel enger schnallen müssen. Eine so markante Steuererhöhung ist dabei schwer zu verkraften.

Klar ist aber auch, dass gerade wegen Corona die Leistungen der Stadt und ihre Verlässlichkeit sehr wichtig sind. Corona kostet, auch bei der Stadt. Uns ist auch klar: Den Fünfer und das Weggli zu haben, das geht nicht. Wir können nicht umfassende Leistungen von der Stadt und tiefe Steuern haben. Wir können nicht hohe Subventionen für den Hort wollen, ohne dafür Steuern zu zahlen. Das ist uns klar. Wir müssen wählen, was wir wollen und was uns wichtig ist.

Alles in allem: Insbesondere aufgrund der Corona-Krise und der schon länger düsteren Finanzaussichten der Stadt ist aus Sicht der EVP eine Steuererhöhung unumgänglich. Wir treten aber, wie auch schon gesagt wurde, für einen Steuerfuss von 125 % ein heute Abend. Jetzt ist es richtig, dass diese markante Steuererhöhung alleine genommen aus unserer EVP-Sicht kein Grund ist, nicht auf das Budget einzutreten. Wir könnten eintreten und dann innerhalb der Budgetdebatte den Steuerfuss im politischen Prozess gemeinsam ansetzen. Warum also ziehen wir als EVP eine Rückweisung doch in Erwägung?

Wir haben es schon gesagt und es wurde darüber berichtet: Der Stadtrat hat ein Budget mit einem Gewinn von gut 11 Mio. präsentiert mit dieser Steuererhöhung. Wenn man den Steuerfuss auf 125 % setzen würde, kommt man beim Ergebnis mit einem blauen Auge davon und auf eine schwarze oder rote Null. Vorausschauend geplant ist das nicht. Wir brauchen dringend Gewinn, um nicht in ganz wenigen Jahren total verschuldet zu sein. Wie auch immer, eine Null hätte man ja diskutieren können.

Dann aber hat der Stadtrat aus unserer Sicht zwei faule Eier im Budget versteckt. Samuel Kocher hat schon darüber gesprochen. Die Medien haben schon ausführlich berichtet, auch die NZZ. Der Stadtrat ist davon ausgegangen, dass er nach der Abstimmung vom 27. September schon im nächsten Jahr vom Kanton 15 Mio. in die Kasse gespült bekommt. Und dem ist nun leider nicht so. Und das hat aber Herr Stocker schon im August angekündigt. Dass der Stadtrat die Zahlungen vom Kanton trotzdem einfach ins Budget aufnimmt, kann nur als blauäugig bezeichnet werden. Die Gründe dafür sind uns schleierhaft, wir können uns das nicht erklären. Es muss sich um einen massiven Fehler handeln.

Das 2. faule Ei sind die Parkhausreserven, die der Stadtrat dem Eigenwirtschaftsbetrieb entnehmen möchte und in den allgemeinen Haushalt überführen will. Das wollte der Stadtrat schon im Budget 2020 und er ist damit gescheitert. Der Gemeinderat hat in der letztjährigen Budgetdebatte einstimmig beschlossen, dass die Parkhausreserven nicht in den allgemeinen Haushalt überführt werden sollen. Es erscheint uns fast ein Hohn, dass der Stadtrat den so deutlich geäusserten Willen des Gemeinderats ignoriert und die Reserven dieses Jahr einfach wieder ins Budget eingeplant hat. Was soll das? Die rechtliche Grundlage für eine Entnahme fehlt nach wie vor. Mehrere Parteien haben auch den Willen geäussert, die Reserven für Klimamassnahmen einzusetzen. Aber der Stadtrat ignoriert das und plant die Reserven im Budget zuhanden des allgemeinen Haushalts ein. Und noch rechtswidrig. Und den politischen Willen des Gemeinderats missachtend. Das geht ganz und gar nicht.

Mit diesen beiden Korrekturen landen wir bei einem moderateren Steuerfuss von 125 % bei einem Verlust von über 20 Mio. Und das geht aus Sicht der EVP nicht. Das ist in keiner Weise ein ausgeglichenes Budget. Wie kann der Stadtrat ein solches Budget präsentieren und dann sagen, wir sollen es halt inhaltlich diskutieren und Streichungsanträge stellen? Streichungen auf der Ausgabenseite in der Höhe von 20 Mio. sind nicht Sache des Gemeinderats. Das können und wollen wir nicht. Dazu haben wir weder das Fachwissen noch die notwendigen Hintergrundinformationen. Die Kenntnisse fehlen uns. Wir erwarten ein ausgewogenes Budget und wir denken, dass das nicht zu viel verlangt ist.

Aus diesen Gründen kam die EVP zum Schluss, dass wir den Rückweisungsantrag unterstützen. Der Stadtrat spricht seit der Veröffentlichung des Budgets von seinem eingeschränkten Spielraum, dass nämlich 80% der Ausgaben gebunden seien und nur 20% frei verfügbar. Dazu auch die Liste auf Seite 10, die schon diskutiert wurde. Es ist aber der gleiche Stadtrat, der nicht ungern Ausgaben als gebunden erklärt und dabei vom Gemeinderat immer wieder eher erfolglos hinterfragt wird. Und das geht aus unserer Sicht nicht auf. Wer gerne Ausgaben als gebunden erklärt, muss sich nachher nicht darüber beklagen, dass die meisten Ausgaben gebunden sind.

Der Stadtrat hat es aus unserer Sicht verpasst, als Gesamtgremium eine Gewichtung zwischen den aus seiner Sicht wichtigen und weniger wichtigen Aufgaben und Ausgaben vorzunehmen. Er erachtet einfach alles als wichtig.

80 neue Stellen sollen geschaffen werden. Und bei jeder Diskussion, die wir materiell probiert haben zu führen, welche dieser Stellen am wichtigsten sind, blockt der Stadtrat ab und sagt, es seien alle wichtig. Der Stadtrat sagt es in seiner Weisung zum Budget eigentlich selbst, auch auf Seite 10: Das Leistungsangebot entspricht den politischen Prioritäten.

Wir sehen im Budget keine Prioritätensetzung. Das hat der Stadtrat nachzuholen. Dabei wünschen wir als EVP uns durchaus strukturelle Massnahmen mit Langzeitwirkung.

Der Finanz- und Aufgabenplan gehört in die Zuständigkeit und Verantwortung des Stadtrats.

Die AK hat noch nicht einmal ein Recht zur Stellungnahme. Schaut man den mittelfristigen Ausgleich an, ist leicht zu erkennen, dass die nächsten Jahre schwierig werden. Das haben wir schon gehört. Da reichen dann auch 7 % Steuererhöhung nicht mehr.

Wie kann der Stadtrat da ein Budget präsentieren mit einem faktischen Loch von über 20 Mio.? Das erscheint uns fahrlässig und planlos.

Wir unterstützen den gemeinsamen Antrag mit den Aufträgen zur Rückweisung. Wir erwarten ein ausgeglichenes Budget ohne Entnahme der Parkhausreserven. Und dann, lieber Roli, sind wir auch wieder auf dem Gleis, auf dem wir materiell miteinander diskutieren können.

Als EVP sehen wir die Prioritäten bei den Klimamassnahmen und dass die sozial Schwachen, gerade auch mit den Corona-Massnahmen, mit dem Lebensnotwendigen versorgt werden. Wo nötig, sind sonst Ausgaben zu senken.

Wir wissen um die Tragweite dieser Entscheidung und dass wir damit ein Notbudget für Januar und Februar 2021 in Kauf nehmen. Wir verwehren uns aber gegen den Begriff des budgetlosen Zustands. Es werden alle ihren Lohn erhalten, das ist uns wichtig. 80% sind gebunden und das, was unerlässlich ist, kann weiter getätigt werden. Der Stadtrat hat also eine Handhabe, niemand muss Not leiden.

Die SP unkt, in der Corona-Krise sei es umso schlimmer, kein Budget zu haben. Der Stadtrat hat für die wirtschaftliche Nothilfe einen Kredit von 5 Mio. gesprochen. Wie gerade am Freitag im Landboten zu lesen war, ist dieser Kredit noch nicht ausgeschöpft. Ausgaben für die, die unter Corona leiden, bleiben möglich.

Anfügen möchten wir da noch, dass der Stadtrat angehalten ist, sparsam mit seinem Kredit von 5 Mio. umzugehen. Am Rand möchten wir anmerken: Es ist am Stadtrat, abzuwägen, ob es angemessen ist, die Läden und Restaurants in städtischen Liegenschaften bis Ende Jahr komplett von Mietzahlungen zu befreien. Das geht bei weitem über das hinaus, was Mieter von privaten Vermietern erhalten haben. Das hat der Landbote so berichtet. Unter haushälterisch mit 5 Mio. umgehen würden wir etwas anderes verstehen.

Und ja, es ist zu befürchten, dass wir diesen Winter unter Corona leiden werden. Genau das rechtfertigt, dass der Stadtrat nur das Minimum macht – unter diesen Umständen halt mit einem Notbudget. Bis Ende März muss das Budget dann ja auch stehen. Und weil wir jetzt früh dran sind, sind wir zuversichtlich, dass wir es schon bis Ende Februar haben. Wir sprechen also von einer Zeit von ca. zwei Monaten.

Wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung an dieser Stelle aber auch noch ganz herzlich für die geleistete Arbeit in diesem Jahr. Es ist uns bewusst, dass sehr viel zu bewältigen war. Gerne sind wir weiterhin zu Gesprächen bereit und hoffen, ideale Wege zu finden, wie wir gemeinsam und mit beschränkten finanziellen Ressourcen eine lebenswerte Stadt gestalten können.

T. Brütsch (SVP): Die SVP-Fraktion befürwortet die Rückweisung des Budgets an den Stadtrat inklusive den konkreten Aufträgen gemäss dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen SVP, FDP, GLP, EVP und CVP.

Es ist aus unserer Sicht erfreulich, dass das, was wir schon seit Jahren bei jeder Budgetdebatte predigen, offenbar mittlerweile mehrheitsfähig ist: dass nämlich der Stadtrat mit seinem Ausgabenwachstum, welches in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum steht, die Stadtfinanzen – wenn man es drastisch sagen möchte – an die Wand fährt.

Es ist hinlänglich bekannt: Der Schuldenberg ist enorm, das Eigenkapital schmilzt und dürfte in wenigen Jahren sogar ganz aufgebraucht sein, wenn es so weitergeht.

Wir sind überzeugt, dass der Stadtrat auf der Ausgabenseite das Ruder herumreissen muss und alles andere – insbesondere Steuererhöhungen - die strukturellen Probleme nur überdeckt und sicher nicht löst.

Wir kommen auf das gleiche Fazit wie Christian Griesser, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen: Es ist nämlich genug.

Wir fordern vom Stadtrat, dass er den massiven Stellenausbau in der Verwaltung begrenzt und falls er neue Stellen für zwingend erachtet, diese wenn immer möglich an anderen Orten einspart.

Nicht die Verwaltung soll der grösste Arbeitgeber in dieser Stadt sein, sondern private Unternehmen, welche im Gegenzug auch Steuern bezahlen und einen volkswirtschaftlichen Mehrwert schaffen. Einen möglichst niedrigen Steuerfuss erachten wir dabei als zentralen Wettbewerbsfaktor. Und leider sind Unternehmen nicht ganz gleich treu wie die von Franziska Kramer erwähnten natürlichen Personen. Das hat uns das letzte Jahr gezeigt, als verschiedene Firmen Winterthur verlassen haben. Und der von Roli Kappeler angesprochene Steuerwettbewerb, den gibt es, und das ist ein Faktum, das wir hier drinnen nicht beeinflussen können – selbst wenn man das wollen würde. Benchmark, das wurde schon erwähnt, sind dabei andere Städte und Gemeinden um Winterthur und im Grossraum Zürich oder in benachbarten Kantonen und nicht etwa Biel oder Neuenburg, wie der Stadtrat sich darauf beruft.

Wir erwarten, dass der Stadtrat in seinem Budget von über anderthalb Milliarden eine ehrliche und auch für das Parlament transparente Kostenanalyse vornimmt und sich – insbesondere im Schulbereich und im Sozialbereich – nicht einfach hinter dem Argument versteckt, ein Grossteil der Kosten sei quasi unabänderbar. Wie es heute übrigens auch wieder von Seiten Grüne und SP heisst, die auf besagte Seite 10 im Budget verweisen. Wir erwarten jedenfalls auch in diesen Bereichen konkrete Sparvorschläge.

Weiter erwarten wir vom Stadtrat aber auch (da sind wir jetzt bei Seite 10 des Budgets), dass er sämtliche Leistungen im freiwilligen Bereich, insbesondere im Kulturbereich oder bei der Stadtentwicklung, einer genauen und kritischen Überprüfung unterzieht. Sämtliche freiwilligen Leistungen, welche in letzter Zeit angedacht oder bereits beschlossen wurden (und insofern ist unsere Erwartungshaltung leicht anders als das, was wir vorhin auch schon gehört haben), sämtliche freiwilligen Leistungen muss der Stadtrat jetzt wohl oder übel erneut auf ihre finanzielle Machbarkeit überprüfen und einstellen oder kürzen, wenn es nicht anders geht – insbesondere wenn man nicht mit sonstigen Massnahmen die entsprechenden Einsparungen vornehmen kann.

Zusammengefasst: Wir erwarten vom Stadtrat, dass er die Stadtfinanzen durch die notwendigen Einsparungen auf eine gesunde Basis stellt zum Wohl der nächsten Generationen. Erst dann besteht allenfalls wieder Platz für neue Begehrlichkeiten.

Was den Steuerfuss anbelangt, so sind wir bereit – und das war zugegeben bei uns durchaus kontrovers -, die coronabedingte Kröte zu schlucken und für das nächste Jahr einer maximal dreiprozentigen Erhöhung zuzustimmen, wobei die Betonung auf «maximal» liegt. Und die Voraussetzung ist selbstverständlich, dass der Stadtrat mittels effektiven Einsparungen und nicht etwa durch Erhöhung von Gebühren ein ausgeglichenes Budget präsentiert.

Zum Notbudget wurde heute schon viel gesagt, ich kann darauf verweisen. Auch für uns ist klar, dass ein Notbudget nicht einfach zu einem ungeregelten Zustand führt oder zu einer Government Stadt oder ähnlichem, wie es auch in den Medien von linker Seite kolportiert wurde. Die Löhne sind gedeckt und weder wird der Strom abgeschaltet noch die Kehrichtabfuhr eingestellt.

Und indem wir bereits heute das Budget zurückweisen, steht dem Stadtrat genügend Zeit zur Verfügung. Das zeugt eben gerade von Weitsicht, Roli Kappeler.

Die Stadt Zürich stand übrigens 2010 vor der gleichen Ausgangslage. Der Stadtrat legte damals innert 7 Wochen ein überarbeitetes Budget vor. Wenn wir uns an diesem Fahrplan orientieren, dann steht bis Mitte Dezember das neue Budget und wir können im Januar, spätestens Februar, darüber befinden.

Und wenn Roli Kappeler heute darauf hinweist, dass er darauf brenne, sich an die Budgetarbeit zu machen, dann bin ich ein bisschen skeptisch, ob er das im wie von uns verstandenen konstruktiven Sinn – nämlich im Sinn von Sparvorschlägen – gemeint hat. Jedenfalls kann ich mich noch an keinen einzigen Sparvorschlag erinnern, den Ihr gestellt habt zur Verbesserung des Budgets – oder ernsthaft mit uns diskutiert habt in den letzten Jahren. Einfach zu allen Sparvorschlägen pauschal Nein zu sagen und das Budget des Stadtrats unhinterfragt durchzuwinken, ist relativ einfach. Und irgendwann kommt halt der Bumerang zurück. Selbstverständlich freuen wir uns auf die Budgetdiskussion mit Euch – einfach unter einer anderen Prämisse und mit einem revidierten Budget.

U. Hofer (FDP): Es wurde vieles schon gesagt. Auch die FDP-Fraktion befürwortet die Rückweisung gemäss dem vorliegenden gemeinsamen Antrag mit konkreten Aufträgen. Es gibt für mich bei diesem Rückweisungsantrag drei Ebenen, die man auseinanderhalten sollte: Die Frage, warum es zu diesem Antrag kam; Vor- und Nachteile des Instruments an sich; Frage des Inhalts des Antrags. Die Themen kann man mehr oder weniger sachlich informieren. Bei den Eingangsvoten ist ein bisschen das passiert, vor dem ich Angst hatte: Dass wenn man gegen das eine ist, dass man dann Angstmacherei betreibt bei den ganz konkreten Vor- und Nachteilen des Instruments.

Jetzt zur Frage, wieso es zum Rückweisungsantrag kam: Bei der Analyse, wir haben es eigentlich von allen gehört, und zwar durch das Band, besteht Einigkeit. Die Stadt Winterthur steht vor enormen finanziellen Herausforderungen. Es wurde vielfach erwähnt: Wir haben einen riesigen Schuldenberg, wir haben ein beinahe inexistentes Eigenkapital und auch der FAP ist alles andere als positiv. Es wurde auch erwähnt: Selbst die 11 Mio. Gewinn, die jetzt im aktuellen Budget noch drin sind, sind mit Vorsicht behaftet. Einerseits hat erneut ein Griff in den Giftschränk stattgefunden, indem man der Parkhausreserve Gelder entnehmen will, man will in Zukunft den gebührenfinanzierten Bereichen mehr Gelder entnehmen und in den allgemeinen Steuerhaushalt überführen. Und was mich auch irgendwie vorsichtig stimmt: Man ist bei den Grundstückgewinnsteuern massiv viel optimistischer als in der Vergangenheit. Wenn das nachhaltig ist, in Ordnung – wenn es nicht nachhaltig ist, fehlen uns die zweistelligen Millionenbeträge dann halt irgendwann in Zukunft.

Und die strukturellen Probleme im Finanzhaushalt sind alles andere als neu. Sie sind schon längststens bekannt und sie sind schon vielfach im Parlament thematisiert worden. Ohne Reaktion haben wir schlicht und einfach in Zukunft noch weniger finanziellen Handlungsspielraum. Oder anders gesagt: Was wir uns heute leisten, obwohl es nicht oberste Priorität hat, verhindert in Zukunft die Finanzierung von essenziellen Bedürfnissen. Es gilt allerdings schon heute, Wünschbares von Notwendigem zu unterscheiden und zu priorisieren. Und ja, das ist eine anstrengende Aufgabe.

Für mich spielt aber auch eine Rolle, dass die Akzeptanz von zukünftigen Entscheiden mit Kostenfolgen gefährdet ist. Und das namentlich bei der Bevölkerung. Ein Ja zu einem substanziellen Klimapaket von der Bevölkerung dürfte wohl viel einfach zu erreichen sein, wenn man sich steuertechnisch nicht schon auf Rekordniveau bewegt und auch belegen kann, dass man die Finanzsituation einigermaßen im Griff hat.

Aber das ist nur eines von vielen Beispielen, die auf der Wunschliste stehen. Wir sprechen ja irgendwann in naher Zukunft auch von einem zweiten Hallenbad.

Die Geister gehen auseinander bei der Frage, was aus dieser Analyse abzuleiten ist. Der Stadtrat verkürzt, setzt auf Steuererhöhung und verspricht im Budget in ziemlich unverbindlicher Form folgendes: «Die Steuererhöhung ist gleichzeitig auch ein Auftrag an den Stadtrat und die Verwaltung, verbunden mit der Pflicht, durch vorausschauende und sorgfältige Analyse und Planung die Stadtfinanzen auch in künftigen Jahren im Lot zu halten. Dies beinhaltet auch die Eliminierung der verbleibenden Defizite in den Planjahren durch geeignete Massnahmen, welche der Stadtrat ergreifen wird.» Das ist ein Satz, der mir sehr gefällt. Dem könnte ich auch zustimmen – wie im Übrigen auch dem neuen Regelprozess im Budget. Nur: Der Auftrag liegt seit mehr als 3 Jahren deutlich und klar in der Luft. Nach dieser langen Zeit genügt mir dieses vage Versprechen einfach nicht mehr. Und auf das haben wir mehrfach hingewiesen.

Kurz und knapp: Wir von der FDP vermissen seit längerem eine entschlossene Reaktion vom Stadtrat auf die grundlegende Finanzproblematik und das war für uns die Ursache für die Rückweisung.

Noch kurz zum Thema Steuerfusserhöhung: Zum Budget gehören Ausgaben und Einnahmen. Steuerfusserhöhungen sind aber kein allein seelig machendes Mittel. Im aktuellen Zeitpunkt ist es ein katastrophales Zeichen und Verunsicherung bei Bevölkerung und Wirtschaft. Bei der Wirtschaft, die ohnehin schon ein bisschen das Vertrauen in die Stadt Winterthur zu verlieren droht. Und sie führt zu einer Verschlechterung der Konkurrenzsituation und auch da: Man muss sich nicht mit Genf und Bern vergleichen. Wir wissen, wo unsere Konkurrenz liegt, denn dorthin ziehen die Leute ja regelmässig weg.

Das Wichtigste ist aber, sie lösen das grundlegende Problem der Kostentreiber und der Kostenexplosion in keiner Art und Weise. Selbst mit dieser Steuererhöhung, und das wurde auch schon genannt, wird uns das Problem einfach ein bisschen später wieder einholen. Es wird uns einholen.

Kurzum: Wer eine solche Steuerfusserhöhung möchte, muss glaubhaft aufzeigen können, dass er alles in seiner Macht stehende gemacht hat, um die Steuererhöhung abzuwenden. Wir sind deshalb davon überzeugt, dass ein sofortiges Umdenken erforderlich ist. Und da hat es zwei Ebenen: Der Antrag hier bezieht sich auf das Budget 2021. Aber wir sehen, dass es fortlaufende Aufgaben von höchster Priorität hat. Auch im Anschluss an diesen Prozess erwarten wir einen weitergehenden Massnahmenplan. Jeder Franken, den wir heute oder im nächsten Budget nachhaltig einsparen können, entspricht vier Franken vier Jahre später. Und ja, Roland, auch wir beziehen uns auf die Zukunft. Wir sehen das Hauptproblem im FAP. Nur: Bei Budgetanträgen dürfen wir keine Anträge zum FAP stellen. Aber wir brauchen beides: Sowohl Massnahmen im Budget wie auch wirklich einen Massnahmenplan, um die Zukunft in den Griff zu bekommen. Diese Daueraufgabe sollte höchste Priorität haben und es ist eine gesamtstadträtliche Führungsaufgabe. Es geht darum, unter Umständen auch Gärtchen zu überwinden und nicht nur mit Departementen und Produktgruppen zu denken, sondern Knowhow und Wissen zusammenzubringen und an gesamtstädtische Effizienzsteigerung zu denken. Auch ein Beispiel ist: Welche Funktionen muss es in den einzelnen Stäben haben und welche Funktionen könnten zentraler Art erbracht werden.

Zu den Vor- und Nachteilen vom Instrument: Es ist klar, bei dieser breiten Unzufriedenheit und dieser Ausgangslage waren starke Korrekturen hier im Rat wahrscheinlich. Ich habe das einmal erlebt, gewisse andere im Rat auch noch. Es war die unschönste Budgetdebatte, die wir je hatten, und wir kamen dort knapp auf eine Korrektur von 6 Mio., die wir mit Pauschal Kürzungen hinbekommen haben. Das kann es einfach nicht sein. Probleme sind Informationsasymmetrie – und der Stadtrat, zusammen mit seiner Verwaltung, ist für grössere Korrekturen schlichtweg besser geeignet. Ich bin deshalb wirklich überzeugt, auch wenn es gewisse nicht glauben, dass diese Rückweisung auch eine Chance ist, um sehr unschöne Budgetdebatten verhindern zu können. Wenn wir es vergleichen mit dem Geschäftsleiter und dem Verwaltungsrat in der Privatwirtschaft, dann ist auch klar: Wenn der VR derart unzufrieden ist mit dem Budget, dann wird er nicht sagen «okay, an der nächsten Sitzung machen wir eine halbe Stunde und dann schauen wir uns das bis ins operative Detail an und machen es besser». Sondern er gibt es zurück. Das ist auch hier der richtige Weg. Weshalb haben wir gezögert? Es ist neues Terrain.

Jetzt doch noch schnell zur Folge dieses Budgets: Es ist zwar, das gebe ich zu, eine einschneidende Massnahme. Aber es ist weder ein ungeregelter Zustand noch präzedenzlos. Die Stadt Zürich, es wurde erwähnt, hat am 8. Dezember 2010 (also rund 2 Monate später als wir) das Budget aus ähnlichen Beweggründen zurückgewiesen. Und bereits am 26. Januar 2011 wurde ein neues Budget vorgelegt, bei dem Einsparungen von mehr als 150 Mio. erzielt wurden.

Wenn man jetzt zu diesen Notbudgets spricht, und das war v.a. in den Eingangsvoten, da gibt es halt z.T. schon fake news und es gibt tatsächlich gewisse Unsicherheiten. Die Realität ist: Notbudget ist kein Wunschzustand, aber es gibt Regeln. Es gibt u.a. das Handbuch für den Finanzhaushalt der Zürcher Gemeinden. Die Vorgaben darin sind relativ klar: Löhne können bezahlt werden, bestehende Stellen können sogar neu besetzt werden, Beiträge an Dritte, die

vertragliche Verpflichtungen stehen, können geleistet werden (das gilt insbesondere auch im Bereich Kultur), Verpflichtungskredite im Baubereich können vollzogen werden, sofern ein Aufschub zu erhöhten Kosten führt (was in der Regel der Fall sein dürfte) usw. Das Handbuch schliesst deshalb mit dem Satz, dass tatsächliche Leistungseinschränkungen in aller Regel nur in geringem Umfang entstehen. Kurzum: Es drohen nicht amerikanische Verhältnisse, wie gewisse Leute suggerieren. Und im Vergleich mit der Stadt Zürich sind wir deutlich früher unterwegs.

Dann wurde immer wieder diskutiert und suggeriert, Corona-Massnahmen wären nicht mehr möglich. Aber die Corona-Massnahmen, die wir im März erlassen haben, das ist Notrecht. Notrecht bedeutet, man hat keine Zeit, man muss jetzt reagieren, um Schlimmeres abzuwenden. Ich glaube auch da: Wenn man eine vernünftige Auslegung zur Hand nimmt, dann wird Notrecht auch in Zukunft immer möglich sein. Denn die Notrechtsbeschlüsse sind auch nicht Bestandteil des Budgets, das wir jetzt zurückweisen. Sie haben also mit diesem Budget gar nichts zu tun. Wenn man mit solchen Sachen die Verunsicherung schüren will, dann müssen wir das einfach sachlicher anschauen. Niemand der Rückweisenden will eine unvernünftige Handhabe, keiner der Rückweisenden will amerikanische Zustände.

Jetzt kurz noch zum Inhalt des Auftrags: Er steht vorne auf der Leinwand. Das Ziel ist, den Gesamtaufwand 2021 um 7 Mio. nachhaltig zu reduzieren. Dieser Betrag ist massvoll, wenn man betrachtet, dass es sich lediglich um 0,42% des Gesamtaufwands handelt. Und auch wichtig: Der Betrag ist klar realisierbar, ohne dass es dadurch zu einem Kahlschlag bei den freiwilligen Leistungen kommen muss. Wer das behauptet ohne rot zu werden, den verstehe ich schlichtweg nicht. Den Tatbeweis hat der Stadtrat auch schon im Rahmen von Balance und Effort14+ und auch im Rahmen des diesjährigen Budgetprozesses bewiesen. Es sind höhere Einsparungen erzielt worden, ohne dass die berühmte Auflistung von freiwilligen Leistungen angefasst wurde.

Im Bewusstsein, dass ein finanzieller Befreiungsschlag nur gelingen kann, wenn alle Seiten Kompromisse machen und kompromissbereit sind, lässt der Antrag tatsächlich Raum für eine massvolle Steuererhöhung auf maximal 125%. Ich kann Ihnen versichern, dass es für die FDP keine Selbstverständlichkeit ist – aber wir sind bereit, Federn zu lassen, wenn man auch von der anderen Seite her Schritte auf uns zu macht. Und deshalb nochmals klar gesagt: Die Kompromissbereitschaft ist an die klare Erwartungshaltung gebunden, dass man sich ernsthaft mit den Anliegen und Sorgen, die jetzt doch 5 von 7 Fraktionen geäussert haben, auseinandersetzt und glaubhaft den Willen zum Umdenken zeigt. Heute wie in Zukunft.

M. Wackerlin (PP/SVP): Vieles wurde schon gesagt, ich erlaube mir aber doch noch, ein paar Punkte anzumerken. Zum einen möchte ich den Stadtrat ganz deutlich darauf hinweisen, dass da, was da jetzt als Rückweisungsantrag vorliegt, ein Kompromiss ist. Und zwar ein Kompromiss zwischen all den Fraktionen, die sich gefunden haben. Eigentlich musste da jeder etwas nachgeben. Es ist nämlich durchaus nicht so, dass die SVP 3% Steuererhöhung haben möchte. Wir möchten 0%. Und ich mache auch darauf aufmerksam, dass das für den Stadtrat sicher eine Handlungsrichtlinie ist, er sieht, in welche Richtung er gehen soll. Es steht sogar ausdrücklich «maximal» 125% - d.h. er kann dort durchaus auch darunter gehen und er kann durchaus auch einen besseren Vorschlag präsentieren als im Minimum gefordert ist. Ich würde sagen: Damit die SVP ohne Probleme zustimmen kann, müsste es 0% sein; damit ich ohne Probleme zustimmen kann, müsste es eine Steuersenkung sein. Denn, wir haben gerade vorhin davon gesprochen, im Moment brechen die Gewinne der Firmen ein aufgrund staatlicher Zwangsmassnahmen rund um Corona. Und entsprechend kann man sich dort nicht einfach mehr bedienen. Die haben auch nichts zum Holen. Sie bezahlen deshalb weniger Steuern, weil sie weniger Einnahmen haben. D.h. die richtige Massnahme jetzt, um dem Gewerbe zu helfen, wären Steuersenkungen. Massive Steuersenkungen. Also, lieber Stadtrat, überlege Dir gut, welchen Weg Du da gehen willst.

Ich glaube, eine weitere Rückweisung von einem nächsten Budget wird es wohl nur geben, wenn diese Punkte nicht erfüllt sind. Ich möchte aber auch darauf hinweisen: Es könnte natürlich durchaus dazu kommen, wenn diese Punkte nicht erfüllt sind.

Ein neues Budget ist aber auf jeden Fall eine neue Diskussion. Und bei einer neuen Diskussion wird es auch neue Sparanträge geben und es wird dann auch neue Änderungsanträge geben. Wir stehen dann wieder am Anfang, aber einfach mit einer besseren Ausgangsposition. Mit einer, mit der wir uns hoffentlich irgendwo finden können.

Steuerwettbewerb wurde noch erwähnt. Steuerwettbewerb ist gut und wichtig. Denn er hält die Gier des Staats, ganz besonders die Gier der Sozialisten, im Zaum. Ohne Steuerwettbewerb möchte ich hier nicht leben müssen.

Auf was ich auch hinweisen möchte: Es geht nicht darum, da jetzt ein bisschen Kosmetik zu betreiben, sondern es braucht ein Sparprogramm. Ein richtiges Sparprogramm. Wir müssen Leistungen streichen und wir müssen Leistungen, die wir erbringen müssen, optimieren.

Der Stadtrat hat mit seiner Vorlage sehr hochgepokert. Aber er hat verloren. Ich denke, der Stadtrat versteht seine Rolle nicht richtig. Es ist nicht seine Aufgabe, die Politik der rot-grünen Mehrheit im Stadtrat um jeden Preis durchzuzwängen. Sondern es ist seine Aufgabe, Vorlagen zu bringen, mit denen er Mehrheiten finden kann im Parlament. Und da hat er auf ganzer Linie versagt, wie man sieht.

Und auch noch ein Punkt ist: Vergleichen muss sich Winterthur nicht mit Bern, Basel oder Genf. Vergleichen muss sich Winterthur zuallererst einmal mit Zürich und dann mit den umliegenden Gemeinden.

Also werden wir das Budget zurückweisen, in der Hoffnung, dass wenn wir nächstes Mal hier sitzen und über das Budget diskutieren, einiges weiter sind.

I. Kuster (CVP/EDU): Der Stadtrat hat uns dieses Jahr ein inakzeptables Budget vorgelegt. Für die CVP/EDU-Fraktion ist es inakzeptabel, weil die Steuererhöhung auf 129 exorbitant hoch ist. Und weil zum wiederholten Mal die Parkhausreserve geplündert worden ist, ohne dass dafür die notwendige rechtliche Grundlage geschaffen worden wäre. Und das, obwohl wir den Punkt bereits letztes Jahr stark kritisiert haben. Es stellt sich mir schon die Frage, ob sie das bereits schon wieder vergessen haben oder ob das einer Arbeitsverweigerung gleichkommt.

In Zeiten einer Krise, in denen wir im Moment sind und in denen der Grossteil der Bevölkerung den Gürtel enger schnallen muss, ist eine Steuerfusserhöhung auf 129 nicht zumutbar und schon gar nicht mehrheitsfähig.

Wir erwarten, wie das auch Urs gesagt hat, dass auch der FAP neu überarbeitet wird und dass wir einen Steuerfuss haben, der mit demjenigen der Stadt Zürich konkurrenzfähig ist. Mir hat nämlich noch niemand erklärt, weshalb Winterthur mit einem höheren Steuerfuss attraktiver als Wohnort und Standort für Unternehmungen sein soll.

Wir haben den Eindruck, der rot-grüne Stadtrat hat jeden Bezug zur Realität verloren und lebt in einem Bubble. Für die CVP/EDU-Fraktion ist klar, dass auch die Ausgaben nachhaltig gesenkt werden müssen. Und wir stehen hinter der Forderung von Reduktion um mindestens 7 Mio. Wir sind uns, ähnlich wie die GLP, auch sicher, dass da noch Spielraum besteht. Und Spielraum, bei dem nicht die Bevölkerung leiden muss, sondern lediglich der Verwaltungsapparat effizienter wird.

Und, Roli, jedes Unternehmen in der Privatwirtschaft muss das dauernd machen und in noch viel grösserem Umfang. Da sind Budgetüberarbeitungen, bei denen 20-30% weniger herauschauen muss, an der Tagesordnung. Deshalb soll nochmals jedes Departement prüfen, wie viele Stellen sie tatsächlich brauchen, welche Prozesse optimiert werden können und wo es dort noch Effizienzsteigerungsmöglichkeiten gibt. Zudem ist es auch wichtig, dass Prozesse und Stellen departementsübergreifend analysiert werden und insbesondere Synergien zwischen einzelnen Departementen gefunden und genutzt werden. Urs hat es angesprochen: Wo braucht es überall die dezentralen Dienste wie Kommunikation, Personalabteilungen usw.? Zusätzlich müssen entsprechende Projekte definiert werden mit Zielsetzungen und Meilensteinen.

Da müssen der Stadtrat und die Verwaltung deutlich mehr Ehrgeiz entwickeln und innovativer werden. Das Argument, 80% der Ausgaben seien fremdbestimmt, das kennen wir bereits und das mögen wir nicht mehr hören. Schliesslich gibt es noch immer 20%, die sich optimieren

lassen. Und wenn die 80% so stark einschränken, erwarten wir vom Stadtrat konkrete Vorschläge, was geändert werden muss, damit die Stadt wieder mehr Handlungsspielraum hat. Nur jammern ist da definitiv keine Lösung und bringt auch uns als Stadt nicht weiter. Deshalb unterstützen wir von der CVP/EDU-Fraktion den Rückweisungsantrag mit Aufträgen. Und auch wir haben mehrfach Federn gelassen, wir haben grosse Kompromisse gemacht. Mit dieser frühzeitigen Rückweisung hat der Stadtrat bereits Ende Oktober und nicht erst im Dezember die Chance, das Budget selbst zu überarbeiten und sich dabei mindestens an die gemeinsam definierten Aufträge zu halten. Und wir raten dem Stadtrat dringend, uns dann schlussendlich ein Budget inkl. Steuerfuss vorzulegen, das im Rahmen der ordentlichen parlamentarischen Arbeit bewältigbar ist und welches am Schluss mehrheitsfähig beschlossen werden kann.

R. Diener (Grüne/AL): Ich möchte gerne auch noch ein paar Punkte aufgreifen, die jetzt aufgelistet wurden von den einzelnen Fraktionen. Wir haben unsere Position schon bekannt gemacht. Die Grünen/AL unterstützen eine Rückweisung selbstverständlich nicht. Sie ist insgesamt gesehen aus unserer Sicht ein Husarenstreich, ein Zweihänder, und diskreditiert auch ein monatelanges und intensives Engagement, das die Stadtverwaltung und der Stadtrat zur Vorlage dieses bestehenden Budgets gemacht haben.

Es ist auch eine Diskreditierung der vielen Angestellten, die in der Stadt arbeiten, die jetzt wieder zittern müssen, dass ein neues Sparprogramm auf sie zukommt. Genau das wollen wir letztendlich nicht. Wir wollen nicht, dass diese Stadt noch mehr unter einem Spardiktat leidet und sowohl Angestellte wie auch Bevölkerung nachher mit der Leistung nicht zufrieden sind.

Die Rückweisung ignoriert auch – und das ist etwas, das ich beim Prozess massiv kritisieren möchte – sie ignoriert, dass allenfalls mit dem Novemberbrief Korrekturen hineinkommen, die dann durchaus in die andere Richtung gehen können. Das könnte ja für die Koalition, die die Rückweisung gebracht hat, auch positiv sein. Sie ignoriert auch, dass der Stadtrat selbst wahrscheinlich schon eine ganze Reihe von Korrekturen angedacht hat, die wir nachher im normalen Prozess hätten zur Kenntnis nehmen können und entsprechend in die Überlegungen hätten einfließen lassen können.

Ich habe in diesem ganzen Diskussionsbunde, der da abging von den verschiedenen Fraktionen, die den Rückweisungsantrag stützen, nicht ein Argument gehört, das dafür spricht, dass man es nicht auch in den normalen Prozess hätte einfließen lassen können. Vielleicht am ehesten noch das, was Urs Hofer sagte von der FDP: Die langfristige Finanzplanung ist nicht ganz im Lot. Ja, da sind wir uns selbstverständlich einig, das sehen wir auch so. Nur: Die langfristige Finanzplanung lösen wir nicht direkt, alleine mit diesem Budget. Sondern wir legen mit diesem Budget fest, was wir für das nächste Jahr an Veränderungen einbringen möchten, was wir stützen wollen von dem, was der Stadtrat vorgelegt hat – oder nicht.

Die langfristige Finanzplanung muss nicht nur mit dem Budget angeschaut werden, sondern dann halt auch mit weiteren Instrumenten. Diese Instrumente liegen ja z.T. auch auf dem Tisch. Da muss man natürlich auch unter dem Jahr Einfluss nehmen, da muss man natürlich auch bei den einzelnen Weisungen und entsprechenden Vorlagen, die wir bekommen, Einfluss nehmen. Wir können – und da möchte ich schon nochmals daran erinnern – wir können nicht einfach letztendlich dem Stadtrat sagen, er solle sparen. Das ist nicht sein Auftrag. Wir müssen eigentlich dem Stadtrat sagen, wo er sparen soll. Wir müssen ihm sagen, welche Leistungen wir nicht mehr haben wollen. Und da habe ich jetzt auch nichts gehört, nicht ein einziges Wort. Von keiner Fraktion gab es irgendeinen Hinweis, wo der Stadtrat nun streichen soll. Ich höre überall nur Sparen, Effizienz steigern, Reduzieren, Personalaufstockungen nicht machen. Ja, damit will man ja Leistungen abdecken. Wir wollen, dass Sport durchgeführt werden kann. Wir wollen, dass Klimamassnahmen durchgeführt werden. Wir wollen, dass kulturelle Institutionen gefördert werden.

Niemand in diesem Rat hat bisher irgendein Wort verloren, was er denn nicht will. Es wird nur einfach immer wieder behauptet, der Stadtrat hätte ins Blaue hinaus einen viel zu hohen Antrag gestellt mit den Steuerprozenten. Auch das könnten wir im normalen Prozess am Ende einfach herunterschrauben. Kein Problem – wir können sagen, wir wollen nur 125% oder wie

viel auch immer. Dafür brauchen wir keine Rückweisung. Wir verlieren wirklich viel, viel Zeit. Und viele Sitzungen, an denen wieder unglaublich viel diskutiert wird und das dann nochmals in einer Budgetdebatte enden. Ich sehe nicht ein, weshalb wir die Budgetdebatte nicht miteinander führen können, wie es bereits von Roli Kappeler gesagt wurde. Es gibt tatsächlich aufgrund von dem, was Ihr gesagt hat, absolut keinen Hinweis, wieso das zwingend nötig ist. Und ich möchte nochmals in Erinnerung rufen: Wir im Gemeinderat, wir Parlamentarier haben die Aufgabe, die Leistungen zu definieren. Wir haben die Aufgabe zu sagen, was wir wollen und was nicht. Und wenn jetzt wieder nur von Sparen und von Effizienz gesprochen wird, dann ist das – Entschuldigung – verantwortungslos. Wir delegieren die Verantwortung der Leistungen, die wir hier bestellen sollten, an den Stadtrat. Wir schieben das Budget wieder zurück: Er soll bitte selbst ein bisschen herausstreichen, er soll schauen, dass die entsprechenden Prozent der Zahlen erfüllt sind. Aber Ihr sagt nicht wo. Ich finde das nicht richtig.

D. Siegmann (SP): Auch wenn ich unter Berücksichtigung der hohen Fluktuation in diesem Gremium immer noch zu den jüngeren Mitgliedern hier zähle, finde ich die Vorgänge rund um den epochalen Vorgang dieser Budgetrückweisung – niemand von uns hat das je erlebt in diesem Rat – verstörend und eigentlich empörend. Als Mitglied der Aufsichtskommission, die von Amtes wegen sämtliche finanziell relevanten Geschäfte vor dem Gemeinderat beraten sollte und Anträge zuhanden dieses Gremiums stellen sollte, erfahre ich erst nach der öffentlichen Einladung zur Gemeinderatssitzung von der Existenz dieses Rückweisungsantrags. Auch die Information des Präsidenten der AK an seine Mitglieder erfolgt erst nach der Veröffentlichung der AK-Sitzungseinladung. Diese Intransparenz wurde somit offensichtlich zwischen Rats- und Kommissionspräsident vereinbart. Wer die Platzierung der Rückweisung auf der Traktandenliste zu verantworten hat, wissen wir bis heute nicht. Der Präsident selbst? Oder 10 Ratsmitglieder? Wenn ja, welche? Eine andere Möglichkeit bietet das Reglement nicht.

Den Wortlaut des Rückweisungsantrags erhielten die AK-Mitglieder erst Stunden vor der Sitzung am 19.10. Die eigentliche, nackte Rückweisung, wie sie uns zu Anfang der Sitzung eigentlich vorgelegen wäre (und die sich jetzt schon wieder verändert hat), wurde in einer konspirativen Kurzpause von der bürgerlichen Mehrheit in diesem Gremium beschlossen. Ich frage mich, ob das jetzt die neue Realität im kürzlich propagierten Winterthur der Möglichkeiten ist.

Wir sind gespannt auf die weiteren Resultate dieser Budgetdebatte, wenn sie dann einmal beginnen darf.

Ich erwarte, dass die Präsidenten dieser Gremien die Interessen und Ziele des ganzen Gemeinderats vertreten und sich nicht für Hinterzimmerdeals von einzelnen Strippenziehern im Interesse der Parteipolitik hergeben. Es ist ja sehr offensichtlich, dass selbst die Mitglieder in dieser betreffenden Sache vollkommen ahnungslos geblieben sind.

Wenn von der anderen Ratsseite eine Informationsasymmetrie beklagt wird oder das Vorgehen mit dem Gewinn von wertvoller Zeit rechtfertigt wird, empfinde ich das geradezu als Hohn für eine ansprechende Parlaments- und Streitkultur. Man hat uns ja heute Abend schon verschiedentlich einen Mangel an Kompromissfähigkeit vorgeworfen. Aber dafür müssten wir zuerst einmal ins Gespräch kommen.

Nebenbei möchte ich nicht unerwähnt lassen: Die Ungeheuerlichkeit dieser Vorgänge bezeugen auch die öffentlichen Terminpläne von Gemeinderat und AK. Bei beiden Gremien war das Budget jeweils eine Sitzung später angesetzt.

Abschliessend und auch als Aussicht auf das weitere Vorgehen möchte ich aber seitens SP festhalten: Wir sind bereit für jede konstruktive Auseinandersetzung mit dem Budget. Es ist uns völlig klar, dass gerade Steuererhöhungen enorm polarisieren, dass das Wachstum gesteuert werden muss, dass Ausgaben, Einnahmen und auch das Eigenkapital der Stadt in einem gesunden Verhältnis stehen sollten. Und dass die Prioritäten hier je nach Interessens- und Parteilage ziemlich unterschiedlich liegen. Wir sind bereit für diese Auseinandersetzung. Lasst sie uns führen! Beweisen wir allen Einwohnerinnen und Einwohnern dieser Stadt, dass wir diese Verantwortung übernehmen können.

R. Keller (SP): Ich möchte gerne das, was Reto Diener vorhin sagte, aus der Sicht der SP auch nochmals ein bisschen vertiefen. Franziska Kramer sagte, die Winterthurer bleiben in Winterthur, weil sie Winterthur lieben. Die Winterthurerinnen und Winterthurer lieben Winterthur, weil es Freibäder gibt, weil es ein Albanifest gibt, weil es Quartierfeste gibt, weil es Sportplätze gibt, weil es eine schöne, nahe Umgebung gibt, gut gepflegt ist, weil die Innenstadt attraktiv ist, weil es eine gute Kinderbetreuung gibt. Und das nenne ich lebenswert. Lebenswert ist nicht etwas Abstraktes.

Wenn ich 400 Fr. mehr zahlen muss als Mittelstandsfamilie (das ist das, was Kaspar Bopp uns vorgerechnet hat, was die 7% mehr Steuern ausmachen), dann finde ich das sicher nicht lässig. Das zahle ich sicher auch nicht gerne. Aber es verunsichert mich nicht fundamental und es bewirkt ganz sicher auch nicht, dass ich nach Zürich umziehe, wo eine Wohnung sicher 3 x so teuer ist.

Ich werde den Verdacht nicht los, dass die Fraktionen, die diese Rückweisung unterstützen, einfach nicht Farbe bekennen wollen. Aufgrund der Statements und Diskussionen, die wir jetzt auch gerade gehört haben, ist klar, dass die, die das unterstützen, eine Vorstellung davon haben, wo man den Fehlbetrag eigentlich einsparen könnte. «So effizient ist die Stadtverwaltung auch wieder nicht», sagte zum Beispiel Samuel Kocher. Oder: «Da gibt es noch Spielraum im Verwaltungsapparat», sagte Iris Kuster. «Weg vom Gärtchendenken» sagte Urs Hofer. Wenn Ihr das wisst, dann sagt es. Ich finde es verantwortungslos und ich finde es auch gegenüber den Wählerinnen und Wählern, gegenüber den Winterthurerinnen und Winterthurern, nicht korrekt, wenn man sich hinter dem Stadtrat versteckt. Ihr wollt nicht sagen, wo man effizienter arbeiten könnte, oder wo es Spielraum gibt, den Ihr zu kennen scheint. Aber das ist unsere Aufgabe. Es ist die Aufgabe des Grossen Gemeinderats, wenn man Einsparungen machen will, wenn man Leistungen kürzen will, zu sagen, wo das ist. Und wenn man einen Steuerfuss will von 125%, dann kann er das auch bestimmen. Dafür ist der Gemeinderat da. Und dieser Aufgabe kann sich der Gemeinderat auch nicht entziehen. Und er kann sich auch nicht entziehen, wenn der Stadtrat das nächste Budget vorlegt.

Ich bin mit Urs Hofer und auch Reto Diener einig, dass der FAP tatsächlich besorgniserregend ist und dass wir nicht warten bis zum nächsten Budget und bis zum nächsten Oktober, bevor man denkt: «Oh nein, es ist immer noch nicht viel besser geworden!» Wir müssen uns nächstes Jahr, anfangs Jahr, damit beschäftigen, wie die mittel- und langfristige Planung aussieht.

Ich bitte die gegnerische Seite nochmals eindringlich, das unnötige, unproduktive und verunsichernde Gebaren oder die Schlaufe, die man mit dieser Rückweisung zu ziehen versucht, zu unterlassen und die Verantwortung zu übernehmen – ich benutze nun auch noch das Wort, das kritisiert wurde – und auf das vorgelegte Budget einzutreten.

U. Hofer (FDP): Ich möchte zu drei Vorwürfen Stellung nehmen. Dominik Siegmann hat die Frage nach den Interessen aufgeworfen. Wir sind ein Parlament, in dem 60 eigenständige, vom Volk gewählte Vertreter unserer Stadtbevölkerung sitzen. Wenn jetzt einem solchen Parlament ein Budget vorgelegt wird, dem 5 von 7 Fraktionen derart ablehnend gegenüberstehen, dass sie es trotz dieser Bedenken zurückweisen müssen, dann ist es schlicht und einfach zu kurz gegriffen, wenn man diese einfach als total fehlgeleitet abstempelt. Viel ehrlicher wäre kritische Selbstreflexion, bei der sich jeder überlegt, was man besser machen könnte, um in Zukunft ähnliche Szenarien zu verhindern. Und beim Stadtrat – und da komme ich jetzt zu den Interessen – wäre das auch die Frage, wen man repräsentiert: Die eigene Partei mit ihren Wünschen, Haltungen und Zielen – oder die gesamte Bevölkerung, die da im Rat auch abgebildet ist.

Dann komme ich nämlich zum 2. Punkt: Warum steigen wir jetzt nicht ein? Ich lese nur schnell eine Zeile von meinem letztjährigen Votum vor. Wenn ich mein vorjähriges Votum anschauen und mein vorvorjähriges – es tönt überall gleich: «Es ist kurz vor 12 für Plan B.» Unsere Erwartungshaltung an den Stadtrat ist ebenfalls klar: Dass er sich sofort der erwähnten Herausforderung annimmt und nicht erst kurz vor dem Budget 2021, und nächstes Jahr einen weitergehenden Massnahmenplan mit Substanz präsentiert. Er hätte das nach meinem Empfinden schon lange machen müssen. Und wir haben dort auch gesagt, dass wir keinen Hehl

daraus machen, dass wir uns ernsthaft überlegt hatten, das Budget zurückzuweisen. Das passiert Jahr um Jahr um Jahr.

Und wenn man diese Signale einfach nicht wahrnehmen möchte und genau das macht, von dem wir sagten, das wollen wir nicht – dann muss man halt auch einmal eine Gegenreaktion befürchten.

Und jetzt zum letzten Vorwurf: Arbeitsverweigerung, Farbe bekennen. Ihr habt zu Recht gesagt, dass der Gemeinderat auch Leistungen bestellt hat, dass die etwas kosten und dass wir es da auch in der Hand haben zu steuern. Zu Unrecht habt Ihr aber nicht differenziert: Die SVP hat kaum je bei der Stadt Leistungen bestellt, sie trifft dieser Vorwurf sicherlich nicht. Die FDP hat gewisse Leistungen auch bestellt, wie z.B. die Subventionierung der Kita-Beiträge, aber bei weitem nicht alle – und bei weitem nicht alle in dem Ausmass wie Ihr. Ich erinnere mich, kürzlich ging es um die Quote der Schulsozialarbeit, wo wir einen massvollen Schlüssel hier drinnen propagiert haben. Auch die EVP und die GLP haben deutlich zurückhaltender agiert als die Grünen und die SP. Und alle die genannten Parteien haben in der Vergangenheit Farbe bekannt hier drinnen beim Budgetprozess. Und Farbe bekennen heisst wirklich: Mit Anträgen kommen, egal ob man damit Wohlwollen erntet oder nicht. Und nicht einfach eine Lobeshymne auf den Stadtrat singen und aufzustrecken für «Darf es da noch ein bisschen mehr sein?».

Kurzum: Wir haben Farbe bekannt. Wir betreiben keine Arbeitsverweigerung. Und diese beiden Vorwürfe könnt Ihr an Euch selbst richten. Wenn Euch einfach das Geld für alle Eure Versprechungen ausgeht, dann müsst Ihr halt auch einmal Farbe bekennen beim nächsten Ausgabenposten. Ich bin wirklich froh, wenn Ihr sagt, dass Ihr da mitarbeiten wollt, wenn Ihr das einmal in einer Tat zeigt. Besten Dank.

F. Helg (FDP): Manchmal lohnt sich vielleicht auch ein Blick über die Kantonsgrenzen hinaus, gerade wenn es um die Berücksichtigung der Corona-Auswirkungen geht. Ich habe bei den Vorbereitungen recherchiert und einen Artikel gefunden im St. Galler Tagblatt vom 17. Juni. Notabene: 17. Juni. Und dort heisst es (ich zitiere): «St. Gallen ist die erste der 10 grössten Städte in der Schweiz, die ein Corona-Massnahmenpaket zur Abfederung der Auswirkungen auf den Finanzhaushalt schnürt. Der Stadtrat hat das 30 Millionen-Paket verabschiedet und gestern in corpore vorgestellt, wohl um zu unterstreichen, wie wichtig ihm die Angelegenheit ist.» Und weiter unten steht dann: «Wenn die beschlossenen Massnahmen alle umgesetzt werden, rechnet der Stadtrat für 2021 mit einem unveränderten Steuerfuss.» Wie gesagt, der Artikel ist vom 17. Juni. Die Stadt St. Gallen war da vielleicht relativ schnell, aber dergleichen haben wir in Winterthur nicht erlebt – weder im Juli noch im August noch im September noch jetzt.

Und das zeigt ja auch – vielleicht gerichtet an Reto Diener: In St. Gallen war offenbar der Stadtrat selbst in der Lage, von sich aus das Heft in die Hand zu nehmen und ein Massnahmenpaket zu unterbreiten, ohne dass dort das Parlament schon Einfluss genommen hatte.

A. Steiner (GLP): Urs Hofer hat es gesagt: Im Fokus steht der FAP. Seit Jahren – man kann sagen «jährlich grüsst das Murmeltier» statt «täglich grüsst das Murmeltier» - weist die GLP darauf hin, dass der FAP eine ganz schlechte Entwicklung aufzeigt. Und ja, wir haben keinen Einfluss auf den FAP. Ob wir das jetzt gut finden oder nicht. Aber irgendwann braucht es einfach ein Zeichen: Wir sind mit diesem FAP nicht einverstanden.

Aber suchen wir Gemeinsamkeiten: Es freut mich, wenn die SP und die Grünen jetzt, heute Abend, zu Protokoll gaben, dass dieser FAP tatsächlich nicht gut aussieht. Ich hoffe, dass auch die SP und die Grünen irgendwann auch noch konstruktiv dazu beitragen, von ihrer Seite aufzuzeigen, wo dass man allenfalls einsparen könnte. Bis jetzt haben sie es sich sehr bequem gemacht.

Der Vorwurf, dass wir nicht sagen, wo dass man sparen könnte, ist zu kurz gegriffen. Jahrelang haben wir uns hineingekniet, tagelang gearbeitet, um herauszufinden, wo man aus unserer Sicht – aus der Distanz, die wir haben – Einsparungen machen könnte. Das kann man weiss Gott nicht als Arbeitsverweigerung bezeichnen.

Und von linker Seite wurde einem das dann auch kräftig um die Ohren geschlagen. Denen, die sich getraut haben zu sagen, wo wir bereit sind, Einschränkungen zu machen. Und das bei jedem einzelnen Sparvorschlag. Da ging es mindestens so wild zu und her wie letzte Woche in den sozialen Medien.

Ja, ich hoffe sehr, dass die SP und die Grünen tatsächlich auch mitarbeiten. Denn die Lösung, die Lösung dieses besorgniserregenden FAP, die muss auch Euch klar sein: Das können nicht unendliche Steuererhöhungen sein.

Ratspräsident D. Oswald: Damit sind wir am Schluss der 1. Sitzung. In der Hoffnung, dass das nicht als autokratisch von mir ausgelegt wird, gebe ich jetzt dem Stadtrat 1,5 Stunden Zeit, sich auf sein Votum vorzubereiten. Damit läute ich die Pause ein.

Als Erstes können die IFK-Mitglieder, die Fraktionspräsidenten, den Saal auf der linken Seite verlassen. Und die Besucher können rechts den Raum verlassen. Danach gehen die Gemeinderäte ihr Essen holen. Ich bitte alle, die Maske anzuziehen, wenn Ihr nicht am Platz sitzt.

Besten Dank und guten Appetit.

Nachtessenspause.

Ratspräsident D. Oswald: Wir fahren fort mit der Abendsitzung. Wir haben vor der Pause geschlossen mit dem Votum von Annetta Steiner. Mir sind keine Wortmeldungen aus dem Rat mehr bekannt, somit übergebe ich das Wort Stadtrat Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Ich danke Felix für die Präsentation dieses Budgets.

Was wir vorgelegt haben, war ein rechtsgültiges, ausgeglichenes Budget und ein Finanzplan, der zwar weitere Massnahmen braucht – das ist klar – aber zusammen mit dem Ertragsüberschuss und den Massnahmen, die wir noch ergreifen müssen, durchaus das Potenzial für nachhaltige Finanzen in der Stadt Winterthur hat.

Ich möchte gleich zu Beginn die Vorwürfe, die verschiedentlich geäussert wurden, der Stadtrat und die Verwaltung hätten ihren Job nicht gemacht oder hätten einen schlechten Job gemacht, entschieden zurückweisen. Es gibt diverse Effekte, die zu diesem Budget geführt haben, das wir präsentiert haben und das wir beantragen. Es fiel schon mehrfach: Die SV 17 zum Beispiel. Nur schon die Steuervorlage 17 hat unsere Einnahmen so sehr zusammenge kürzt, dass das alleine diese Steuererhöhung schon fast begründen könnte. Es waren aber noch ganz viele andere Themen. Wir sind in einer wachsenden Stadt, wir haben es gehört. Wir haben Investitionen, wir müssen in Vorleistung gehen, Wachstum kostet unsere Stadt. Wir müssen das Wachstum begleiten. Das Wachstum findet statt – wenn wir das nicht begleiten, wird das nicht zufriedenstellend für die Stadt herauskommen. Wir haben steigende Kosten in den Bereichen Soziales, Bildung und Gesundheit. Das sind drei Bereiche, die seit langer Zeit wachsen und bei denen die Verteilung auch innerhalb des Kantons immer ungleicher wird und unsere Stadt übermässig belastet.

Wir haben es uns auch nicht einfach gemacht. Wir gingen nicht einfach hin und sagten, wir haben diese Steigerungen und müssen diese jetzt mit zusätzlichen Steuereinnahmen decken. Nein, wir sind hingegangen und haben uns in 6 Handlungsfeldern in der Verwaltung intensiv mit den verschiedenen Themen auseinandergesetzt. Wir haben uns mit unseren Prognosen auseinandergesetzt, wir haben uns mit den Leistungen auseinandergesetzt, wir haben uns mit den Standards auseinandergesetzt. Wir haben geschaut, was wir machen können, um effizienter werden zu können in Zukunft. Das ist ein langfristiger Prozess. Auch da einen Schub: Effizienz stellen wir nicht mit dem Budget sicher, sondern Effizienz ist eine alltägliche Führungsaufgabe und hat schlussendlich viel mehr mit Kultur zu tun als mit Organisation. Und Kultur braucht Zeit. Wir haben uns mit den Kostentreibern auseinandergesetzt und wir haben uns natürlich schlussendlich auch mit den Einnahmen auseinandergesetzt. Das war

ein intensiver Prozess, der uns die letzten Monate begleitete. Und dieser Prozess wird uns auch in den nächsten Jahren weiterhin begleiten, das ist ganz klar.

Wir sind aber auch zum Schluss gekommen, dass unsere Verwaltung schon heute ein hohes Mass an Effizienz mit sich bringt. Es ist klar, jede grosse Organisation hat eine gewisse Ineffizienz und die müssen wir in unserer alltäglichen Arbeit auffinden und selbstverständlich etwas dagegen unternehmen. Das ist unsere tägliche Aufgabe. Aber alles in allem: So, wie sich heute unsere Verwaltung präsentiert, ist sie effizient und macht sie einen guten Job.

Und ich habe es gesagt, wir haben das Leistungsangebot angeschaut. Wir haben ein schlankes Leistungsangebot, aber das stellen wir sehr gerne auch zur Debatte. Das wäre Gegenstand der Budgetdiskussionen, wenn wir darauf eintreten würden.

Wir haben gewisse Herausforderungen im Budget, und das ist mir auch noch ganz wichtig zu sagen, weil auch das verschiedentlich angesprochen wurde jetzt in den Voten. Wir haben einerseits das Eigenkapital, das immer mehr sinkt. Und wir haben tatsächlich eine höhere Verschuldung, die u.a. auch aus dem Wachstum geschuldet ist. Dazu ist einfach zu sagen: Gegen Verschuldung machen wir dann etwas, wenn wir unsere Investitionen mit den Abschreibungen und dem Ertragsüberschuss aus der Erfolgsrechnung finanzieren können. D.h. wenn wir bei jeder Gelegenheit die Steuern wieder senken und die Finanzen marginalisieren, was man durchaus machen kann, dann wird es schwierig, in einer wachsenden Stadt die Investitionen zu finanzieren.

Und das Eigenkapital verhält sich ein bisschen ähnlich. Eigenkapital aufbauen können wir nur dann, wenn wir einen Ertragsüberschuss haben. Das Eigenkapital ist sicher etwas, das uns beschäftigen wird in Zukunft. Das schrumpft jetzt auch aufgrund von Corona deutlich zusammen.

Wir haben aber zusätzlich noch die kommunale Schuldenbremse, den Mittelfristausgleich.

Und da ist mir einfach ein Punkt ganz wichtig: Jede Massnahme, die wir nicht dieses Jahr beschliessen, jede Verbesserung, die wir dieses Jahr nicht schaffen, müssen wir nächstes Jahr doppelt hineinbringen. Das ist die Mechanik vom Mittelfristausgleich, die das mit sich bringt. Je länger wir warten, um unsere Finanzen ins Lot zu bringen – und da gehören beide Seiten dazu, die Ausgaben und die Einnahmen – je länger wir zuwarten, desto grösser werden unsere Massnahmen sein müssen. Und deshalb haben wir das Budget so vorgeschlagen, auch mit einem gewissen Ertragsüberschuss.

Jetzt steht diese Rückweisung im Raum. Und ich muss Ihnen ehrlich sagen, ich verstehe den Mehrwert dieser Rückweisung so nicht. Den hehren Wunsch, sparen zu wollen, ohne dass man es schlussendlich spürt, werden wir nicht erfüllen können. Und das werden wir auch in einer zweiten Budgetrunde in den nächsten Wochen nicht erfüllen können. Es ist aber so, dass wir alles andere machen können, das halt weh tut, das man sieht, das man spürt. Das haben wir auf den Tisch gelegt, das haben wir transparent ausgewiesen in der Weisung und darüber könnten wir schon jetzt diskutieren, wenn wir jetzt eintreten auf dieses Budget.

Es wird so sein, dass wir das dann vorwegnehmen, dass wir die Budgetlogik umkehren. Dass wir diese Möglichkeiten als Massnahmen formulieren werden und dann, anstatt dass der Gemeinderat sich dafür entscheidet, diese Massnahmen zusätzlich zu ergreifen, wird man dann eventuell darüber diskutieren, ob man sie allenfalls wieder hinausstreicht.

Wieso sage ich Ihnen das? Ich möchte ein bisschen Erwartungsmanagement machen hinsichtlich dem nächsten Budget, das wir bringen, wenn sie das heute zurückweisen. Sie haben jetzt hier eine Mehrheit gefunden für eine niedrigere Steuererhöhung. Aber das hat sich schon in den Diskussionen gezeigt, und auch wenn ich jetzt die konkreten Forderungen anschau, die mit der Rückweisung kommen, dann muss ich sagen, es ist sehr schwierig. Denn sobald es um die einzelnen Massnahmen, um die Kürzungen geht, ist es mit der Einigkeit in der Allianz auch schon wieder passiert. Und deshalb sieht man auch, dass die konkreten Forderungen, die Sie da formulieren, schon an sich nicht aufgehen.

Ich habe das überschlagsmässig ausgerechnet: Im Budgetantrag haben wir im Moment ca. 10 Mio. Ertragsüberschuss. Mit der tieferen Steuererhöhung, die Sie da vorschlagen, verschlechtern Sie das Budget um 12 Mio. D.h. wir sind bei minus 2 Mio. Indem Sie die Parkhausreserven hinausnehmen, verschlechtern Sie es nochmals um 8 Mio. D.h. wir sind dann bei einem Aufwandüberschuss von 10 Mio. Und jetzt fordern Sie mit 7 Mio. Verbesserung ein

ausgeglichenes Budget. Ihre Forderungen in sich gehen ja schon nicht auf. Das wird für uns sicher eine Herausforderung sein. Wir nehmen uns dem gerne an, wenn Sie uns diesen Auftrag geben, das ist ganz klar. Aber daran sieht man schon, es wird schwierig, mit dem umzugehen. Und ich kann Ihnen sicher sagen, dass wir alles machen werden, um Ihnen ein Budget zu präsentieren, das Ihnen gefällt – aber es wird ein Budget kommen, das hier drinnen höchst umstritten sein wird, da gibt es gar keine andere Möglichkeit.

Jetzt wurde vieles gesagt und ich gehe sehr gerne rasch durch. Ich beginne bei Felix Helg, bei der Präsentation. Das war eine für mich bezeichnende Aussage. Felix Helg sagte, auch der Stellenausbau hätte von einer Mehrheit nicht nachvollzogen werden können. Da frage ich mich: Wie auch? Es hat ja noch gar keine Beratung stattgefunden. Dort hätten Sie genau diese Information bekommen. Aber das ist genau der springende Punkt. Es überrascht mich nicht, dass Sie die Stellenerhöhung nicht nachvollziehen können, ich habe das bei der Präsentation in der Kommission und bei allen anderen Gelegenheiten schon gesagt: Ich bin auch erschrocken, als ich die 80 Stellen sah. Meine erste Reaktion war auch: Das geht nicht. Aber ich habe mich dann damit auseinandergesetzt und ich durfte nachher feststellen: Die sind alle sehr gut begründet.

Dann ist mir noch etwas anderes Lustiges aufgefallen, Felix Helg, offensichtlich haben wir z.T. die gleiche Lektüre. Ich habe bei mir auf dem Tisch ebenfalls einen Artikel aus dem St. Galler Tagblatt. In diesem Artikel steht: «Im Vergleich mit Winterthur und Luzern zahlt man in St. Gallen mehr Steuern. Eine HSG-Studie verstärkt die Kritik des Gewerbeverbandes. Die Studie, die von HSG-Professor Kuno Schedler geleitet wurde, zeigt auf: Die Steuerzahler in den beiden Vergleichsstädten Winterthur und Luzern werden deutlich weniger belastet.» Was will ich damit sagen? Das heisst an sich noch gar nicht so wahnsinnig viel, ausser dass es allenfalls ein Indiz dafür ist, dass allenfalls in St. Gallen noch ein bisschen mehr Spielraum vorhanden ist für ein solches Massnahmenpaket, wie das Felix Helg vorgeschlagen hat, dass wir das hier auch machen sollen.

Ich gehe weiter. Franziska Kramer. Aus Sicht der Bevölkerung ist diese Steuererhöhung zu viel. Aber habt Ihr der Bevölkerung auch aufgezeigt, was die Alternativen sind zur Steuererhöhung? Habt Ihr mit ihnen darüber gesprochen? Ich vermute nicht, denn Ihr seid ja selbst noch nicht in die Beratung eingestiegen, Ihr habt das selbst noch nicht erkennen können, was wirklich die Alternativen sind. Und deshalb wünschen wir uns jetzt eine Beratung über das Budget und über diese Themen.

Und etwas, das ich schon ein bisschen eine schwierige Geschichte finde, ist die mit den faulen Eiern. Lassen wir die Parkhausreserven mal weg und nehmen einfach die 15 Mio. aus dem Zusatzleistungsgesetz. Wir haben ja eine längere Geschichte von Gesprächen hinter uns in den letzten Tagen. Angefangen hat es damit, dass man mir sagte: «Es kommt dann ja noch das ZLG und das habt Ihr ja schon drin – und deshalb ist es für uns noch schlimmer.» Ich kann Euch das mitteilen, im Novemberbrief haben wir das herausgestrichen und es gibt noch andere Effekte im Novemberbrief, die das mehr als kompensieren. Der Novemberbrief wird das Ergebnis 2021 nur marginal verschlechtern – und die Planjahre ja sogar verbessern. Die Antwort war: «Ja, offiziell wissen wir das nicht, deshalb können wir das nicht verwenden.» In der Konsequenz habe ich mich mit dem Stadtrat kurzgeschlossen und fragte, ob wir nicht diese Informationen in dieser Flughöhe der Aufsichtskommission zuhanden der Fraktionen zur Verfügung stellen. Ich habe das abgeklärt und der Stadtrat hat dem zugestimmt und wir haben diese Informationen der Aufsichtskommission per Mail zur Verfügung gestellt. Die Antwort war: «Ja, okay, jetzt haben wir die Information. Aber ehrlich gesagt kennen wir ja die Details nicht, wir wissen nicht, wie es dazu kommt und so – wir können diese Information nicht verwenden.» Dann sind wir noch einen Schritt weitergegangen. Ich bin wieder auf den Stadtrat zugegangen und sagte, sie möchten die Detailinformationen. Das soll eine Ausnahme sein, das darf nicht zur Regel werden – aber es scheint mir wichtig, damit sie sachlich darüber diskutieren können. Können wir nicht (vorbehältlich unserer Entscheidung nächsten Mittwoch) der Aufsichtskommission zuhanden der Fraktionen vertraulich die Details, also den Novemberbrief, schon zur Verfügung stellen? Der Stadtrat hat eingewilligt und wir haben den Mitgliedern der Aufsichtskommission den Novemberbrief – obwohl noch nicht offiziell verabschiedet – zur Verfügung gestellt. Und die Antwort war: «Ja, wir hätten uns eben gewünscht,

dass der Stadtrat die schon offiziell verwendet und deshalb können wir die jetzt leider nicht verwenden.»

Also einfach zum Aufzeigen: Wir haben unglaublich viel gemacht und leider ist auch heute in den Voten so getan worden, als hätten wir das nicht mitgeteilt, als würden da noch Gefahren schlummern im Novemberbrief, die unbekannt sind. Ich kann das leider so nicht bestätigen. Die Diskussion über Stellen hast Du auch angesprochen, Franziska. Du hast gesagt, wenn man diese ansprechen wolle, blocke der Stadtrat das Gespräch ab. Ich empfinde es gerade umgekehrt im Moment.

Dann hast Du noch etwas gesagt, dass mich ein bisschen aufhorchen liess. Mieterlass bis Ende Jahr – sehr grosszügig. Ich weiss nicht genau, was Du damit gemeint hast. Mir ist davon nichts bekannt. Und ich glaube, mir als Vorsteher von u.a. den Immobilien müsste das bekannt sein. Ich nehme an, Du meinst den Aufschub, den wir dem Gewerbe, den Restaurantbetrieben gewährt haben, dass sie die Akontozahlungen bis Ende Jahr aussetzen können. Es sind aber nur Akontozahlungen. Sie müssen am Schluss, bei der konkreten Abrechnung, trotzdem genau gleich zahlen. Der Mieterlass, den wir gesprochen haben, bezog sich nur auf die entsprechenden Lockdown-Monate, so wie das ganz viele andere auch gemacht haben. Es ist nicht der erste Fall von einem solchen Missverständnis, das wir haben. Wir hatten diverse solche Missverständnisse, es wurden immer neue Sachen ins Gespräch gebracht, immer neue Sachen hervorgeholt worden. Und genau dafür bräuchten wir diese Beratung, über das hätten wir sprechen sollen. Das hätten wir alles klären können im regulären Prozess.

Ja, Samuel Kocher, inhaltlich hat Dein Votum so getönt, als möchtest Du jetzt dann gleich eine noch viel höhere Steuererhöhung beantragen, wenn ich Dir so zugehört habe. Wir haben einen Anstieg der Verschuldung, Wegschmelzen des Eigenkapitals, Netto-Null, das viel mehr braucht, usw. Ja, einverstanden. Wir haben grosse Herausforderungen, aber wir möchten diese angehen. Wir finden, wir müssen sie angehen und begleiten, das ist ganz wichtig. Aber selbstverständlich, wir brauchen die Einnahmen dazu, das lässt sich einfach nicht wegdiskutieren.

Es wurde viel über das Notbudget gesprochen, auch von Dir, Samuel Kocher. Du hast gesagt, alle gebundenen Ausgaben können getätigt werden. Das kann ich so auch nicht ganz bestätigen. Auch wenn ich nicht ins Detail gehen möchte hier, weil es eine sehr schwierige Sache ist, aber auch bei gebundenen Ausgaben gilt, dass wir alle auf ihre Unerlässlichkeit separat prüfen müssen. Das würde sicher zu einem grossen Aufwand bei uns führen.

«Es ist jetzt genug», sagte Tobias Brütsch zu diesem Thema. Das kann man durchaus so sehen. Aber dann muss sich der Gemeinderat äussern, wo er einsparen möchte. Da schätze ich die konsequente Haltung, die die SVP einnimmt in dieser Diskussion, die sagt, für uns stehen diese Leistungen zur Debatte. Dann können wir einsteigen, dann können wir darüber diskutieren und wenn sich eine Mehrheit findet, die diese Leistungen abbauen möchte, dann werden wir diese Leistungen abbauen. Das ist eine konsequente Haltung.

Aber wenn ich es richtig sehe, wird sich bei den konkreten Massnahmen keine Mehrheit finden hier drinnen. Und wenn am Schluss nur die Nicht-Steuererhöhung im Raum stehen bleibt, das ist für unsere Finanzen verheerend.

Es wurden noch viele andere Sachen gesagt. Spannend finde ich noch, Marc Wäckerlin, die Gier des Staats, der Sozialisten. Ich habe etwas ganz Lustiges gelesen in einer Buchkritik, als einer sagte: «Zum Glück gibt es noch etwas zwischen Billigfleisch und kommunistischer Planwirtschaft.» Wir sind als Stadt Winterthur nicht in einem reinen Preiswettbewerb, wir sind v.a. auch in einem Qualitätswettbewerb. Und das dünkt mich ein ganz wichtiger Punkt und den müssen wir uns zu Herzen nehmen, wenn wir das Budget auf Herz und Nieren prüfen. Es wurde gesagt, dass man sich Effizienzsteigerung wünscht. Zentralisierung wurde angesprochen. Ich kann Ihnen sagen, das haben wir alles auf dem Plan. Wir prüfen, was wir besser erbringen können, was wir anders erbringen können, welche Leistungen wir effizienter erbringen können. Das ist unsere tägliche Arbeit. Da erwarten wir in Zukunft auch ganz klar weitere Verbesserungen, denn wir arbeiten da intensiv daran. Aber die Verbesserungen werden wir nicht morgen bringen können und diese Verbesserungen wird man auch nie in einem Budget sehen. Das ist unsere alltägliche Herausforderung. Und da fragen Sie sich vielleicht

als Gemeinderätinnen und Gemeinderäte: «Ja, wie sehen wir denn das? Dass das gemacht wird in der Stadt?» Und es ist tatsächlich schwierig für Sie, das zu erkennen. Und deshalb empfehle ich: Schauen Sie über den Tellerrand hinaus. Vergleichen Sie die Stadt Winterthur mit anderen Organisationen, mit Städten, die ein ähnliches Aufgabengebiet haben. Und da geht es nicht um die Frage, wohin die Leute abwandern, sondern es geht einfach um die Frage: Wie effizient erbringen wir die Leistungen? Wie effizient erbringen andere Städte die Leistungen? Und dann sehen Sie, dass die Stadt Winterthur im Vergleich sehr gut dasteht. Es wurde gefordert, dass wir – und das ist selbstverständlich, das stütze ich so auch – dass der FAP rote Zahlen beinhaltet und dass einem das Sorgen bereitet. Und es wurde auch gesagt, dass Steuern keine nachhaltige Lösung sind für die steigenden Kosten. Dem stimme ich sogar noch zu. Aber der Punkt ist der: Wir haben steigende Kosten bei Bildung, Gesundheit und Soziales. Es ist genau gleich wenig nachhaltig, wenn wir diese steigenden Kosten mit Einsparungen an anderen Orten kompensieren wollen. Irgendwann sind einfach alle Schwimmbäder zu. Irgendwann sind die Museen geschlossen. Irgendwann hat keine Kulturinstitution mehr Subventionen. Und dann steigen die Kosten weiter.

Nein, wenn wir diese Kosten in den Griff bekommen wollen, dann müssen wir sie dort anpacken, wo sie entstehen. Dann müssen wir die Probleme beim Ursprung anpacken - und das ist die Verteilung der Lasten im Kanton.

Nur wissen wir, wie viel Zeit das braucht. Wir brauchten +/- 7 Jahre, um den Erfolg im Zusatzleistungsgesetz zu erzielen. Wir brauchen Zeit. Wir müssen da dranbleiben und wir müssen diese Zeit überbrücken. Und für das brauchen wir einfach die entsprechenden Einnahmen und sollten nicht unsere Stadt kaputtsparen.

Ich möchte Ihnen abschliessend einfach ans Herz legen: Steigen Sie ein in die Diskussion, sprechen Sie mit uns über das Budget. Es ist ein gutes Budget. Wir haben unglaublich viel investiert, um Ihnen das gut aufzuzeigen, das gut darzustellen, gut zu beschreiben. Und wir haben uns Zeit reserviert, wir möchten mit Ihnen diese Gespräche führen. Wir möchten Sie auch unterstützen darin, bei Ihren Veränderungsvorschlägen, was ist machbar, was hat welche Wirkung. Aber für das müssen wir ins Gespräch eintauchen, für das müssen wir möglichst schnell ins Gespräch eintauchen, damit wir möglichst viel Zeit haben.

Denn bei allen Beschreibungen von einem budgetlosen Zustand, die hier drinnen gemacht wurden, was ganz sicher ist: Es ist verbunden mit viel Unsicherheit, es ist verbunden mit sehr viel Zusatzaufwand. Wir müssen alle Ausgaben einzeln zusätzlich überprüfen auf ihre Notwendigkeit. Und es ist verbunden damit, dass wir weit ins neue Jahr mit dem Budget beschäftigt sind, wo eigentlich schon die nächsten Aufgaben anstehen würden, wo es schon darum ginge, den Abschluss des aktuellen Jahres zu machen. Wo es dann irgendwann auch wieder darum geht, die Hochrechnung zu machen des neuen Jahres usw. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass wir so schnell wie möglich ein gültiges Budget haben und so kurz wie möglich in einem budgetlosen Zustand sind.

Ratspräsident D. Oswald: Besten Dank. Urs Hofer hat sich gemeldet mit einer persönlichen Erklärung.

U. Hofer (FDP): Ich habe eine persönliche Erklärung. Wenn ich ein E-Mail bekomme, in dem steht, dass der Inhalt des Novemberbriefs noch vertraulich ist, weil er vom Stadtrat noch nicht verabschiedet wurde, dann halte ich das vertraulich. Deshalb bin ich erstaunt, wenn Du als Stadtrat als einziger hier drinnen jetzt diese Vertraulichkeit brichst und bedauerst, dass niemand in seinen Voten auf diese Informationen einging.

Selbstverständlich ist der Inhalt, den ich ja kannte, aber in den Überlegungen und auch in der Antragsformulierung berücksichtigt worden. So machen wir unsere Arbeit – wir haben uns an Deine Vertraulichkeitsvorgabe gehalten.

Das Zweite ist: Ich bin auch erstaunt, dass der Stadtrat schon jetzt sagen kann, wie das überarbeitete Budget dann aussehen soll. Das kann zum heutigen Zeitpunkt schlichtweg nicht möglich sein, wenn man unsere Anliegen, die breit getragen werden, ernst nimmt und sich ernsthaft mit den Voten auseinandersetzen will. Ich kann nicht mehr als bitten, zum Wohl der

Stadt Winterthur, um eine erwachsene, ernsthafte Reaktion, die der Verantwortung des Stadtrats würdig ist. Besten Dank.

Ratspräsident D. Oswald: Ebenfalls das Wort für eine persönliche Erklärung hat Michael Bänninger.

M. Bänninger (EVP): Ich kann mich den Worten von Urs Hofer eigentlich nur anschliessen. Ich finde es auch schwierig, wenn man ein E-Mail bekommt mit einem vertraulichen Inhalt, zur Kenntnisnahme, wie man das dann öffentlich in einer Debatte am Montagabend verwenden können soll. Ich denke, es wäre nett, wenn da noch eine Entschuldigung gegenüber Franziska kommen würde. Besten Dank.

Stadtrat N. Galladé: Eigentlich wollte ich nur zu einem verwandten Teilaspekt dieses Themas sprechen. Ich denke, das eine ist, wie man es interpretiert, wenn man ein Mail bekommt, in dem drinsteht, dass es quasi rats-öffentlich ist (für Gemeinderatsmitglieder). Die andere Frage ist dann, wie man das hier drinnen verwenden kann. Dass Kaspar Bopp das hier drinnen verwenden kann, haben wir im Stadtrat so beschlossen.

Umgekehrt aber schon, Michael Bänninger – und da würde ich eher eine Entschuldigung von Eurer Fraktion erwarten – wenn man natürlich im Wissen um mehrere Mails (und die liegen mir alle vor, uns allen im Stadtrat), suggeriert – und das war so im Votum von Franziska Kramer heute Abend - es gäbe eine einseitige Verschlechterung im Novemberbrief, dann hat das nichts damit zu, mit was Ihr jetzt daherkommt. Weder Urs Hofer noch Michael Bänninger. Sondern dann wird da wider besseren Wissens etwas in den Rat und die Welt gesetzt, das Ihr besser wisst, das alle Anwesenden besser wissen sollten. Das geht nicht. Das einmal als Punkt dazu.

Was ich zum Thema noch aufgreifen wollte: Ich nehme jetzt Bezug zum Votum von Franziska Kramer, zu den 15 Mio. Franken aus der Zusatzleistungsabstimmung im September, die statt 2021 leider erst 2022 eintreffen. Zuerst, das finde ich ganz wichtig, möchte ich mich bei Euch allen bedanken, im Namen des Stadtrats. Bei Euch allen, die dazu beigetragen haben, dass sie überhaupt eintreffen. Lieber ein Jahr später und dafür alle folgenden Jahre als nur ein Jahr. Ganz viele Personen aus fast allen Parteien in diesem Rat und auch ausserhalb des Rats haben sich dafür eingesetzt. 15 Mio. Franken jährlich wiederkehrende Ergebnisverbesserung aus einer faireren Verteilung der nicht beeinflussbaren Kostentreiber – das ist eine Leistung.

Und das sollte eine Richtschnur setzen für die Zukunft. Wir müssen als Stadt die wachsenden Entwicklungsdividenden für eine blühende Entwicklungsdividende unseres Kantons auch in anderen Bereichen einfordern, und zwar indem wir miteinander, alle zusammen am gleichen Strick ziehen, in die gleiche Richtung, wie man das bei dieser Vorlage vorbildlich gemacht hat.

Übrigens geht genau diese Erkenntnis, dass am Schluss die Beteiligung bei diesen Kostentreibern, die sehr ungleich ist, auf einen Prozess zurück, den der Stadtrat bei diesem Budget-FAP gemacht hat, und die sich auch bei den Handlungsfeldern widerspiegelt und nachzulesen ist, die in dieser Budgetweisung erscheint. Wir hätten gerne darüber mit Euch noch vertieft und noch weiter gesprochen in dieser Budgetdebatte. Jetzt ist das halt erst später der Fall, wenn Ihr nicht darauf eintreten wollt.

Franziska Kramer hat einen Verweis auf die NZZ von letzter Woche eingebracht. Sie wisse nicht, wie das ins Budget 2021 habe können kommen und nicht erst ins 2022, wie das Ernst Stocker offenbar schon im August gesagt haben sollte. Drei Anmerkungen dazu:

1. Bei der Kostenverlagerung zwischen Kanton und Gemeinden gibt es aus meinem sehr langjährigen politischen Wirken ein Erfahrungswert: Wenn der Kanton profitiert, kann es nicht schnell genug gehen, dass solche Gesetze in Kraft treten. Es gibt Beispiele von derartigen Vorlagen, die innert Monaten umgesetzt wurden. Auch das hätte innert Monaten umgesetzt werden können. Umgekehrt gibt es aber Beispiele, bei denen die Umsetzung Jahre dauerte. Auffälligerweise immer dann, wenn es eine Verlagerung der Kosten zulasten des Kantons

war. Machen Sie also nicht den Stadtrat dafür verantwortlich, dass der Kantonsrat diese Vorlage nicht so schnell umsetzt. Dass der Kanton und der Regierungsrat diese Vorlage nicht so schnell umsetzen, wie er könnte – wenn er wollen würde.

2. Bemerkung: Sie haben sich auf die NZZ von letzter Woche abgestützt. Ich stelle dem gegenüber, was in der kantonalen Abstimmungszeitung zu lesen war, die im Vorfeld dieser Abstimmung vom September in alle Haushaltungen des Kantons ging. Ich zitiere Seite 5: «Finanzielle Auswirkungen: Aufgrund der Grobschätzungen des kantonalen Sozialamtes käme es für den Kanton zu folgenden Mehrbelastungen beziehungsweise Entlastungen für die Gemeinden: 2021 159 – 200 Mio., 2022 166 – 205 Mio., 2023 173 – 211 Mio. Franken. Diese Beiträge können sich aufgrund der stark steigenden Kosten für Zusatzleistungen in den kommenden Jahren allerdings noch erhöhen.»

Unsere Budgetierung ist also durchaus im Einklang mit dem erfolgt, das der kantonalen Abstimmungszeitung entnommen werden konnte. Das ist, bei aller Wertschätzung für die NZZ und dem anwesenden Journalisten Reto Flury nie eine schlechte Quelle, wenn man die Abstimmungszeitung dazunimmt, wenn es um die Interpretation von Auswirkungen von Abstimmungen geht.

Eine abschliessende letzte Bemerkung von meiner Seite: Der Kantonsrat hat diese Vorlage abschliessend behandelt im Oktober 2019. Ohne das Kantonsratsreferendum, das durch die SVP ergriffen wurde, mit den Stimmen der Winterthur SVP-Kantonsräte, hätte die Regierung das Gesetz auf den 1.1.2021 umgesetzt. Ohne das Referendum. Auch wenn es legitim ist, das Referendum zu ergreifen, aber man muss auch die politische Verantwortung für die Folgen tragen, die daraus entstehen. Das Budget unserer Stadt wäre um 15 Mio. besser, der Rückweisungsantrag wäre erfüllt. Danke für die Kenntnisnahme.

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Franziska Kramer für eine persönliche Erklärung.

F. Kramer (EVP): Ich finde es schade, dass es jetzt hier persönlich wird, nachdem wir die Debatte im Gemeinderat eigentlich gut hinter uns gebracht haben. Ich und wir als EVP haben uns von Anfang an überlegt, was wir machen sollen, und ich habe es heute dargelegt, was unsere Gründe sind. Ich habe das schon vor einer Woche (und ich nehme an, es unterliegt nicht dem Kommissionsgeheimnis, was ich selbst gesagt habe) in der AK gesagt, was unsere Gründe sind: Die 15 plus die 8 Millionen. Wir haben auf das hin eine Medienmitteilung geschrieben und das damit in die Welt gesetzt. Das wurde dann auch vom Landboten aufgenommen. Wenn wir nachher in verschiedenen Mails stückchenweise Informationen erhalten, bei denen immer ausdrücklich steht, dass diese geheim sind, dann machen wir nicht eine Kehrtwende in unserer Argumentation, die wir (nachdem wir sie geprüft haben) schon veröffentlicht haben. Und deshalb ist das einfach kein Argument und es ist auch nicht fair, wenn der Stadtrat heute darüber sprechen darf. Das sind dann ungleich lange Spiesse, wenn der Stadtrat über den Inhalt des Novemberbriefs sprechen darf und wir nicht. Wir konnten ihn nicht beurteilen, wir konnten nicht darüber sprechen.

Und darum weiss ich nicht richtig, Kaspar. Wenn wir von jetzt an eine Geheimhaltungsvereinbarung unterzeichnen müssen, bevor wir miteinander sprechen, damit dann nicht plötzlich da in aller Öffentlichkeit diskutiert wird, was wir in Mails und im Gespräch ausgetauscht haben – das finde ich schwierig.

Stadtrat K. Bopp: Ich halte mich ganz kurz. Ich möchte zwei Dinge kurz aufgreifen. Zuerst Urs Hofer: Das Thema erwachsen und nicht erwachsen finde ich noch schwierig. Wir nehmen das sehr ernst, aber wir haben 8 Monate an diesem Budget gearbeitet. Wir haben in diesen 8 Monaten ganz viel geprüft und geschaut und uns Massnahmen überlegt, um es anders zu verbessern. Wir kamen zum Schluss, dass wir sie nicht richtig finden. Selbstverständlich packen wir diese Massnahmen jetzt wieder aus und werden mit diesen Massnahmen das Budget im Sinn des gemeinderätlichen Auftrags verbessern. Dass wir dabei schnell sind, hat nichts damit zu tun, dass das nicht erwachsen ist, sondern einfach damit, dass wir uns bereits unglaublich detailliert mit all diesen Fragen auseinandergesetzt haben.

Und das Zweite zu Franziska: Ich verstehe, dass Du das nicht so geäussert hast hier drinnen. Ich hätte aber erwartet, dass Du auf Äusserungen gegenseitiger Natur – wie das vorhin auch Nicolas gesagt hat - verzichtet hättest und nicht so tun würdest, als hätten wir gar nie darüber gesprochen. Und nicht noch Halbwahrheiten in die Welt setzt, dass sich das Budget noch einseitig verschlechtern könnte. Das wäre meine Erwartung gewesen.

Ratspräsident D. Oswald: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Ich schlage folgendes Vorgehen vor: Dass man zuerst den AK-Auftrag bereinigt in einer 1. Abstimmung, d.h. dass zusätzlich zur Rückweisung der Auftrag des Gemeinderats beschlossen wird, den Ihr vorliegen habt. Und dass wir dann am Schluss über den bereinigten Antrag die Schlussabstimmung machen.

F. Kappler (SP): Für die Schlussabstimmung (nicht für die Bereinigung) beantragen wir Namensaufruf.

Ratspräsident D. Oswald: Wir stimmen gleich über den Ordnungsantrag ab. Es braucht 20 Stimmen, dann ist der Namensaufruf beschlossen.

Wer dem Antrag von Roland Kappeler auf Abstimmung per Namensaufruf zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Das sind eindeutig mehr als 20 Stimmen. Sie haben diesem Antrag zugestimmt, besten Dank.

Als erste Abstimmung kommen wir zur Bereinigung des AK-Antrags.

Wer dem Auftrag zur Bereinigung des Budgets, wie er vorliegt und von Michael Bänninger (EVP) gestellt wurde, zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer den ablehnen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Das erste Mehr ist das grössere Mehr. Ihr habt dieser Bereinigung zugestimmt.

Damit kommen wir zur Schlussabstimmung.

Wer das Budget, so wie es jetzt vorliegt, an den Stadtrat zurückweisen möchte mit dem bereinigten Antrag, stimmt mit Ja.

Wer das Budget nicht zurückweisen möchte, stimmt mit Nein.

Den Namensaufruf macht meine Vizepräsidentin Maria Sorgo.

	Ja	Nein		Ja	Nein
Daniel Altenbach (SP)		X	Tobias Brüttsch (SVP)	X	
Beatrice Bosshard (SP)	--	--	Gabi Gisler-Burri (SVP)	X	
Cristina Bozzi-Brunel (SP)		X	Michael Gross (SVP)	X	
Astrid Erismann (SP)		X	Ch. Hartmann (SVP)	X	
Bea Helbling-Wehrli (SP)		X	Daniel Oswald (SVP)	--	--
Lea Jacot-Descombes (SP)		X	Davide Pezzotta (SVP)	X	
Roland Kappeler (SP)		X	Markus Reinhard (SVP)	X	
Regula Keller (SP)		X	Maria Wegelin (SVP)	X	
Fredy Künzler (SP)		X	Tom Weiler (SVP)	X	
Felix Landolt (SP)		X	Thomas Wolf (SVP)	X	
Pia Schoch (SP)		X	Marc Wäckerlin (PP)	X	
Dominik Siegmann (SP)		X	Urs Bänziger (FDP)	X	

Maria Sorgo (SP)		X	Yvonne Gruber (FDP)	X	
Markus Steiner (SP)	--	--	Felix Helg (FDP)	X	
Silvio Stierli (SP)		X	Romana Heuberger (FDP)	X	
Gabriela Stritt (SP)		X	Urs Hofer (FDP)	X	
Philippe Weber (SP)		X	Thomas Leemann (FDP)	X	
Benedikt Zäch (SP)		X	Christian Maier (FDP)	X	
Reto Diener (Grüne)		X	Raphael Perroulaz (FDP)	X	
Katharina Frei Glowatz (Grüne)		X	Anna Rellstab-Schneider (FDP)	X	
Christian Griesser (Grüne)		X	Monica Della Vedova (GLP)	X	
Memduha Tüfekci (Grüne)		X	Urs Glättli (GLP)	X	
Nina Wenger (Grüne)		X	Andreas Gütermann (GLP)	X	
Katharina Gander (AL)		X	Samuel Kocher (GLP)	X	
Roman Hugentobler (AL)		X	Markus Nater (GLP)	X	
Michael Bänninger (EVP)	X		Annetta Steiner (GLP)	X	
Barbara Huizinga (EVP)	X		Martin Zehnder (GLP)	X	
Franziska Kramer-Schwob (EVP)	X		Andreas Geering (CVP)	X	
Daniela Roth-Nater (EVP)	X		Iris Kuster (CVP)	X	
			André Zuraikat (CVP)	X	
			Zeno Dähler(EDU)	X	

Ratspräsident D. Oswald: Ihr habt dem Rückweisungsantrag mit 34 zu 23 Stimmen zugestimmt.

Damit ist das Traktandum 2 und das Budget 2021 für heute Abend abgeschlossen.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2020.30: Verpflichtungskreditabrechnungen per 31.12.2019

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat der Kommissionspräsident der AK, Felix Helg.

F. Helg (AK): Die Aufsichtskommission war bei diesem departementsübergreifenden Geschäft die federführende Kommission.

Die einzelnen Sachkommissionen haben die Abrechnungen geprüft und einstimmig verabschiedet:

- Kommission Bau und Betriebe, 22. Juni 2020: Erschliessungsstrasse/Frauenfelderstrasse, Neubau Knoten;
- Kommission Bildung, Sport und Kultur, 28. September 2020: Kauf Liegenschaft Rudolf Diesel-Strasse 10;
- Kommission Sicherheit und Soziales, 28. September 2020: Gesamtanierung Alterszentrum Adlergarten.

Die AK hat am 19. Oktober 2020 von den Kommissionsergebnissen Kenntnis genommen und ihrerseits der Vorlage einstimmig mit 10:0 zugestimmt.

Ratspräsident D. Oswald: Wenn keine weiteren Wortmeldungen zu diesen Verpflichtungskreditabrechnungen vorliegen, habt Ihr diese so abgenommen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2020.89: Verpflichtungskreditabrechnungen per 30.06.2020

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat der Kommissionspräsident der AK, Felix Helg.

F. Helg (AK): Auch bei diesem Geschäft lag die Federführung bei der Aufsichtskommission. In den Zuständigkeitsbereich der AK selbst fallen die Ertüchtigung des Rechenzentrums und die Gesamtanierung der Asylunterkunft Hegifeldstrasse 76a/76b. In der AK ergaben sich keine Einwände zu diesen Abrechnungen.

Die Kommission Bildung, Sport und Kultur hat den sie betreffenden Teil der Abrechnungen, nämlich den Kredit ICT-Primar, am 28. September 2020 geprüft und einstimmig verabschiedet.

Die AK hat am 19. Oktober 2020 vom Ergebnis der BSKK-Abstimmung Kenntnis genommen und ihrerseits die Vorlage einstimmig mit 10:0 verabschiedet.

Ratspräsident D. Oswald: Auch da sind keine weiteren Wortmeldungen bekannt. Damit ist auch diesem Geschäft zugestimmt und es ist damit erledigt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2020.40: Kredit von Fr. 950'000 für die Revitalisierung des Niederfeldbachs (Projekt-Nr. 11379)

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Christian Hartmann.

Ch. Hartmann (BBK): Ich orientiere Euch über das Geschäft zur Revitalisierung des Niederfeldbachs. Wir sprechen da von einer Strecke von ca. 375 m und angesichts der Grösse dieses Baches doch von beeindruckender Komplexität des Falles.

Es geht um die Sanierung von einem Betonrohr von 1937, die nicht so einfach ist, weil man es nicht einfach ausgraben, ersetzen und wieder eingraben kann, weil es ein Wiedereindeckungsverbot gibt. Zusätzlich ist das Problem, dass der Rohrquerschnitt von 1937 ein bisschen knapp ist und deshalb für ein Jahrhunderthochwasser als ungenügend angeschaut wird. Auf Details komme ich später noch. In diesem Zusammenhang gilt es auch zu beachten, dass die Siedlung Hardau im Niederfeld mit einem weitgehenden Bauverbot belegt ist, weil das Betonrohr vom Niederfeldbach unter dieser Siedlung durchgeht. Und solange das nicht saniert ist, kann man dort keine baulichen Veränderungen mehr machen.

Wir sprechen da von einem Gewässerraum, den man aufgrund von übergeordneten Vorgaben mindestens auf 11 m Uferquerschnitt ausbauen muss, wenn man den Niederfeldbach offenlegt. Diese 11 m gehen weg von der landwirtschaftlichen Fruchtfolgefläche, für die man mit einem separaten Projekt für Ersatz sorgen möchte. Es ist klar, wenn man einen Bach von seiner unterirdischen Führung befreit, dann hat das offensichtlich eine ökologische Aufwertung und Vernetzung zur Folge.

Wir sprechen für die 375 m von Kosten von gut einer Million, davon 175'000 zulasten der Stadt. Warum nur so wenig? Es gibt namhafte Beiträge von Bund, Kanton und Fonds. Im Detail werden wir das noch anschauen.

Das ist eine Orientierung darüber, wo das Ganze stattfindet in Wülflingen. Wenn man unten rechts aus der Karte gehen würde, käme man Richtung Wülflingen/Lindenplatz. Wenn man der Töss weiter folgt, oben aus dem Bild hinaus, dann kommt man Richtung Tössallmend und Pfungen. Wenn man den Bach anschaut, dann fängt der links im Wald oben an, das ist blau gestrichelt. Das ist natürlich oberirdisch. Er geht dann am Anfang des Industriegebiets in die erste Dole, das ist gestrichelt rot dargestellt. Er kommt dann kurz an die Oberfläche, bevor er wieder durch die Dole und am Schluss unter der Hardau durch und in die Töss geht. Das, worüber wir heute sprechen, ist das, das rot im rechten Feld mit «Projektabschnitt» bezeichnet ist. Das ist der offene Verlauf in blau und der gestrichelte, der unterirdisch geführt wird. Der ganze Teil links - der Wald sowieso nicht, aber auch die Dole, die durch das Industriegebiet geht - ist nicht Gegenstand der Beratung.

Wenn man das ein bisschen genauer anschaut, besonders bei der Siedlung Hard, dann ist das der Plan, wie man den freigelegten Niederfeldbach rund um die Siedlung Hard herum führen möchte, was letztlich Voraussetzung dafür ist, dass das durch den kommunalen Gestaltungsplan Hardau auferlegte Bauverbot aufgehoben werden kann.

Kommen wir zu den Kosten: Im Detail sind die auch in den Unterlagen, die der Stadtrat geliefert hat. Insgesamt kostet das 1.07 Mio. Davon haben wir bereits früher einen Planungskredit von 120'000 Fr. bewilligt. Es bleibt der jetzige Antrag vom Stadtrat von 950'000 Fr. übrig. Wir haben unten bei den Bruttoinvestitionen von 1.07 Mio. die diversen namhaften Beiträge von Dritten, insbesondere der Ökofonds Kleinwasserkraftwerk Hard mit 110'000, der EKZ-Fonds Naturmade-Star mit maximal einer Viertelmillion und dann die Beiträge von Bund und Kanton. Es bleiben übrig Kosten von 175'000. Von diesen haben wir 120'000 bereits bewilligt, also sprechen wir eigentlich noch von Ausgaben zulasten der Stadt von 50'000 Fr.

Die BBK machte zwei Lesungen zum Thema, was an und für sich ungewöhnlich ist. Wir sahen beim 1. Mal eine Präsentation dazu mit einem plätschernden Bach durch das grüne Feld, was - wie sich dann herausstellte - v.a. illustrativ war, weil sich eigentlich niemand daran erinnern kann, dass der Niederfeldbach je Wasser geführt hat. Und das war dann auch der Grund, weshalb es gewisse Vorbehalte gab gegenüber dem Nutzen des vorgestellten Projekts. Und der zweite war dann in der Konsequenz die Frage, ob die Revitalisierung eines trockenen Baches die Kosten von über 1 Mio. wirklich rechtfertigt.

Das wurde abgeklärt. Zum einen haben wir gelernt, dass bei einem Jahrhunderthochwasser durchaus auch trockene Bäche signifikant Wasser führen können, das dann nicht mehr durch die Röhren von 1937 passt und dann durchaus zu Überschwemmungen führen können.

Die Alternativvariante bei der Frage, ob es auch billiger geht ergab dann, dass alle anderen Varianten entweder nicht bewilligungsfähig sind (z.B. Wiedereindolung), oder dass das Bauverbot nicht aufgehoben werden könnte und sich der Hochwasserschutz nicht verbessern würde. V.a. aber hätten diese Projektvarianten massive Rückgänge der Drittbeiträge zur Folge, was dazu führen würde, dass jede dieser Varianten zu Lasten der Stadt Winterthur teurer gewesen wäre als die vorliegende.

Die BBK hat diesem Kredit 7:1 zugestimmt.

Das waren meine Ausführungen zu diesem Thema. Bei der 1. Lesung war ich noch nicht Mitglied der BBK. Vielleicht hat jemand von den Kollegen noch etwas zu ergänzen.

M. Bänninger (EVP): Ganz nach dem Motto: Revitalisierung sehr gerne, aber bitte genau hinschauen, wo wir revitalisieren wollen und was es uns kosten darf. Wir konnten von der Verwaltung vernehmen und es wurde auch ausgeführt, dass das uns vorliegende Projekt die kostengünstigste Variante ist von allen Optionen. Das nehmen wir zähneknirschend zur Kenntnis. Die Natur und somit auch die Revitalisierung liegt uns am Herzen und ist uns wichtig. Aber wir erachten es schon als sehr wichtig, dass wir den Grundsatz der Verhältnismässigkeit ebenfalls berücksichtigen. Einmal mehr sehen wir, dass kantonale und/oder nationale Vorgaben auch auf die Stadtkasse drücken, sei es die Denkmalpflege oder wie hier der Ge-

wässerschutz. Sicher ist ab einer gewissen Gewässergrösse ein Uferbereich von 11 m adäquat und lädt zum Verweilen ein. Auch soll ab einer gewissen Gewässergrösse die hundertjährige Hochwassermenge berücksichtigt werden. Jedoch: Soll diese Elle auch auf das Niederfeldbächli angewendet werden? Wir setzen da ein grosses Fragezeichen.

Beim vorliegenden Projekt wurde uns aufgezeigt, dass ein beachtlicher Teil durch Drittmittel finanziert werden kann. Durch die Investition von Seiten der Stadt gibt es für die Grundeigentümer der Siedlung Hard wieder eine Möglichkeit, ihre Eigenheime weiterzuentwickeln. Und der Niederfeldbach wird hoffentlich wieder zu einem erholsamen Spiel- und Naherholungsort – wenn er denn einmal Wasser führt.

Wir stimmen der Weisung zu.

M. Nater (GLP): Das Projekt wurde uns in der 1. Sitzung sehr positiv mit den Vorteilen Hochwasserschutz, Renaturierung, Naherholung, Wegfall Bauverbot Hard und nur geringem Anteil Stadt an den Projektkosten verkauft. Ich hätte mir schon noch gewünscht, dass von Anfang an die kritischen Aspekte und möglichen Alternativvarianten von der Stadt thematisiert worden wären. Ich hatte leicht den Eindruck, dass eine Auseinandersetzung mit dem Projekt von der Stadt nicht gewünscht wurde, sondern eher ein Abnicken von unserer Seite.

Bei der 2. Vorstellung wurde dann Klarheit und Transparenz geschaffen, was eine sehr gute Reaktion der Stadt war. Der Bach kann mit den neuen Informationen ohne Beleidigung als ein Rinnsal bezeichnet werden, was nichts anders ist als ein kleines, langsam fliessendes Gewässer, das ab und zu auch austrocknen kann. Auch für den Hochwasserschutz ist momentan kein grosser Mehrwert vorhanden, da das Wasser vom Wald dann immer noch durch eine Röhre von 20 cm Durchmesser abgeführt werden muss. Auch das ökologische Potenzial ist gemäss Kanton klein.

Was jedoch bei der 2. Lesung ganz klar ersichtlich wurde, sind die grossen Vorteile bei den Kosten für die Stadt Winterthur. So müssen die über 80 Jahre alten Betonröhren unter der Hard bald ersetzt werden. Und bei einem Ersatz fällt auch das Bauverdichtungsverbot in der Hard weg. Die von der Stadt vorgeschlagene Variante wird von Bund, Kanton und Ökofonds unterstützt, wodurch von rund 1 Mio. Kosten nur rund 175'000 bei der Stadt verbleiben. Alle anderen aufgezeigten Varianten sind für die Stadt mindestens doppelt so teuer.

Auch die Renaturierung mit dem 11 m breiten Grünstreifen hat gerade in der intensiv genutzten Landwirtschaftsfläche einen hohen Stellenwert. Das wird ein grünes Band durch eine offene Fläche werden und es wird auch für die Naherholung einen starken Mehrwert generieren, da dieses Gebiet ein beliebtes Spaziergebiet für die Wülflinger Bevölkerung ist.

Wir von der GLP unterstützen den neuen Naturraum, auch für Reptilien und Vögel, in Wülflingen, und stimmen diesem Kredit zu.

R. Diener (Grüne/AL): Auch von meiner Seite, aus Sicht der Grünen/AL, eine Zustimmung zu diesem Projekt. Ich möchte mich auch noch für die Vorstellung bedanken. Es ist insgesamt ein gutes, ein kleines Projekt. Auch wenn der Niederfeldbach über das Jahr nur wenig Wasser führt, manchmal sogar keines, ist das wegen der Hochwassergefährdung, die wir da haben, etwas, wo wir handeln müssen. Das ist nicht nur in Winterthur so, da hat es auch Beispiele, die man so behandelt hat, das trifft schweizweit auf zigtausende von Bächen zu. Das Risiko vom Hochwasser, das wir so reduzieren können, ist halt immer gegeben und das darf man nicht unterschätzen.

Eine Verlegung und Ausdolung, weg vom Siedlungsgebiet Hardau, war ja auch eine wichtige Voraussetzung, die man damit abdecken wollte, das ist richtig. Das hat man dort festgelegt und es soll auch umgesetzt werden. Die Gründe dafür haben wir gehört. Wir haben viele verschiedene Anforderungen, die mit diesem Projekt umgesetzt werden und gut miteinander vereinbart werden können: Gewässerfreilegung, Aufhebung Bauverbot in der Siedlung, Vorgaben des Kantons und Gewinn für die Biodiversität, neben dem Hochwasserschutz, der bereits erwähnt wurde.

Alle möglichen Varianten, das haben wir gehört, u.a. auch mit Teilumsetzungen, würden insgesamt die Stadt Winterthur wesentlich mehr kosten und wären in manchen Varianten, die

wir gezeigt bekommen haben, gar nicht umsetzbar. Die Abklärungen der Stadt, ich möchte mich dafür sehr bedanken, waren diesbezüglich sehr unzweideutig.

Einen letzten Nachsatz kann ich mir leider nicht verklemmen: Die unterschwelligen Vorwürfe, die jetzt wieder bei diesem Projekt kamen, die Stadt arbeite nicht professionell oder nicht effizient oder was auch immer, wurden einmal mehr völlig widerlegt. Man legte ein gutes Projekt vor, das gut abgeklärt war, und man konnte sehr gut zeigen, dass es auch wirklich professionell vorbereitet war.

Z. Dähler (CVP/EDU): Das Projekt war gut vorbereitet, aber vielleicht nicht kreativ. Markus hat einen interessanten Ansatz genannt, indem er sagte, dass der Niederfeldbach halt eben kein Bach ist, sondern ein Rinnsal. Man könnte auch einfach hingehen und sagen, man spricht dem Niederfeldbach das Recht ab, ein Bach zu sein, und sagen, es ist ein Graben, um das Regenwasser abzuleiten. Wenn wir das gemacht hätten, hätten wir es durchaus einholen können, wie wir das überall in der Stadt machen, um das Regenwasser abzuleiten. Nur: Eine solche Recht-Aberkennung eines Baches ist noch nie passiert und hätte extrem lange gedauert. Darum ist die Lösung, die wir jetzt haben, anscheinend doch die beste der schlechten. Es wäre einfach zu lange gegangen. Und um das Bauverbot aufzuheben für die Eigentümer in der Hard-Siedlung unterstützen wir als CVP/EDU-Fraktion diese Vorlage.

F. Landolt (SP): Wir stimmen dem Projekt ebenfalls zu, dem Kredit von Brutto 950'000 Fr. Natürlich ist es kein weltbewegendes Projekt und natürlich führt der Bach relativ oft nicht viel Wasser oder gar kein Wasser, aber immerhin hat das Projekt über verschiedene Bewilligungsinstanzen von Kanton und Gemeinde – der Referent hat das auch erwähnt - eine 5jährige Geschichte hinter sich und ist jetzt eigentlich bewilligungsfähig.

Wichtig scheint, dass die betroffenen Eigentümer der Hardau nicht mehr nur Bestandesgarantie haben, sondern vollständiges Eigentumsrecht erhalten, inklusive dem Recht, im Rahmen des Gestaltungsplans ihre Häuser zu verändern und zu erweitern.

Und wichtig scheint auch, dass die zugesagte grosszügige Spende von der Gemeinschaft Hard über 110'000 Fr. fristgerecht bezogen wird. Das Tiefbauamt hat jetzt noch 5 Tage Zeit, um in dieser Sache Kontakt aufzunehmen. Und ich hoffe, das gelingt und die 110'000 Fr. zugesagten Gelder werden auch fliessen. Wir bedanken uns für diese Grosszügigkeit bei der Gemeinschaft Hard.

In der BBK wurde sehr viel Energie aufgewendet, dem federführenden Tiefbauamt mangelnde Optimierungen vorzuwerfen. In der 2. Lesung konnte dann aber der zuständige Projektleiter klar aufzeigen (es wurde jetzt auch anerkannt), dass die Projektmöglichkeiten ausgeschöpft wurden und die vorliegende Version die optimale ist betreffend Finanzen, betreffend Ökologie und betreffend Artenvielfalt.

Ich freue mich, wenn der Niederfeldbach wieder offen geführt ist und wenigstens bei Starkregen noch Wasser führt und die Begrünung zum Verweilen einlädt.

R. Heuberger (FDP): Eigentlich, da müssen wir ehrlich sein, ist die Vorlage ein Schildbürgerstreich. Wir renaturieren für rund 1 Mio. Franken einen Bach, der selbst Ende August, als wir Hochwasserwarnungen hatten in der ganzen Region, kein Wasser geführt hat. Die Wahrscheinlichkeit, dass mit diesem Bach je einmal ein schönes Bächlein durch das Quartier fliesen wird und damit das Quartier bereichert – es wurde schon gesagt – und einen ökologischen Mehrwert generiert, tendiert gegen Null. Der Renaturierungswert ist damit, ehrlich gesagt, eher gering. Wir bereiten einen Bach auf ein Jahrhunderthochwasser vor, das gar nicht bis zu diesem Teil des Baches kommen würde, weil der Bach weiter oben bereits kanalisiert ist und das Jahrhundertwasser dort steckenbleiben würde oder über die Ufer treten würde. Bis zu unserem Teil des Baches, den wir jetzt da diskutieren, kommt das Hochwasser gar nicht.

Weshalb sagen wir trotzdem Ja zu dieser Renaturierung? Es wurde gesagt: Damit das Bauverbot in der Hardau aufgehoben wird. Die bestehende Eindolung muss saniert werden, sie ist am Ende der Lebensdauer. Und gesetzlich haben wir gar keine anderen Möglichkeiten als diesen Bach zu renaturieren. Das gibt uns die kantonale Gesetzgebung vor. Damit haben wir

nur noch zwei Varianten als Lösung: Inliner-Sanierung - diese hebt uns aber das Bauverbot nicht auf und es käme uns, wie Christian Hartmann gut aufgezeigt hat und wofür ich herzlich danke, am Schluss teurer. Auch ein verkürztes Projekt, das man effizienter umsetzen könnte und das insgesamt weniger kosten würde, würde uns wegen dem geringeren kantonalen Beitrag und dem Wegfall der privaten Beiträge teurer zu stehen kommen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Wenn wir das Bauverbot aufheben wollen, müssen wir dieses Projekt kostengünstig umsetzen.

Und ich erlaube mir jetzt an dieser Stelle noch eine Bemerkung an Reto Diener und Felix Landolt. Ich möchte mich in aller Form dagegen verwehren, dass wir in der Kommission dem Tiefbauamt vorgeworfen hätten, es sei ineffizient gearbeitet worden. Wir haben in der 1. Lesung dieser Vorlage zugestimmt und wir haben alle miteinander nachher gesagt, wir hätten gerne eine 2. Lesung, weil wir besser verstehen wollen, warum sie es so gelöst haben und nicht anders. Und genau diese Antworten sind gekommen. Christian Hartmann hat sie in seinem Referat bedankt. Wir müssen sagen: Mit den Rahmenbedingungen, die wir haben, ist es schlicht die einfachste und effizienteste Lösung für dieses Problem. Die Rahmenbedingungen können wir nicht ändern und der Gestaltungsplan Hardau ist, wie er ist. Er wurde 2014 verabschiedet.

Und deshalb werden auch wir dieser Vorlage zustimmen.

Ch. Hartmann (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt diese Vorlage ab. Und zwar erstens mit der einfachen Begründung: Es gibt keinen Bach. Und Wasser auch nicht.

Natürlich sehen wir das Problem mit dem Bauverbot in der Hardau. Aber da sind wir der Meinung, dass es nicht akut dringend ist und wir können die Zeit, bis man dann diese Röhre tatsächlich sanieren muss, auch in Diskussionen mit dem Kanton investieren, ob man das Bauverbot nicht sonst aufheben kann oder ob man auf übergeordneter Ebene die Regelungen anpassen könnte.

Das Zweite, das uns sehr stört, ist, dass man mit den betroffenen Landwirten keine zufriedenstellenden Lösungen finden konnte (obwohl wir da auch anderslautende Informationen erhalten haben von der Verwaltung) betreffend dem Realersatz von dem Land, das für die Renaturierung vom nicht existierenden Bach verwendet wird.

Die SVP-Fraktion lehnt deshalb die Vorlage ab.

M. Wackerlin (PP): Das ist schon ein bisschen seltsam, was wir da machen und ich kann es irgendwie gar nicht glauben, diese Diskussion, die ich da erlebe. Wir haben vor weniger als einer Stunde über das Budget diskutiert und wie schlimm wir stehen und wie wir auf unser Geld aufpassen müssen. Und jetzt schmeissen wir eine Million raus, um einen Bach zu sanieren, der kein Bach ist - es ist absoluter Wahnsinn.

Stadträtin Ch. Meier: Ich möchte mich auch bei Christian Hartmann für die Präsentation der Vorlage bedanken und bei den BBK-Mitgliedern für die Diskussion. Den Nicht-BBK-Mitgliedern, die sich jetzt geäußert haben, empfehle ich für nächstes Mal, die Weisung doch bitte zu lesen, bevor man sich dazu äussert.

Wir haben es gehört: Es werden ein paar Probleme angegangen mit dieser Vorlage. Wir haben Vorgaben für einen Hochwasserschutz, auch wenn es an diesem besagten Tag, an dem es tatsächlich regnerisch war im Kanton Zürich, in diesem Bach wenig Wasser hatte. Das hat v.a. damit zu tun, dass weiter oben relativ viel Wasser versickert. Wir haben über das auch gesprochen in der BBK. Es wäre selbstverständlich schön, wenn wir dann in einem späteren Schritt auch den oberen Teil des Niederfeldbachs renaturieren und revitalisieren könnte und dort eben auch schauen könnte, dass weniger Wasser versickert, weil das für das Ökosystem tatsächlich sehr wertvoll wäre. Wir haben da jetzt aber eben wirklich eine schlanke, pragmatische Vorlage, die eben wirklich die dringenden Probleme angeht. Und die dringenden Probleme sind die kantonalen und Bundesvorgaben und das dringende andere Problem ist das Bauverbot in der Siedlung Hardau, bei dem die Stadt in einer Verpflichtung ist, um dieses Bauverbot aufzuheben.

Wir haben sehr wohl auch schon in der 1. Lesung präsentiert, dass wir Alternativen angeschaut haben. Es ist selbstverständlich völlig in Ordnung, wenn es eine 2. Lesung gibt, bei der man gewisse Fragen auch nochmals vertieft anschaut. Romana hat Recht, in der BBK kamen nicht Vorwürfe, die Verwaltung hätte unprofessionell gearbeitet. In den Voten heute Abend hat es ein bisschen anders ausgesehen, aber das scheint einfach ein bisschen die Tonalität des heutigen Abends zu sein.

Vielen Dank für die voraussichtlich grosse Annahme dieses Geschäfts.

Ratspräsident D. Oswald: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer diesem Kredit von 950'000 Fr. zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer den Kredit ablehnt, soll das ebenfalls mit Handerheben bezeugen.

Ihr habt diesem Kredit mit grossem Mehr zugestimmt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2020.99: Änderung der Verordnung über Alters- und Pflegeeinrichtungen vom 15. September 2008

Ratspräsident D. Oswald: Das Wort hat Markus Reinhard.

M. Reinhard (SSK): Ich darf euch das Geschäft 2020.99, Änderung der Verordnung über Alters- und Pflegeeinrichtungen vom 15. September 2008 vorstellen.

Bei den Anpassungen an den einzelnen Artikeln handelt es sich mehrheitlich um terminologische Anpassungen an die heutzutage verwendeten Begriffe, eine Anpassung ans kantonale Gemeindegesetz hinsichtlich der Rechtsmittel sowie die Aufhebung von Artikel 6, Absatz 1, welcher bislang festlegte, dass der Stadtrat in der Taxordnung das System der ärztlichen Versorgung regelt. Dieses operative, aber sachfremde Thema gehört nicht in die Taxordnung und soll dort entfernt werden und dafür müssen die vorliegende Verordnung anpassen.

Die wichtigste Änderung an diesem Geschäft ist hingegen die Schaffung der gesetzlichen Grundlage für eine einheitliche Betreuungstaxe in den Alter- und Pflegeeinrichtungen der Stadt Winterthur. Es geht hierbei also lediglich um die Betreuungsleistungen in diesen Einrichtungen nicht, aber um die Pflegekosten oder die Pensionstaxe, also die Hotellerie-Leistungen.

Unter die Betreuungstaxe fallen Leistungen wie 24-Stundenpräsenz, Unterstützung in der Alltagsgestaltung, das Bereitstellen einer Tagesstruktur, Anlässe, Ausflüge und dergleichen. Diese Leistungen werden bis heute in Abhängigkeit zum jeweiligen Pflegebedarf der Bewohnerin oder des Bewohners erhoben.

Das aktuelle Betreuungstaxen-Modell ist damit schwer nachvollziehbar. Die progressive Abstufung der Betreuungstaxen führt bei einem Wechsel der Pflege-Einstufung zu sprunghaften Veränderungen bei den Betreuungskosten, die von den Bewohnenden selbst bezahlt werden müssen und häufig zu Unverständnis und zu Reklamationen führen.

Der Pflegebedarf, welcher nach dem BESA-Modell erhoben und festgelegt wird, hat keinen sachlichen Zusammenhang mit den Betreuungskosten, welche die Grundleistungen für jede Bewohnerin und jeden Bewohner darstellen. Eine Kopplung dieser Betreuungskosten an den effektiven Pflegebedarf einer Person macht also keinen Sinn, führt zu Intransparenz und zu einer Quersubventionierung von Personen mit tieferer Pflege-Stufe durch Personen mit höherer Pflege-Stufe.

Die betrieblichen Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen diese Tatsache. Personen mit niedrigem Pflegebedarf nehmen öfter an Betreuungsleistungen teil, u.a. gerade auch deshalb, weil sie gesundheitlich dazu in der Lage sind. Personen mit einem höheren Pflegebedarf weisen demgegenüber in der Regel einen geringeren Betreuungsbedarf aus als angenommen.

Zudem führt das heutige System dazu, dass bei einem Anstieg der Pflege-Stufe aufgrund eines erhöhten Pflegebedarfs die Kosten für die Betreuungsleistungen sprunghaft steigen, was wie bereits oftmals zu grossen Fragen und Unmut führt.

Wenn zum Beispiel eine Bewohnerin infolge ihres Blutzuckers und damit neu nötig werden der regelmässigen Blutzuckermessungen in der Pflege von der Stufe 2 in die Stufe 3 eingeteilt wird, steigen die Betreuungskosten sprunghaft um 1'200 Franken pro Monat an. Dies ist wirklich unverständlich und schwer erklärbar.

Wir schaffen mit dieser Änderung also die gesetzliche Grundlage, um diese Intransparenz und diese sachlich nicht begründete Kopplung dieser beiden Leistungen zu bereinigen und damit die Kostentransparenz und -wahrheit für die Bewohnerinnen und Bewohner sicherzustellen. Mit dieser Ordnungsänderung ermöglichen wir dem Stadtrat die Taxordnung, welche sich in seiner Kompetenz befindet, entsprechend anzupassen und eine einheitliche Betreuungstaxe für alle Bewohnerinnen und Bewohner einzuführen.

Von dieser Änderung werden rund 50% der heutigen Bewohnerinnen und Bewohner initial in einem negativen Sinne (höhere Kosten) betroffen sind und die anderen 50% werden tiefere Kosten begleichen müssen. Es ist aber so, dass nach der initialen Änderung (sei sie im Einzelfall positiv oder negativ) die Kosten stabil bleiben, es nicht mehr zu Sprüngen kommt und es somit auch besser planbar wird. Um die Umsetzung verträglich und fair zu gestalten, gibt es eine Härtefallregelung, die vorgesehen ist für jene Bewohnerinnen und Bewohner, bei welchen die Kosten initial mehr als 15% steigen. Diese Übergangsregelung ist auf 2 Jahre befristet.

Rund 70% der Heime in der Schweiz arbeiten bereits mit einer einheitlichen Betreuungstaxe und nicht mehr mit der Koppelung an den sachlich fremden Pflegebedarf. Auch grosse private Dienstleister in diesem Sektor wie die Tertium-Gruppe arbeiten mit einem Einheitstarif. Da sich auch die privaten Marktteilnehmer in Winterthur am Tarifsystem der Stadt orientieren, ist in Winterthur das bisherige System noch Usanz. Gespräche mit den privaten Anbietern haben aber ergeben, dass auch sie sich nach einem Wechsel an der neuen städtischen Vorgehensweise orientieren werden.

Der vorgesehene Systemwechsel ist also nötig, damit Verursachergerechtigkeit geschaffen wird, keine Quersubventionen zwischen Bewohner unterschiedlicher Pflegestufe mehr erfolgen und dieses Modell entspricht auch der Empfehlung der Fachverbände und dem Preisüberwacher, der das heutige System bereits angemahnt hat.

Die Kommission hat diesem Geschäft mit 8:1 Stimmen zugestimmt. Die eine Gegenstimme resultierte insbesondere daher, da das Geschäft in dieser Fraktion noch nicht beraten wurde.

K. Frei (Grüne/AL): Ich danke Markus Reinhard ganz herzlich für die ausführliche und inhaltlich sehr gute, korrekte Vorstellung des Geschäfts. Ich kann dem eigentlich gar nichts mehr beifügen, ich würde nur ihn wiederholen. Für die Fraktion Grüne/AL kann ich sagen, dass wir diesem Geschäft auch zustimmen, weil wir diese Ordnungsänderung total folgerichtig und zeitgemäss finden.

B. Helbling (SP): Die SP-Fraktion stimmt der vorliegenden Änderung der Verordnung über Alters- und Pflegeeinrichtungen zu. Eine pauschale Betreuungstaxe macht auch für uns Sinn. Es dient der Nachvollziehbarkeit für die Bewohnenden der Alterszentren und auch deren Familien. Die derzeitige Praxis, die die Betreuungstaxe an den Pflegebedarf koppelt, ist wie erwähnt nicht mehr zeitgemäss. Und, wie schon gesagt, innerhalb der Stadt bestätigen die Ergebnisse einer Arbeitserfassung durch einen externen Spezialisten, dass eine Koppelung der Betreuungstaxen an den Pflegebedarf die effektive Situation nicht abbildet.

Ein grosser Vorteil von dieser Vereinheitlichung des Tarifs betrifft die Kostensicherheit, wenn jemand in eines der Alterszentren eintritt. Die Kosten bleiben nachher weitgehend gleich. Und diese Praxisänderung führt auch zu einer administrativen Entlastung der Betriebe.

Bewohnende, die jetzt schon in den Alterszentren leben, werden die Anpassung der Verordnung natürlich spüren. Deshalb finden wir es sehr wichtig, dass eine zweijährige Übergangs- und Härtefallregelung vorgesehen ist, die die zu starken finanziellen Belastungen dann abmildern kann.

Wie schon gesagt: Wir stimmen der Änderung zu.

U. Bänziger (FDP): Vielen Dank an Markus Reinhard für die detaillierte Vorstellung des Geschäfts. Die FDP-Fraktion befürwortet das Geschäft 20.99 vollumfänglich. Der Pflegebedarf, auf dessen Basis heute die Betreuungskosten berechnet werden, hat keinen sachlichen Zusammenhang mit genau diesen Betreuungskosten. Es entstehen keine zusätzlichen Gebühren, die bestehenden Kosten werden unter den Bewohnenden fairer verteilt. Es sind genau die Bewohnenden mit hohem Pflegebedarf, welche am Betreuungsangebot oft wenig teilnehmen können. Aber heute werden sie am meisten belastet. Der vorgesehene Systemwechsel ist sinnvoll und fair und entspricht auch den Empfehlungen der Fachverbände.

A. Geering (CVP/EDU): Die aktuellen Betreuungstaxen unserer Alters- und Pflegeeinrichtungen haben tatsächlich ein grosses Problem, wie es Markus Reinhard bei der Vorstellung des Geschäfts dargelegt hat. Die Höhe der Betreuungstaxe ist an den Pflegegrad der Bewohnenden gekoppelt. Je höher der Pflegebedarf, desto höher auch die Betreuungstaxe. Und das, obwohl mit höherem Pflegebedarf die Betreuungsleistungen tendenziell eher sinken. Konkret: Wenn eine Person ein neues Gesundheitsproblem entwickelt, steigen damit auch die Betreuungskosten. Das Beispiel Diabetes wurde bereits erwähnt. Man kann es aber auch weiterdenken: Wenn eine Person bettlägerig wird, nimmt die Pflege zu. Und die Betreuungskosten steigen auch entsprechend, obwohl die Betreuungsleistungen gar sinken. Insofern hat auch der Preisüberwacher unser aktuelles System schon kritisiert, was auch bereits gesagt wurde. Neu wird die Betreuungstaxe mit einer Einheitstaxe, quasi einer Flatrate, berechnet. Wir begrüßen dies. Vor allem aus Sicht der Bewohnenden ist es ein Gewinn, dass die Betreuungskosten über die gesamte Zeit im Alterszentrum planbar sind und nicht durch Gesundheitseinflüsse hochschnellen.

Wir haben uns dann in der Fraktion gefragt, was das denn für diese Taxen bedeutet, wenn die vom Stadtrat neu festgelegt werden. Wir haben uns aber versichern lassen, dass nicht ein ungerechtfertigter Tarifsprung möglich ist, weil ja letztendlich durch übergeordnetes Recht auch festgesetzt ist, dass diese Taxen, auch die Betreuungstaxen, zwar kostendeckend sein müssen, aber keinen Gewinn ermöglichen dürfen. Insofern sind wir sicher, dass der Stadtrat, wenn er dann diese Taxordnung festlegen würde, gestützt auf die Verordnung, die wir heute beschliessen, auch diesen beiden Grundsätzen Rechnung tragen würde.

Die CVP/EDU-Fraktion stimmt den Änderungen zu.

M. Reinhard (SVP): Ich darf die Haltung der SVP darlegen. Ich kann es kurz machen. Die SVP-Fraktion stimmt der Verordnungsänderung zu, da sie Sinn macht, stringent begründet ist und die notwendigen gesetzlichen Grundlagen schafft, damit die Taxordnung des Stadtrates den heutigen Bedürfnissen angepasst werden kann.

Die Abkoppelung der Betreuungskosten von der Pflegeeinstufung ist nötig, da das heutige System zu Ungerechtigkeiten und Quersubventionen führt und Bewohnerinnen und Bewohner durch riesige Kostensprünge belastet. Mit der einheitlichen Betreuungstaxe steigt die Planungssicherheit, was die Heimkosten betrifft, für die Angehörigen und Bewohnerinnen und Bewohner und die Kostenwahrheit für bezogene Leistungen wird sichergestellt und auch die nötige Transparenz garantiert. Die initial zu erwartenden Kostensteigerungen müssen wir in Kauf nehmen, damit wir mittel- bis langfristig eine bessere und einheitliche Lösung ermöglichen und keine solchen Kostensprünge mehr produzieren. Diese Tarifierhöhungen werden richtigerweise durch eine Härtefallregelung abgefedert.

Die SVP-Fraktion stimmt diesem Geschäft einstimmig zu.

M. Zehnder (GLP): Wir von der GLP-Fraktion finden die Anpassung der Verordnung sinnvoll. In der Weisung wird beschrieben, dass schon 70% der Pflegeinstitutionen in der Schweiz eine einheitliche Betreuungstaxe verrechnen. Dass Winterthur das bei den Taxen nachvollzieht, was schon viele andere so machen, und nicht eigene Lösungen sucht oder sogar eine Vorreiterrolle einnehmen möchte, das erachten wir als zielführend. Dass der Stadtrat gewillt

ist, dort, wo die Preise steigen, mit Übergangsfristen und Härtefallregelungen entgegenzukommen, zeigt, dass der Stadtrat die Probleme bei der Anpassung einer Taxordnung erkannt hat. Es wird wahrscheinlich Einsprachen geben. Aber wir haben für die Alterszentren eine faire und bereits weitverbreitete Leistungs- und Taxordnung erhalten.

Die GLP-Fraktion stimmt dieser Weisung zu.

Stadtrat N. Galladé: Besten Dank für diese positive Aufnahme und diese Voten. Insbesondere an Markus Reinhard für sein Referat. Ich habe eigentlich seinem Referat und allen folgenden nichts mehr hinzuzufügen, das einen Mehrwert ergeben würde. Ausser die Feststellung, dass ich wieder einmal in Quarantäne gehen sollte bei der Vorberatung einer vorbereitenden Kommission – es scheint ja besser zu laufen als wenn ich dabei bin.

Ratspräsident D. Oswald: Wir kommen zur Abstimmung. Da keine Änderungsanträge vorliegen und auch kein Ablehnungsantrag gekommen ist, erlaube ich mir, hier in globo abzustimmen und nicht über die einzelnen Artikel. Seid Ihr mit diesem Vorgehen einverstanden? Wer dem Antrag, den Änderungen der Verordnung über Alters- und Pflegeeinrichtungen vom 15. September 2018 mit diesem 2. Nachtrag, zustimmen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Das ist einstimmig, besten Dank.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2020.104: Begründung der Motion R. Heuberger (FDP), M. Gross (SVP), Z. Dähler (CVP/EDU), R. Diener (Grüne/AL) und M. Nater (GLP) betr. Transparenz bei Aufträgen an Dritte für Studien, Planungen und Gutachten

Ratspräsident D. Oswald: Es liegt ein Ablehnungsantrag der SP vor. Als Erste hat das Wort zur Begründung der Motion Romana Heuberger; anschliessend für den Ablehnungsantrag Felix Landolt von der SP.

R. Heuberger (FDP): Wir fordern mit der Motion Transparenz bei Aufträgen an Dritte bei Studien, Planungen und Gutachten; für die in der Verfassung und im Gesetz garantierte staatliche Transparenz eine effiziente Handhabung in der Verwaltung. Was wir fordern, ist nicht revolutionär, im Gegenteil. Im Art. 17 der Kantonsverfassung, bei dem ich mitschreiben durfte, ist festgehalten, dass jede Einwohnerin und jeder Einwohner und damit auch in der Stadt ansässige Firmen und Institutionen ein Anrecht darauf haben, amtliche Dokumente einzusehen bzw. den Zugang zu bei diesem öffentlichen Organ vorhandenen Informationen ohne Interessensnachweis zu erhalten haben. Denn eine transparente Information der Bevölkerung durch die Behörden fördert den freien Meinungsbildungsprozess, die Wahrnehmung der demokratischen Rechte sowie die Kontrolle des staatlichen Handelns. Ausnahmen vom Öffentlichkeitsprinzip regelt das Gesetz über die Information und den Datenschutz. Und es betrifft nur Informationen, in denen überwiegend öffentliche oder private Interessen oder gesetzliche Bestimmungen gegen eine Publikation sprechen.

Auch für uns Parlamentarier und für unsere parlamentarische Arbeit ist ein Einblick in solche Studien, Planungen und Gutachten von grosser Bedeutung. Das insbesondere deshalb, weil der Stadtrat immer öfter das Resultat solcher Studien bei den Meinungsbildungsprozessen als Fakten einbringt, und wir als Parlament diese eigentlich gar nicht nachvollziehen können. Auf konkrete Anfragen werden einem zwar Unterlagen zugestellt. Aber gäbe es da allenfalls noch andere Studien, die zu gegenteiligen Erkenntnissen geführt haben? Wir wissen es schlicht nicht, denn die Information über das Vorhandensein von Studien, Planungen und Gutachten ist nicht vollständig. Oft ist es eher zufällig, wer von welchen Dokumenten Kenntnis hat und damit Zugang zu Informationen erlangen kann. Und selbst wenn man weiss, dass

es eine Studie gibt zu einem bestimmten Thema, die relevant ist, und diese bei der Verwaltung einverlangen will, muss man oft Tage oder gar Wochen warten, bis irgendjemand in der Verwaltung (dieser Entscheidungsfindungsprozess ist übrigens auch nicht transparent) beschlossen hat, ob ein Gutachten freigegeben wird. Auch schon ist die Freigabe letztendlich unter Bedingungen erfolgt, die rechtlich gar nicht zulässig wären. Ich könnte dazu jetzt ganz topaktuelle Beispiele bringen.

Damit wird die Arbeit der Parlamentarier und von Verbänden und Organisationen in unserer Stadt massgeblich behindert. Das muss sich ändern. Es stellt sich also die Frage, wie man den Zugang zu diesen wichtigen Informationen möglichst effizient gestalten könnte und wie man eine vollständige Übersicht über das Vorhandensein von solchen vorliegenden Studien erhält.

Die Fraktionen von FDP, SVP, CVP/EDU, Grüne/AL und GLP, die gemeinsam die vorliegende Motion betreffend Transparenz bei Aufträgen an Dritte für Studien, Planungen und Gutachten eingereicht haben, sehen das in der Publikation von wichtigen Angaben zu diesen Planungsinstrumenten. Nämlich: Auftraggeber, kurze Angaben über die Auftragsstellung, Vergabetermin, Abgabetermin der externen Dienstleister, Eingangsdatum, Freigabedatum durch den Stadtrat sowie allenfalls die Begründung, weshalb etwas nicht publiziert wird, und ein Link zum Download der entsprechenden Dateien. Das wäre u.E. der effizienteste Weg, um den Bedürfnissen der Bevölkerung, der Parlamentsmitglieder und der Organisationen und Verbände in unserer Stadt gerecht zu werden.

Gemäss seiner Antwort auf unsere ebenfalls gemeinsam eingereichte schriftliche Anfrage zum gleichen Thema erachtet der Stadtrat den Aufwand für solche Publikationen als zu gross. Diese Auffassung ist nicht nachvollziehbar. Der Aufwand, um einen Studienauftrag zu erteilen, nämlich die Aufgabenbeschreibung, Zuordnung Auftraggeber, Offerten einholen, Entscheide treffen, ausgewählte Büros informieren und prüfen, Zeitplan erstellen und vereinbaren etc. ist erheblich. Die von uns geforderten Angaben sind allesamt in den Studienunterlagen vorhanden. Sie müssen also nur noch auf die Website übertragen werden.

Und ich habe einen Selbstversuch in drei verschiedenen CMS-Systemen gestartet und habe für keinen der Einträge länger als 3 Minuten gebraucht. Ich habe dabei sämtliche Angaben erfasst und die PDF-Datei hochgeladen. Dieser Aufwand von drei Minuten kann im Rahmen des Gesamtaufwands solcher Studien schlicht nicht relevant sein.

Die rechtliche Beurteilung, ob eine Studie zu publizieren ist, muss nur in kritischen Fällen vorgenommen werden und ist effizienter, wenn sie inskünftig nach dem standardisierten Prozess beurteilt werden. Diese Beurteilung ist aber unabhängig von unserem Vorstoss vorzunehmen, weil – wie die aktuelle Lage zeigt – immer mehr interessierte Verbände und Gemeinderatsmitglieder den Zugriff auf diese Dokumente gemäss Öffentlichkeitsprinzip verlangen. Auch da bringt die Motion keinen Mehraufwand.

Selbst wenn ein Studieninhalt nicht publiziert wird, so ist das Vorhandensein aber relevant und muss deshalb gemäss Motion auf der von uns geforderten Liste im Web erfasst werden, mit den Angaben und der Begründung, weshalb diese Studie nicht publiziert wird.

Deshalb: Sorgen wir gemeinsam für mehr Transparenz und Effizienz bei der Publikation von Planungen, Studien und Gutachten. Für unsere eigene Arbeit im Gemeinderat, aber auch für die Winterthurer Bevölkerung. Vielen Dank für die Unterstützung dieser Motion.

Ratspräsident D. Oswald: Es liegt ein Ablehnungsantrag der SP vor, Felix Landolt.

F. Landolt (SP): Ich möchte im Folgenden unseren Ablehnungsantrag zur Motion begründen. Die erwähnte schriftliche Anfrage, die wir am 1. Juli beantwortet bekamen, ist identisch. Und ich schliesse jetzt daraus, dass die Motion bereits jetzt wieder vorliegt, dass eigentlich von Anfang an die Absicht bestand, bei einer missliebigen Antwort des Stadtrats auf die schriftliche Anfrage mit dem schärfsten parlamentarischen Instrument zu reagieren, mit der Motion. Es stimmt zwar, dass das Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) im §20 Abs. § festhält, dass jede Person Anspruch auf Zugang zu den bei einem öffentlichen Organ vorhandenen Informationen hat. Das ist ein Grundsatz. Das ist klar und das ist auch wichtig. Aber es stimmt auch, dass gemäss §23 Informationen vorenthalten werden können, wenn

(ich zitiere) «ein überwiegendes öffentliches Interesse der Veröffentlichung entgegensteht». Dieser Paragraph zwingt die Verwaltung, zwingt den Stadtrat, zwingt das öffentliche Organ also zu einer Interessensabwägung. Sie ist in jedem Fall durchzuführen. Und nach erfolgter Prüfung dieser Interessensabwägung kann das öffentliche Organ gemäss Gesetz darüber entscheiden, zu welcher Zeit, in welcher Form und in welchem Umfang die Dokumente der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Die Motion geht in diesem Punkt wesentlich weiter. Gemäss Motionstext sollen (ich zitiere) «die für die Öffentlichkeit freigegebenen Studien, Planungen und Berichte auf der Website aufgeschaltet werden».

Wir interpretieren das folgendermassen: Wenn eine Studie oder eine Planung oder ein Bericht, ein Gutachten usw. in Auftrag gegeben wird, dann kommt das als Resultat, als Zwischenentscheid, als Zwischeneinschätzung in einen Entscheidungsprozess und das Dokument unterliegt der Interessensabwägung. Und die Interessensabwägung nimmt der Stadtrat oder das öffentliche Organ vor. Also die Entscheidung, ob das öffentliche Interesse überwiegt oder gross genug ist, trifft der Stadtrat.

So wie die Motion formuliert ist, ist aber ein Automatismus eingebaut. Und insbesondere, und das halte ich für besonders problematisch, ist der Zeitpunkt nach unserer Leseart so fixiert, dass wenn ein Dokument vorliegt, kommt die Interessensabwägung, dann wird es publiziert und ins Web gestellt. Und ins Web wird es gestellt ohne Rahmen, ohne Umgebung und ohne Verknüpfung mit dem internen Meinungsbildungsprozess. Unseres sachlichen Erachtens ist dieser Automatismus nicht praktikabel, nicht zielführend und beeinträchtigt in grossem Ausmass die Arbeit der Stadt und die internen Planungsprozesse.

Dazu möchte ich lit. b aus dem Abs. 2 §23 IDG erwähnen: Das öffentliche Interesse, welches einer Veröffentlichung entgegenstehen kann, liegt gemäss lit. b dann vor (ich zitiere) «wenn die Bekanntgabe der Information den Meinungsbildungsprozess des öffentlichen Organs beeinträchtigt». Das passiert sehr schnell.

Jede bei der Stadt aufgegebene Studie, Gutachten, Planung usw. unterliegt der Interessensabwägung und der anschliessenden Publikation. Und ich wage die Behauptung, dass diese Feststellung oder diese Praxis das öffentliche Interesse und damit die Nichtpublikation tendenziell ausweiten würde. Dies aus dem einfachen Grund, dass die federführenden Stellen in einem Projekt, in einem Grossprojekt wie z.B. Querung Grüze, die vorgesehenen internen Prozesse nicht abschliessen könnten. Im Weiteren ist es vermutlich oft der Fall, dass im gleichen Dokument einsehbare und nicht einsehbare Informationen enthalten sind. Das bedeutet, dass oftmals Dokumente nicht telquel auf eine Website gestellt werden können, sondern sie müssen vielmehr aufgearbeitet und selektiv veröffentlicht werden. Und das ist eine Kernaussage von uns, typischerweise am Ende eines Prozesses oder bei einem Meilenstein. Also wenn ein Meilenstein vorliegt und da eine Entscheidung vorgenommen wird. Und nicht während einem Entscheidungsprozess der Stadtrat gezwungen ist, diese Dokumente zu veröffentlichen, obwohl sie ja einer internen Meinungsbildung dienen.

Und nach meinem Empfinden informiert der Stadtrat eigentlich sehr oft transparent. Zusammenfassend ist für uns diese Motion nicht zielführend, nicht praktikabel, behindert die Verwaltungsarbeit und ist eigentlich tendenziell ein parlamentarischer Übergriff. Wir sehen keinen Handlungsbedarf in diesem Bereich und bitten um Unterstützung dieses Ablehnungsantrags.

M. Gross (SVP): Ich versuche es ein bisschen kürzer zu machen als Felix. Für mich hat Romana schon relativ viel gesagt. Ich ergänze deshalb nur noch punktuell. Die SVP wird diese Motion selbstverständlich unterstützen. Uns erschliesst sich nicht, wieso der Stadtrat bezüglich Aufträge an Dritte nicht mehr Transparenz schaffen will. Die vorgeschobene Begründung bezüglich Aufwand kann es nicht sein.

Die Stadt Winterthur gibt jedes Jahr Millionen für Aufträge an Dritte für Studien, Planungen, Gutachten aus. Viele dieser Aufträge resultieren aus Vorstössen und Voten aus dem Gemeinderat, andere sind aus Sicht der Verwaltung notwendig, um einen Auftrag zu erledigen. Daran gibt es eigentlich nichts zu kritisieren.

Die geforderte Transparenz hilft jedoch, solche Aufträge für die Bevölkerung sichtbar zu machen und damit auch besser zu legitimieren. Sie ermöglicht auch eine soziale Kontrolle über

Sinn und manchmal auch Unsinn von Vergaben an Dritte und ermöglicht damit auch eine Diskussion. Ich nehme heute oft undifferenzierte Voten wahr und es entsteht auch Misstrauen bei der Bevölkerung. Welche Tätigkeiten sollen und welche sollen nicht an Dritte vergeben werden? Welche Abklärungen und in welcher Tiefe wollen und können wir uns leisten? Werden immer die gleichen Partner berücksichtigt?

Mit der geforderten Transparenz kann der Stadtrat zeigen, dass die Mittel sinnvoll und zurückhaltend eingesetzt werden und damit Vertrauen schaffen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Lieber Felix. Von mir aus gesehen ist es ganz normal, dass man einen Vorstoss einreicht, die Antwort des Stadtrats abwartet und nachher überlegt, was man als nächstes macht: Akzeptiert man diese Antwort oder fasst man nach mit einem weiteren Vorstoss? D.h. wir sind da in einem ganz normalen politischen Prozess.

Für uns von der CVP/EDU-Fraktion ist es wichtig, dass wir die grösstmögliche Transparenz haben dürfen für unsere direkte Demokratie. Nur wenn wir uns als Volk über alle Aspekte der Politik informieren können, können wir als Souverän auch souverän an den politischen Entscheidungsprozessen teilnehmen. Mit der vorliegenden Motion müssten wir beim Stadtrat eigentlich offene Türen einrennen, ist doch der Stadtrat schon von Recht wegen dazu angehalten, nach dem Öffentlichkeitsprinzip zu funktionieren. Wie Felix Landolt gut vorgezeigt hat, gibt es da ein ausführliches Recht, das man umsetzen kann – und genau das ist das, was wir erwarten. Wir bitten von der CVP/EDU-Fraktion her um Unterstützung für diese Motion.

R. Diener (Grüne/AL): Es ist nichts als recht und billig, wenn die öffentliche Hand dem Transparenz- und Öffentlichkeitsprinzip gemäss den übergeordneten gesetzlichen Rahmenbedingungen und Aufträgen auch konsequent nachkommt. Die Motion verlangt (wenn man sie genau liest, ich komme darauf noch zurück) nichts Unmögliches und auch nichts Ungebührliches. Der Umfang dürfte sich in sehr engen Grenzen halten, das hat Romana schon sehr gut ausgeführt.

Entscheidet der Stadtrat gemäss der ihm zustehenden Ausnahmekompetenzen, die präzise festgelegt sind, auf Nicht-Veröffentlichung, also wenn der Stadtrat entscheidet, dass er eine Studie nicht veröffentlichen will, ändert sich für ihn gar nichts.

Und da möchte ich kurz einen Einschub machen: Romana, ich muss Dir sehr stark widersprechen. Du hast eine Formulierung gewählt, die falsch ist bzw. wenn Du sie so aufrechterhalten willst, würde ich die Zustimmung der Grünen sofort zurückziehen. Du hast nämlich gesagt, dass auch Veröffentlichungen stattfinden sollen, wenn die Studie nicht freigegeben ist oder wenn der Stadtrat sie gar nicht effektiv freigeben will. Genau zu diesem Punkt haben wir uns im Vorfeld miteinander ausgetauscht, und die Formulierung, die in der Motion im Auftrag steht, ist ganz konsequent und klar so formuliert. Es werden allenfalls Studien veröffentlicht, die vom Stadtrat explizit intern freigegeben sind, für die Öffentlichkeit. Nicht mehr, aber auch nicht weniger. Ich bitte Dich, Romana, das zu korrigieren zuhanden des Protokolls. Wenn Du das nicht machen willst, ist unsere Unterstützung von den Grünen/AL gestorben.

M. Nater (GLP): Die Exekutive hat gegenüber der Bevölkerung meistens einen Wissensvorsprung, was auch zu erwarten ist. Die Behörden sind jedoch verpflichtet, über ihre Tätigkeiten zu informieren, mit dem Ziel, die freie Meinungsbildung zu fördern und zu erleichtern. Für uns alle wie auch für die Behörden ist es jedoch schwierig einzuschätzen, welche Tätigkeiten und Berichte von öffentlichem Interesse sind oder haben. Es stellt sich die Frage, ob die Öffentlichkeit von allen Studien, Planungen und Berichten Kenntnis auf einer zentralen Ablage haben muss. Wir denken ja, wenn keine öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen. Es wird immer Betroffene geben, die ein Interesse haben, frühzeitig informiert zu werden. Diese Personen und Verbände können sich dann frühzeitig einbringen, was meistens für diese Projekte einen Mehraufwand generiert, aber oft auch einen Mehrwert bzw. abgestimmte Lösungen ermöglicht. Ein weiterer Vorteil dieser Transparenz ist, dass Wissen in der Verwaltung frei zugänglich zentral vorhanden ist. Das ist auch gut für die Mitarbeitenden der Stadt Winterthur, da es für eine effiziente Organisation gut ist, wenn auf Informationen ohne grosses Suchen zugegriffen werden kann.

Aus liberaler Sicht ist immer die Frage, wie stark mit neuen Vorgaben eingegriffen werden muss bzw. ob sich der Aufwand gegenüber dem Nutzen lohnt. Da legen wir Wert auf den Motionstext, dass der Aufwand im Verhältnis sein muss und wir kein neues Tool brauchen, um diese Information darstellen zu können.

Wir von der GLP erwarten eine effiziente Lösung, wie das Öffentlichkeitsprinzip bei Studien, Planungen und Gutachten anwendbar wird und zentral umgesetzt werden kann. Das Ziel ist mehr Transparenz, eine stärkere Vernetzung, verstärkter Wissensaustausch und die Möglichkeit, von den vorhandenen Erkenntnissen zu profitieren und damit schlussendlich effizienter zu werden.

Wir von der GLP unterstützen die Überweisung dieser Motion.

F. Kramer (EVP): Wir sind auch für Transparenz, für uns geht diese Motion aber zu weit. Es tönt für uns nach einem zu weit gehenden «Jeder kann mitmachen», wenn Studien und Gutachten allen Personen zugänglich zu machen sind, damit diese Einwendungen machen können. Aus unserer Sicht ist nicht die Veröffentlichung an sich das Aufwändige für die Verwaltung, nein, vielmehr entsteht der Aufwand nachher, wenn die Verwaltung auf jede Studie und jedes Gutachten E-Mails mit Fragen, Rückmeldungen und Wünschen und allenfalls dann auch formellen Einwendungsverfahren erhält. Möchten wir nicht lieber, dass sich die Verwaltung darum kümmert, Projekte an sich voranzutreiben? Wir erachten den Aufwand für die Stadtverwaltung als zu gross. Die Motion geht zu weit und will zu viel. Als Gemeinderäte erhalten wir Einsicht in die nötigen Dokumente – wo nötig (was auch vorkommen kann), müssen wir das auf einem anderen Weg einfordern. Dieses Anliegen würden wir unterstützen. Wir unterstützen deshalb so in dieser Form den Ablehnungsantrag der SP.

R. Heuberger (FDP): Ich bin Reto Diener eine Antwort schuldig. Selbstverständlich, Reto Diener: Wenn der Stadtrat beschliesst, dass eine Studie nicht veröffentlicht wird, dann muss er das auch nicht machen. Wenn das anders herübergekommen ist, möchte ich mich dafür entschuldigen. Es ist klar: Es gibt Fälle nach IDG, wo der Stadtrat öffentliches Interesse oder Persönlichkeitsschutz höher gewichtet als die Veröffentlichung von Studien, und dann müssen die Inhalte der Studien selbstverständlich nicht publiziert werden. Und vielleicht noch zum Votum gerade vorher: Es ist nicht so, dass wir etwas verlangen, dass wir etwas verlangen, auf das der Bürger nicht heute schon das Recht hat. Jeder Bürger hat heute schon das Recht, ohne Interessensnachweis auf Dokumente der öffentlichen Verwaltung zuzugreifen. Das ist heute schon so gegeben. Die Frage ist, wie man das effizient gestaltet und welche Dokumente wir das Gefühl haben, möchten wir in diesem Gestaltungsprozess, die wir wichtig genug erachten, dass die dann möglichst schnell zugreifbar sind. Da sagten wir, Planungen, Studien und Gutachten sollen da drin enthalten sein. Vielleicht einfach als Beispiel, wie es im Moment auch laufen kann: Der VCS hat Mitte September darum gebeten, dass er eine Studie von der Verwaltung bekommt. Und er hat bis heute keine Antwort dazu, ob er jetzt diese Studie noch bekommt oder nicht. Also mehr als einen Monat. So können weder die Interessensorganisationen hier in der Stadt noch wir als Parlamentarier wirklich effizient arbeiten. Und deshalb dieser Vorstoss, diese Motion, dass wir da mehr Transparenz schaffen bzw. den Zugriff klar miteinander regeln.

M. Wackerlin (PP): Es ist natürlich auch aus Piraten-Sicht ein wichtiges Anliegen. Das IDG ist für uns ein sehr wichtiges Gesetz. Ein transparenter Überblick vom Staat ist die Voraussetzung für eine Demokratie. Und da, Markus Nater, ich nehme an, Du hast das auch so gemeint, aber einfach damit das auch ganz klar richtiggestellt ist: Aus liberaler Sicht geht es ja nicht darum, wie viele Regeln wir dem Staat auferlegen, sondern es geht darum, wie viele Regeln der Staat uns auferlegt als Bürger. Und entsprechend ist es sicher sinnvoll, den Staat so zu regeln, dass das transparent ist und das darf da keine Rolle spielen. Und ich sehe das auch so, lieber Reto, dass wir Ausnahmen nur dort machen sollten, wo das IDG das auch tatsächlich vorsieht. Denn im Prinzip haben wir das Anrecht auf die Informationen und so wird der Zugang erleichtert. Und ich denke, das ist ein ganz wichtiger Schritt.

Stadtpräsident M. Künzle: Ich werde nichts anderes sagen als das, was wir als Antwort gegeben haben auf die schriftliche Anfrage. Wir sehen den Mehrwert nicht von diesem Rahmen, der verlangt wird, dass man eine Studie oder einen Bericht dann ins Netz stellt. Ich möchte auch nochmals betonen, dass der Motionstext beschreibt, dass es um Dokumente geht, die bereits von uns freigegeben sind. Das hat Romana auch nochmals klargestellt. Und so verstehe ich auch den Antrag oder würde ihn so verstehen, wenn er uns übergeben wird.

Wie gesagt, wir machen ein Fragezeichen zum Mehrwert. Wir alle wollen eine hohe Qualität der stadträtlichen Beschlüsse. Wir im Stadtrat wissen, welche Faktoren es braucht für eine gute Qualität unserer Beschlüsse. Deshalb sind sehr wahrscheinlich auch wir dann die, die gut beurteilen können, ob es eine Studie, einen Planungsbericht oder einen Bericht braucht. Und wir sind auch auf diese Unterlagen angewiesen. Und wir entscheiden, was öffentlich wird oder nicht. Wir machen eine Interessensabwägung. Und dass man dann noch den Aufwand betreibt, dass man das Ganze in einen Rahmen stellt – wir hatten es heute schon von Effizienz. Was bringt es, wenn wir diese Punkte noch auflisten auf einer Website und diese Studien so quasi noch aufbereitet? Da machen wir ein Fragezeichen.

Ratspräsident D. Oswald: Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wer die Motion überweisen will, soll das mit Handerheben bezeugen.

Wer hingegen den Ablehnungsantrag der SP unterstützen möchte, soll das mit Handerheben bezeugen.

Das erste Mehr ist das grössere Mehr. Ihr habt dieser Überweisung zugestimmt.

Wir haben 21.50 Uhr, ich schliesse deshalb die Sitzung für heute. Ich glaube nicht, dass wir mit Traktandum 8 vor 22 Uhr durchkommen. Wir sind heute aus verständlichen Gründen nicht ganz so weit gekommen, wie ich ursprünglich angenommen hatte. Wir haben jetzt noch einige Vorstösse auf der Liste, die schon relativ lange auf Beratung warten.

Ihr habt Euch sicher auch gefragt, wie es weitergeht mit der Terminplanung. Wir hatten schon eine erste Absprache mit Kaspar Bopp. Ich gehe davon aus, dass wir am 30.11. und 7.12. Gemeinderatssitzung haben. Anschliessend werden wir die Montage haben für die Beratungen des Budgets in den Kommissionen. Voraussichtlich kann man am 18.1. vielleicht dann wirklich schon eine Budgetberatung machen im Gemeinderat, vielleicht geht es aber auch am 25.1. und 2.2. zur Budgetberatung im Gemeinderat.

Es kann also durchaus sein, dass wir Ende Januar eine Veränderung haben am Montagabend, dass wir Gemeinderatssitzungen haben statt Kommissionssitzungen.

Ich bleibe da von der Ratsleitung her in engem Kontakt mit dem Stadtrat, so dass wir diese Dinge gut über die Bühne bringen können, damit Ihr in den Fraktionen genügend Zeit habt, um das neue Budget anzuschauen und zu beraten. Und auch in den Kommissionen sauber Zeit habt, um die Beratungen durchzuführen.

In dem Sinn schliesse ich die Sitzung für heute Abend und wünsche Euch einen schönen Abend.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)